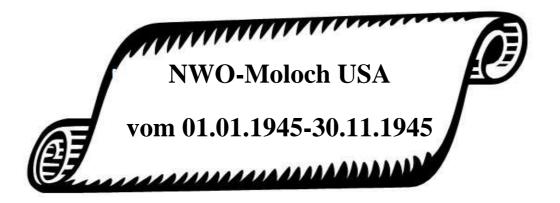
Willy Klages

Die Geheimorganisationen des globalen NWO-Terrorimperiums

Die Neue Weltordnung der USA von Januar bis November 1945

NWO-Sonderheft Nr. 21



Die Neue Weltordnung der USA von Januar bis November 1945

NWO-Sonderheft Nr. 21

NWO-Moloch USA vom 01.01.1945-30.11.1945

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA	2-95
von Januar bis November 1945	
Hinweise für den Leser	96-99
Quellen- und Literaturnachweis	

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von Januar bis November 1945

Die Grundsätze der Regierungsform der Vereinigten Staaten werden sich als stark genug ereisen, um alle zivilisierten Nationen der Welt in ihren Einflußbereich zu ziehen. *Andrew Johnson (1808-1875, 17. Präsident der USA)*

Vor der Krim-Konferenz berichtete die US-Delegation am 12. Januar 1945 über "begrenzte, geregelte Umsiedlungsaktionen" (x020/58, x150/6-7): >>Wir glauben nicht, daß es für die Vereinigten Staaten tunlich wäre, sich solchen allgemeinen Transfers zu widersetzen, falls darauf von den tschechischen und polnischen Regierungen, die die Unterstützung der britischen und sowjetischen Regierungen haben, bestanden wird. ...<

>>... Es wird empfohlen, daß sich unsere Regierung im allgemeinen einem Transfer der deutschen Minderheiten aus benachbarten Staaten nicht widersetzen sollte. Sie sollte sich jedoch soweit wie möglich für einen selektiven Transfer aussprechen. Wenn eine solche Aktion langsam, in geordneter Weise und unter internationaler Aufsicht durchgeführt wird, würde sie zu besseren Beziehungen zwischen den betreffenden Staaten beitragen. ...

Die im vorstehenden empfohlenen Abtretungen an Polen würden ungefähr 3,4 Millionen Deutsche unter polnische Gebietshoheit bringen, zusätzlich zu den über 700.000 im Vorkriegspolen. Sowohl die polnische Exilregierung als auch das Lubliner Komitee haben den Wunsch geäußert, diese deutsche Bevölkerung auszutreiben. ...

Ferner wünschte die tschechoslowakische Exilregierung, mehr als 1,5 Millionen Sudetendeutsche zu entfernen. ...

Das Außenministerium befürwortet eine Politik, durch welche diese Transfers auf einem Minimum gehalten werden, langsam in geregelter Weise vonstatten gehen und unter internationaler Aufsicht stehen, auf der Grundlage von Abkommen zwischen den alliierten Hauptmächten einerseits und Polen und der Tschechoslowakei andererseits.<<

Das US-Außenministerium schlug damals folgende Aufteilung der deutschen Ostgebiete vor (x039/227): Nordostpreußen an Rußland, Restostpreußen, Danzig und die Nordostspitze Pommerns sowie Regierungsbezirk Oberschlesien an Polen (54.390 qkm).

Das US-Außenministerium antwortete der tschechischen Exilregierung (Staatsminister Ripka) am 16. Januar 1945 und erklärte, das "Umsiedlungsproblem" der Deutschen zu prüfen (x150/-7): >>Zweifellos werden ähnliche Fragen bezüglich des Transfers von Deutschen aus anderen

Gebieten entstehen. Da dieses Problem deshalb eine Gesamtsumme von Millionen Menschen betreffen kann, ist es eine Angelegenheit großer Sorge für die Besatzungsmächte bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland während des Einströmens dieser Menschen aus anderen Ländern gleichzeitig mit der Repatriierung oder Wiederansiedlung von Millionen von heimatlosen Ausländern, die sich gegenwärtig in Deutschland aufhalten.

Die amerikanische Regierung ist deshalb der Meinung, daß Umsiedlungen der Art, wie sie in der Note Eurer Exzellenz in Erwägung gezogen werden, nur in Ausführung angemessener internationaler Vereinbarungen durchgeführt werden sollten. ...

Solange solche internationalen Vereinbarungen nicht vorliegen, ist die amerikanische Regierung der Meinung, daß keine einseitigen Umsiedlungsaktionen durchgeführt werden sollten.<<

Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945).

Jalta-Konferenz

Zu der nordamerikanischen Delegation, die an der Konferenz in Jalta teilnahm, gehörten damals 2 todgeweihte Männer, die den anstrengenden Verhandlungen nicht mehr gewachsen waren. US-Präsident Roosevelt, der schon seit über 20 Jahren an Kinderlähmung litt, war bereits unübersehbar vom Tod gezeichnet.

Der sterbenskranke Präsident stand offensichtlich unter starken Drogen und Schmerzmitteln, denn er reagierte im Verlauf der Konferenz phasenweise völlig apathisch oder überaus euphorisch. Roosevelts persönlicher Berater Harry Hopkins (1890-1946, ein überzeugter Stalin-Anhänger) war ebenfalls todkrank. Hopkins litt seit 6 Jahren an einer unheilbaren Krebserkrankung und wurde auf einer Tragbahre zu den Besprechungen gebracht.



Abb. 68 (x092/924): Die Verhandlungspartner von Jalta (sitzend von links Churchill, Roosevelt, Stalin).

<u>Churchill schrieb später über die russischen Gastgeber:</u> >>... Einmal äußerte ein Delegierter, daß in den Cocktails Zitronenschalen fehlten. Schon am nächsten Tag wuchs aus der Diele ein

mit Früchten behangener Zitronenbaum ...<<

Am 6. Februar 1945 ließ Stalin erstmalig die Maske des charmanten, freundlichen Gastgebers fallen, als er lautstark und energisch die Anerkennung der polnischen Exilregierung (Lubliner Komitee = polnische Kommunisten) forderte. Churchill lehnte Stalins Forderung jedoch entschieden ab, so daß man die Verhandlungen vorzeitig abbrechen mußte. Nach dem Abbruch bekam der britische Regierungschef einen seiner gefürchteten Tobsuchts- und Wutanfälle. Der britische Premierminister Churchill war eigentlich ein brillanter Redner und besonnener, kühler Politiker, aber gegenüber Stalin wirkte er entweder eigenartig gehemmt oder ungewöhnlich leichtfertig. Churchill, der Stalins Pläne allmählich durchschaute, ahnte, daß die Sowjets nirgends demokratische Verhältnisse dulden würden.

Am 7. Februar 1945 erklärte Churchill, daß die polnische Westgrenze östlich der Oder entlang verlaufen sollte und die neuen polnischen Gebiete "deutschfrei" sein müßten. Churchill meinte, daß man die von Polen gewünschten Gebiete östlich der Oder-Linie akzeptieren könnte.

Stalin forderte daraufhin sofort die Görlitzer Neiße (Niederschlesien mit Breslau, westlich der Oder) als polnische Westgrenze. Der sowjetische Außenminister Molotow verlangte danach, daß Polen außerdem die Hafenstadt Stettin (westlich der Oder) benötigen würde. Diese sowjetischen Forderungen waren für Churchill jedoch unannehmbar und wurden strikt abgelehnt.

Churchill erklärte am 7. Februar 1945 zur "Aussiedlung" der Ostdeutschen, daß 6 Millionen Vertriebene vielleicht gehandhabt werden könnten, aber alles was darüber hinausgehen würde, wäre nicht zu bewältigen (x020/59).

<u>Churchill bemerkte später zu den Gebietsforderungen (x028/73):</u> >>... (Es) wäre ... höchst bedauerlich, wenn man die polnische Gans dermaßen mit deutschem Futter mäste, daß sie an Verdauungsbeschwerden eingehe ...<<

Stalin erklärte am 7. Februar 1945, daß die meisten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie vor der Roten Armee davongelaufen seien (x039/228).

US-Präsident Roosevelt beteiligte sich fast gar nicht an den Grenzdiskussionen. Er bestätigte nur, daß Polen auf Kosten des Deutschen Reiches entschädigt werden müßte, lehnte die polnische Grenzverlagerung bis zur Görlitzer Neiße jedoch ebenfalls ab. Für die anstehenden Vertreibungen der Ostdeutschen hatte der todkranke nordamerikanische Präsident kein einziges Wort übrig, denn dieses "nebensächliche Thema" interessierte ihn offensichtlich nicht.

Für Stalin war die polnische Grenzfrage längst entschieden. Stalin erklärte z.B., daß es bei den "Umsiedlungen" der Deutschen keine großen Probleme geben würde, denn in den fraglichen Gebieten würden sich ohnehin keine Deutschen mehr aufhalten, da die meisten Deutschen bereits vor der Roten Armee in den Westen geflohen seien (x028/103). Die Organisation bzw. Durchführung der gigantischen Massenaustreibungen und die bereits beschlossene Vertreibung von über 3,0 Millionen Sudetendeutschen wurden nicht erwähnt.

Im Verlauf der Jalta-Konferenz faßten "Die Großen Drei" u.a. folgende Beschlüsse:

- 1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen. Die französische Besatzungszone wurde von Churchill durchgesetzt.
- 2. In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR, die Verwendung von deutschen Arbeitskräften bzw. Zwangsarbeitern wurde erlaubt x001/79E).
- 3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
- 4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" (jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren).

Stalin verpflichtete sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.

Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde zurückgestellt. Die Curzon-Linie

wurde zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt trafen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkannten aber grundsätzlich an, Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete zu entschädigen und daß die deutsche Bevölkerung Polens umgesiedelt werden sollte. Durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie schafften die Westmächte damals bereits frühzeitig einen verhängnisvollen Zustand der Rechtsunsicherheit.

Die "Krim-Konferenz" endete sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sicherte man allen Völkern die "freie Wahl" der Regierungsform zu.

In der Jalta-Schlußerklärung vom 11. Februar 1945 hieß es (x114/2.123): >>... Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören.

...

Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.<<

Roosevelt verabschiedete sich in Jalta mit den Worten: "Auf Wiedersehen in Berlin"!

Der Tod vereitelte aber weitere Treffen mit "Uncle Joe" (Stalin).

Bevor der nordamerikanische Präsident am 12. April 1945 starb, soll er bitter enttäuscht erklärt haben, daß sein "Freund" Stalin die Westmächte während der Jalta-Konferenz listig und heimtückisch "über den Tisch" gezogen hätte.

Stalin war nach der Jalta-Konferenz davon überzeugt, daß die westlichen Verbündeten auch zukünftig keine ernsthaften Probleme bereiten würden. Da die Nordamerikaner und Briten die völkerrechtswidrigen Deportations- und Vertreibungspläne der Sowjets, Polen und Tschechen hinlänglich kannten, wurde Stalin durch die gleichgültige bzw. leichtfertige Zustimmung der Anglo-Amerikaner wahrscheinlich sogar noch indirekt ermuntert, die jahrhundertelange "deutsche Ostsiedlung" endgültig und radikal zu erledigen.

Der sowjetische Diktator war fest entschlossen, diese einmalige Gelegenheit unbedingt zu nutzen, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Im Verlauf der "sowjetischen Befreiungsmission" leistete das zügellose Millionenheer der Roten Armee in den deutschen Siedlungsgebieten "gründliche Vorarbeiten". Nach der Jalta-Konferenz setzte Stalin außerdem die kommunistische Machtergreifung in Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und in Jugoslawien durch.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Jalta (x306/78-79): >>... In Jalta mußte die Entscheidung fallen. Viel Zeit war im Februar 1945 nicht mehr zu verlieren, da der Krieg sich dem Ende zuneigte. Sollte die Kriegskoalition zum Fundament der neuen Weltordnung gemacht werden, dann war der letzte Moment gekommen, abzuschließen. Roosevelt war entschlossen, sein Lebenswerk zu retten. Stalin sparte nicht mit freundlichen Trinksprüchen. Er verlieh Roosevelt nicht zu Unrecht den Ehrentitel eines "Schmieds der Anti-Hitler-Koalition."

Allerdings waren manche seiner Ansprachen etwas abgründig und doppeldeutig, etwa wenn er ausführte, daß erfahrene Diplomaten sich nichts dabei dächten, ihre Verbündeten zu hintergehen. "Da ich aber ein naiver Mensch bin, halte ich es für das Beste, meinen Verbündeten nicht zu hintergehen, auch wenn er ein Dummkopf ist. Unsere Allianz steht möglicherweise so fest, weil wir einander nicht hintergehen, oder steht sie so fest, weil es nicht so leicht ist, uns gegenseitig zu hintergehen?"

Roosevelt äußerte, die Atmosphäre bei diesem Essen sei wie in einer Familie gewesen.

Wie bei diesem Trinkspruch verstanden sich die Delegationen auch bei den Verhandlungen gut, da sie von verschiedenen Dingen sprachen. Roosevelt wollte unverzüglich eine Weltordnung errichten, während er über deutsche oder polnische Fragen jedes Abkommen zu vermei-

den suchte. Er stand nicht nur vor der Aufgabe, Stalin, sondern auch den amerikanischen Kongreß zum Beitritt zur Weltorganisation zu überreden.

Stalin wiederum legte Wert darauf, daß seine künftige Politik nicht durch die Weltorganisation präjudiziert wurde. Es ging ihm um die Sicherung seines Herrschaftsbestandes. Die Konferenz von Jalta war ein Erfolg. Roosevelt und Stalin erreichten, was sie wollten –

Roosevelt hatte die Hindernisse aus dem Weg geräumt, die der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen im Wege standen, denn Stalin verzichtete großmütig auf die von ihm geforderten 16 Sitze in der Vollversammlung der Vereinten Nationen für die 16 Gliedstaaten der Sowjetunion und begnügte sich mit zwei zusätzlichen Sitzen für die Ukraine und Weißrußland.

Als Gegenleistung setzten die Großmächte Stalin nur die verbalen Schranken einer "Erklärung über das befreite Europa" im Genuß des Besitzes, den er sich angeeignet hatte oder den er sich anzueignen noch vorhatte. ...<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Konferenz von Jalta (x051/282): >>Jalta. sowjetische Stadt an der Südküste der Halbinsel Krim. In Jalta tagten vom 4.-11.2.45 die Regierungschefs von Großbritannien (Churchill), der UdSSR (Stalin) und der USA (Roosevelt) unter Beteiligung ihrer Außenminister Eden (Großbritannien), Molotow (UdSSR) und Stettinius (USA). Nach vor allem zwischen Churchill und Stalin kontroversen Diskussionen beschloß die Konferenz von Jalta:

- 1. Bessere Koordination der militärischen Planungen der Alliierten im Endkampf gegen Deutschland.
- 2. Aufteilung Deutschlands nach Kriegsende in je eine amerikanische, britische, sowjetische und französische Besatzungszone sowie Koordination der Besatzungspolitik durch einen Alliierten Kontrollrat; die erstmals vorgesehene französische Zone sollte aus Teilen der britischen und der amerikanischen Zone gebildet werden.
- 3. Vollständige Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands durch Auflösung aller deutschen Streitkräfte, Beseitigung aller sonstigen militärischen Einrichtungen, Zerstörung der Rüstungsindustrie, Auflösung der NSDAP, ihrer Organisationen und Einrichtungen, Aburteilung aller deutschen Kriegsverbrecher (Kriegsverbrechen).
- 4. Erhebung von Reparationen vom besiegten Deutschland; die genauen Modalitäten wurden einer nach Moskau einzuberufenden Reparationskonferenz vorbehalten.
- 5. Ostgrenze Polens ungefähr längs der Curzon-Linie; die Westgrenze sollte erst auf einer Friedenskonferenz festgelegt werden, da Stalins Forderung nach der Oder-Neiße-Linie v.a. auf Churchills Widerstand stieß; in jedem Fall aber Entschädigung Polens durch "beträchtliche" Gebiete im Norden und Westen auf Kosten Deutschlands.
- 6. Anerkennung des durch Mitglieder der polnischen Exilregierung in London zu erweiternden (kommunistischen) Lubliner Komitees als provisorische polnische Regierung.
- 7. Einberufung einer Konferenz zur Gründung der Vereinten Nationen (UN) nach San Francisco.
- 8. Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan nach der deutschen Kapitulation.

Die Konferenzergebnisse wurden in einem Abschlußkommuniqué niedergelegt, das als "Deklaration von Jalta" bezeichnet wurde. Die darin Deutschland betreffenden Bestimmungen wurden durch die Junideklaration vom 5.6.45 und das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 rechtlich verbindlich.

Eigentlicher Sieger von Jalta war Stalin. Für das sowjetische Versprechen zum Kriegseintritt gegen Japan, Hauptanliegen Roosevelts, machten ihm die USA und Großbritannien Zugeständnisse in den die UN betreffenden Fragen und akzeptierten die Ausdehnung des sowjetischen Macht- und Einflußbereiches in Ostasien und in Osteuropa, insbesondere in Polen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Konferenz von Jalta (x068/252-255): >>... Nach Teheran war Stalin zu einem weiteren Treffen mit Roosevelt und Churchill außerhalb Rußlands um keinen Preis zu bewegen. Roosevelt, bereits todkrank, fuhr zu ihm, und in Jalta, an der russischen Küste des Schwarzen Meeres, faßten "The Big Three" zwischen dem 4. und 11. Februar 1945 weitere Beschlüsse, die die Welt nur weiter ins Unglück stürzten.

Die drei Staatsmänner wiederholten die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation. Sie überwiesen das sowjetische Begehren nach deutschen Reparationen in Höhe von 20 Milliarden Dollar an eine Reparationskommission. Sie beschlossen die Einführung von Zwangsarbeit, den Bruch des Versprechens auf das Selbstbestimmungsrecht, die Vertreibung von Millionen von Menschen von Haus und Hof.

In sieben von acht Plenarsitzungen sprach man über Polen, ja, nach Churchill war Polen "der dringlichste Grund" für das Gipfeltreffen in Jalta gewesen. Nach der "Vereinbarung" sollte Polens Ostgrenze künftig die sogenannte Curzon-Linie bilden, dafür Polen im Westen großzügig durch deutsche Gebiete entschädigt werden. Das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" wurde rigoros mißachtet.

Auf der einen Seite sollten elf Millionen Menschen, die im Vorkriegspolen östlich der Curzon-Linie wohnten, einfach unter sowjetische Herrschaft kommen. Auf der anderen Seite sollten zehn Millionen Deutsche auf die Straße gesetzt und vertrieben werden, aus Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien; seit dem Hoch-, dem Spätmittelalter, seit mehr als einem halben Jahrtausend deutsche Gebiete. "Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß Königsberg und Breslau fast ebenso lange deutsch gewesen sind wie London englisch" (Crokker).

Churchill konnte in Jalta nicht einmal eine Aufnahme der Exilpolen in die Lubliner, später Warschauer Regierung erreichen. Stalin blieb hart und bedankte sich für die generösen angloamerikanischen Präsente auf Kosten anderer durch einen längeren Trinkspruch ("Ich bin ein alter Mann, darum rede ich so viel") bei einem Diner am 8. Februar im Jussupow-Palais, indem er seine angelsächsischen Partner subtil (spitzfindig) verhöhnte. "Als einfacher, ungekünstelter Mensch denke ich", sagte er, "es ist das beste, meinen Verbündeten nicht zu betrügen, auch wenn er ein Tor ist". Roosevelt gestand darauf Stalin gerührt, der Premierminister und er - "wir haben untereinander einen Kosenamen für Sie, und das ist Uncle Joe".

Roosevelt und Stalin schlossen in Jalta auch ein Geheimabkommen. Darin sagte die Sowjetunion zu, Japan nach Niederwerfung Deutschlands den Krieg zu erklären. Dafür sollte die mongolische Volksrepublik erhalten bleiben, sollten die "früheren Rechte Rußlands, die durch den tückischen Angriff Japans im Jahre 1904 verletzt worden waren, wiederhergestellt werden "

In Wirklichkeit aber hatte das zaristische Rußland diese vermeintlichen "Rechte" durch einen Angriff auf China erworben, wurde somit weniger Japan als China gestraft. Weiter sollte die Sowjetunion Süd-Sachalin, Port Arthur, die Kurileninseln (die nie russisch waren) bekommen, sollten die ostchinesischen und südmandschurischen Eisenbahnen einer sowjetischchinesischen Gesellschaft unterstellt werden.

Von diesem Geheimvertrag erfuhren selbst die meisten amerikanischen Konferenzteilnehmer nichts. Er wurde auch dem amerikanischen Volk verschwiegen. Denn dieser Vertrag, der eine Verletzung der Atlantik-Charta war, der ohne Wissen Chinas abgeschlossen wurde und darauf hinauslief, den Schlüssel zu China, ja, zu einem großen Teil des Fernen Ostens, nämlich die Mandschurei, unter sowjetische Kontrolle zu bringen, war selbst in der an Vertragsbrüchen überreichen US-Geschichte beinahe beispiellos.

William Bullitt, einst US-Botschafter in Moskau, urteilt: "Präsident Roosevelt brach sein der chinesischen Regierung in Kairo gegebenes Versprechen und unterschrieb - insgeheim hinter

dem Rücken der Chinesen - ... ein Abkommen, durch das die lebenswichtigen Rechte Chinas in der Mandschurei dem sowjetischen Imperialismus geopfert wurden ... Angesichts Roosevelts in Kairo gegebenem Versprechen ... war dieses Geheimabkommen durchaus unehrenhaft."

Der Amerikaner Crocker schreibt: "Sicherlich gehörte diese Abmachung zu den schimpflichsten Beispielen internationaler Treulosigkeit in der Geschichte. Sie stellt den Plan auf gleiche Stufe mit einem Raubüberfall mit vorgehaltener Pistole". Der Vergleich hinkt, wie alle Vergleiche, die gewisse Staatsmänner nur mit Gaunern vergleichen ...

Der right honourable Sir Winston Churchill versuchte sich später zu distanzieren, windig herauszureden. Es sei "eine amerikanische Angelegenheit" gewesen, "wir wurden nicht um Rat gefragt, sondern lediglich um unsere Zustimmung gebeten." Aber er stimmte eben zu. Der Edelmann unterschrieb im Namen Großbritanniens diesen Starbanditenstreich. Auch steht in dem Geheimabkommen der von Stalin unerbittlich durchgesetzte Satz: "Die Regierungschefs der drei Großmächte sind übereingekommen, daß diese Forderungen der Sowjetunion nach der Niederwerfung Japans unter allen Umständen erfüllt werden sollen."

Die Spitzengarnitur saß mit ihren Stäben um einen runden Tisch vereint, und gleich hinter dem Präsidenten saß der US-Diplomat Alger Hiss, der dann als kommunistischer Spion entlarvt und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er schob während der Konferenz dem Präsidenten wiederholt Zettelchen zu, erhielt auch von ihm welche und beeidete später vor einem Kongreß-Ausschuß (doch sollte man Politikerreden besonders mißtrauen): "Es ist eine zutreffende und nicht unbescheidene Behauptung, wenn ich sage, daß ich bis zu einem gewissen Grade das Jaltaer Abkommen formulieren half".

Als das US-Außenministerium die Jalta-Akten im März 1955 endlich freigab, waren sie bereits "gesäubert", gesäubert nämlich von etlichem Dreck, der zwar die Welt weiter verunstaltete, aber nun nicht mehr das Papier. Der Amerikaner George N. Crocker berichtet: "Zwei Historiker des State Department, die an der Zusammenstellung arbeiteten, haben durchblicken lassen, daß man sie unter Druck gesetzt habe, die Protokolle zu "verniedlichen" und gewisse belastende Einzelheiten herauszustreichen, um die Regierung Roosevelt abzuschirmen." Der Saubermann Churchill war gegen die Veröffentlichung der Akten überhaupt.

Roosevelt, in Jalta schon todkrank, nur noch ein Schatten seiner selbst, starb zwei Monate später, am 12. April 1945, in Warm Springs, Georgia, an einem Gehirnschlag. "Mein Führer", sagte Goebbels ekstatisch zu Hitler, "ich beglückwünsche Sie. Roosevelt ist tot."

Am 28. April wurde Mussolini von kommunistischen Partisanen auf der Flucht in die Schweiz geschnappt, erschossen und an den Beinen aufgeknüpft.

Am 30. April beendete auch Hitler im Bunker unter der Reichskanzlei sein welthistorisches, von den Vereinigten Staaten so reichlich finanziertes Banditenleben - und Roosevelts Nachfolger tätigte wenige Monate später in Japan Verbrechen von einer Art, von der selbst ein Hitler nur träumen konnte ...<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die Konferenz von Jalta (x028/72,76): >> Heute weiß jeder politische Amateur, daß Stalin das Spiel der Machtpolitik viel besser beherrschte als die Leiter der westlichen Demokratien, die sich in den Jahren der Zusammenarbeit niemals vorstellten, in welchem Ausmaß viele ihrer Kriegsziele unerfüllt bleiben würden.

Vor allem da, wo es um Polens Grenzen und seine Zukunft als freies Land ging, wurde reichlich viel Vertrauen an Stalin verschwendet. So war und blieb es Präsident Roosevelts ständige Taktik, z.B. klare Entscheidungen über Grenzziehungen auf die Zeit nach Beendigung der Feindseligkeiten hinauszuschieben.

Weil man es versäumte Stalins Ehrgeiz rechtzeitig Einhalt zu gebieten, kam es zur Versetzung der sowjetisch-polnischen Grenze nach Westen und schließlich zur Diskussion über die neue

polnisch-deutsche Grenze. Da man von Stalin nie eine bindende Verpflichtung verlangte, blieb ihm natürlich freie Hand, der von den Sowjets beherrschten polnischen Regierung einen viel größeren Bissen Deutschlands zu überlassen, als die Amerikaner und die Briten je bewilligen wollten. ...<

>>... Die Weigerung, eine verbindliche Entscheidung über Polens Westgrenze zu treffen, war ein etwas kläglicher Versuch der westlichen Alliierten, ihre Verhandlungsposition gegenüber den Russen zu behaupten. ...<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die "in Jalta faktisch entschiedene Westverschiebung" (x294/89): >>... Polen würde als Kompensation für seinen verlorenen Osten mehrere deutsche Provinzen erhalten, so viel stand im Frühjahr 1945 fest. Kein Politiker, egal ob Kommunist oder Demokrat, wollte diese Gebiete mit den dort wohnenden Deutschen übernehmen: Ein friedliches Zusammenleben mit einer millionstarken deutschen Minderheit im neuen Staatsgebiet lag nach den Erfahrungen der Besatzungszeit schlicht außerhalb jeder Vorstellung. Dieser Ansatz stieß bei den Alliierten auf Verständnis.

Für die Sowjets gehörten Massendeportationen ohnehin zu den gerne praktizierten Maßnahmen der Bevölkerungspolitik. Die Briten machten sich nun schon seit Jahren Gedanken über das Praktische, rechneten nach, mit wie vielen Ausgesiedelten man im Fall dieses oder jenes Grenzverlaufs zu rechnen habe bzw. welche Probleme die Aufnahme dieser Menschen für ihre künftige Besatzungszone in Deutschland nach sich ziehen würde. Und auch die Amerikaner brachten keine Einwände vor.

Dieser grundsätzliche Konsens bedeutete, daß die deutsche Zivilbevölkerung in den Ostprovinzen des Reiches als "Hitlers letzte Opfer" den Preis für die im deutschen Namen begangenen Verbrechen zahlen würde. Eine Differenzierung von individueller Schuld und Verantwortlichkeit war nicht vorgesehen.<<

<u>Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 14. Februar 1945 bekannt (x013/445):</u> >>... Die Briten richteten in der vergangenen Nacht Terrorangriffe gegen das Stadtgebiet von Dresden.<<

Am 14. Februar 1945, um 12.00 Uhr begann der 3. und damit letzte Teil der angloamerikanischen Luftangriffe gegen Dresden. Pünktlich zur Mittagszeit vollendeten 311 US-Langstreckenbomber der 8. US-Luftflotte das Vernichtungswerk der Briten. Sie warfen insgesamt 771 t ab (x040/266).

Unaufhörlich rauschten große, schwere Sprengbomben durch die Luft und explodierten in der sterbenden Stadt. Die Besatzungen der "fliegenden Festungen" (B 17) konnten ihren Kampfauftrag in aller Ruhe ausführen, denn von der deutschen Luftwaffe war weit und breit nichts zu sehen. Während man die brennenden Trümmer noch einmal systematisch mit Spreng- und Phosphorbrandbomben bombardierte, nutzten beschäftigungslose, gelangweilte US-Jagdflieger die Wartezeit, um brauchbare Angriffsziele zu suchen.

Am Ufer der Elbe und in den großen Parkanlagen hielten sich Zehntausende von erschöpften Frauen, Kindern und alten Menschen auf, als die gnadenlose "Jagd" begann. Die US-Begleitjäger (Typ Mustang) fegten im Tiefflug über die wehrlosen Menschen hinweg, die größtenteils nur durch glückliche Fügungen aus der Dresdener Feuerhölle entkommen waren. Einige US-Jäger flogen derartig niedrig über die Elbwiesen hinweg, daß manche "Zielscheiben" sogar die Gesichter der nordamerikanischen Piloten sehen konnten.

Die rußgeschwärzten Menschen waren nach den nächtlichen Bombenangriffen meistens noch dermaßen geschockt, daß sie nicht einmal mehr um ihr Leben rannten oder nach irgendeiner Deckungsmöglichkeit suchten, als die Bordschützen der US-Geleitjäger das Feuer eröffneten (x025/36). Viele ältere Menschen blieben auf ihren Fuhrwerken und ließen den Geschoßhagel

teilnahmslos über sich ergehen. Einige Mustang-Piloten flogen mehrere Angriffe und schossen mit schweren Bordkanonen und Maschinengewehren auf alles, was sich auf den Elbwiesen oder in der näheren Umgebung Dresdens aufhielt. Die Rot-Kreuz-Fahrzeuge der auswärtigen Rettungseinheiten wurden ebenfalls nicht geschont. Bei diesen Angriffen kamen nochmals ungezählte wehrlose Ost- und Mitteldeutsche um.

Um 12.13 Uhr warfen die US-Bomber ihre letzten Spreng- und Phosphorbrandbomben ab und beendeten die britisch-nordamerikanische "Operation Donnerschlag". Danach drehte die US-Luftflotte in aller Ruhe nach Westen ab.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 9 berichtete später (im Januar 2020) über die Luftangriffe der Alliierten gegen Dresden (x359/12-14): >>Gezielter Beschuβ?

Seit dem Jahr 2000 wird in Dresden eine öffentliche Diskussion geführt, in der sich Zeitzeugen an selbsterlebte Tieffliegerangriffe am 14. Februar 1945 erinnern. ...

Im Folgenden seien deshalb einige Auszüge aus dem "Exclusive Interview - Jimmy Doolittle, Commander in Chief of 8th US-Air Force - On Winning the War in Europe" zitiert:

"Eine andere Sache, die ich anordnete, war die Änderung des Kampfauftrages der Piloten. Aus Furcht vor feindlichen Jägern war ihnen bisher die Berechtigung versagt worden, die Bomber allein zu lassen. Jetzt, da wir eine Menge Flugzeuge hatten, ordnete ich an, daß die Jagdpiloten feindliche Kämpfer ("fighters") am Boden und in der Luft aktiv jagen und zerstören. Die Abschußraten unserer Piloten nahmen drastisch zu, und die Verluste der Luftwaffe an Flugzeugen und, besonders wichtig, an hoch qualifizierten Piloten stiegen so, daß sie sich davon nicht wieder erholten.

Ich befahl Bodenangriffe und den Beschuß des deutschen Transportsystems. Ich forderte von meinen Piloten, alles, was sich bewegte, fliegen konnte oder die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützte, auf der Stelle zu vernichten. (... I told my pilots to kill it in place.) Dieser Entschluß, die Taktik des Luftkriegs zu ändern, brachte Erfolg, aber auch Kritik. Ich meinte, daß der Zweck die Mittel rechtfertigen würde. Die Geschichte möge entscheiden."

Zur Auswirkung dieser Befehlslage auf die Situation der Zivilisten äußerte sich General Chuck Yeager. Er war im Zweiten Weltkrieg Kampfpilot der 8. US Airforce (8. US-Luftflotte). In seinen autobiografischen Erinnerungen schildert er seine Sichtweise auf die Kampfeinsätze der Jahre 1944/45 gegen Deutschland: "Der Zermürbungskrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung war eingeläutet worden.

Niemand stellte die Frage, ob wir die Deutschen wirklich demoralisierten, oder ob sie in einer Trotzreaktion ihrerseits alle Kräfte freimachten, um die Kriegsmaschinerie der Nazis noch einmal anzukurbeln. Man fragte uns auch nicht, wie uns zumute war, wenn wir Zivilisten niederschossen.

Diese Einsätze waren schmutziger Krieg, und wir fühlten uns unwohl dabei. Aber keiner von uns weigerte sich mitzumachen. Und wenn sich einer dagegen gesträubt hätte, wäre er wahrscheinlich vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Ich weiß noch, wie ich bei der Flugvorbesprechung Oberstleutnant Donald Bochkay zuflüsterte: "Wenn wir so was machen, können wir bloß hoffen, daß wir diesen Krieg gewinnen, ansonsten gnade uns Gott."

Dieser Ansicht bin ich auch heute noch. Jeder Krieg an sich ist unmoralisch; es gibt keinen "sauberen" Krieg. Sobald Armeen gegeneinander kämpfen, ist der Krieg total. Wenn wir Greueltaten begingen, dann schlicht und einfach, weil wir den Befehl dazu hatten. Und die da oben, von denen die Einsatzbefehle kamen, rechtfertigten sich vielleicht damit, daß man im Krieg nicht so einfach unterscheiden konnte zwischen der unschuldigen Zivilbevölkerung und dem Militärapparat. Ein Bauer, der sein Feld bestellte, trug zum Beispiel zur Verpflegung der deutschen Truppen bei. Und weil die deutschen Industrieanlagen völlig zerbombt waren, kam der Nachschub jetzt aus den Dörfern. Im ganzen Land wurden in Heimarbeit und in kleinen

Werkstätten Munition und Waffen produziert.

Damit entschuldigten die Briten die großflächige Bombardierung ziviler Ziele mit Brandbomben. Im Krieg nimmt das Militär selten Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, und oft zielen militärische Maßnahmen aus strategischen Erwägungen sogar absichtlich auf die Zivilbevölkerung ab. Das war bisher in jedem Krieg so und wird auch in Zukunft so sein. Es liegt einfach im Wesen des Krieges selbst. Ich bin, weiß Gott, nicht stolz auf diese Einsätze gegen Zivilisten. Aber sie lassen sich nicht ausradieren aus dem Gedächtnis und den Geschichtsbüchern!" ...

Konkrete Beobachtungen

Am 14. Februar 1945 muß in der Zeit von 10 bis 11 Uhr eine Gruppe von drei bis vier Jagdflugzeugen wenigstens dreimal das Gebiet der Elbauen vom Ostragehege bis Laubegast und die südlichen Bereiche Dresdens überflogen haben. Dabei wurde mit Bordwaffen auf Personen geschossen. Von Toten und Verwundeten wird berichtet.

Ein Augenzeuge erlebte zwei Tieffliegerangriffe: den ersten am Vormittag und den zweiten am frühen Nachmittag des 14. Februar 1945 während einer Lkw-Fahrt auf dem Weg nach Kreischa. Dabei wurde eine der mitfahrenden Personen durch Bordwaffenbeschuß getötet.

Eine Zeitzeugin konnte in ihren Schilderungen eine erstaunliche Zeitbestimmung vorweisen: Auf der Flucht aus der brennenden Stadt gelangte ihre Familie über die Südhöhe nach Mockritz. Ihr Bruder war noch Säugling, Jahrgang 1944.

Als 14-Jährige kannte sie genau die Stillzeiten, die von ihrer Mutter exakt eingehalten wurden (alle vier Stunden, von früh sechs Uhr an). Die Mutter begab sich deswegen gegen zehn Uhr in das dortige Schulgebäude, während die übrige Familie weiter unten am Kaitzbach wartete. In dieser Zeit erfolgte ein Tieffliegerangriff aus westlicher Richtung. Die Familie ging an der Uferböschung des Kaitzbaches in Deckung, neben ihr starben durch die MG-Salven mehrere Soldaten, die, wie sie zuvor erfahren hatte, auf Genesungsurlaub waren. Bei einem gemeinsamen Ortstermin habe ich die besagte Stelle gezeigt bekommen.

Einige Augenzeugen erinnern sich an warnende Ausrufe "Achtung, Tiefflieger ... !" oder ähnlich. Solche einprägsamen Erinnerungen sind nicht hinzuerfunden worden. Mehrere von mir kontaktierte Augenzeugen haben ihre Erinnerungsberichte dem Zeitzeugenarchiv im Stadtarchiv zur Verfügung gestellt. Eine ansatzweise Prüfung meiner Ergebnisse ist dadurch möglich.

All diese Augenzeugenberichte, nunmehr gebündelt in einer anschaulichen Gesamtdarstellung, gehören zur Quellenlage und dienen der Findung der historischen Wahrheit. Daß dieses Kapitel der Geschichtsaufarbeitung bisher vernachlässigt wurde, mag auch dem bisherigen Forschungsstand und den bisherigen Forschungszielen geschuldet sein. ...<

<u>Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 9 berichtete später (im Januar 2020) über die Luftangriffe der Alliierten gegen Dresden (x359/16,22-26):</u> >>**Das Inferno** Vier Angriffe innerhalb von vierzig Stunden: In der völlig überbevölkerten Elbmetropole waren die Menschen dem Terror aus der Luft hilflos ausgesetzt. ...<

>>... Feuerhölle Großer Garten

Der Große Garten gehörte zu den sekundären Verdichtungsgebieten. Hier hielten sich Flüchtlinge aus den Ostgebieten auf, die mit Gespannen in Trecks bis Dresden gekommen waren. Tausende flüchteten aus der brennenden Stadt in den zwei Quadratkilometer großen Park. Zeugen sprechen von Zehntausenden. Der Große Garten war Einzugsbereich des südöstlichen Stadtgebietes, das vollkommen niederbrannte. Wer aus diesem Teil der Stadt flüchtete, konnte nur im Großen Garten der Brandzone entkommen. Rechnet man die Flüchtlinge hinzu, die sich schon vor dem Angriff im Großen Garten aufhielten, ist die Annahme von 10.000 begründet.

Um 1:30 Uhr begann der zweite Angriff. Der Masterbomber, Major Wesselow, entschied, den

Angriff auf die verschonten Gebiete zu konzentrieren, und lenkte die Markierer so, daß die Gebiete an beiden Rändern des großen Brandherdes und östlich davon bombardiert wurden. Der Große Garten lag damit im Bereich des Zielgebietes. Oberstleutnant Hugh Le Good, der stellvertretende Masterbomber, trug in sein Tagebuch ein: "Dresden. Keine Wolken über dem Ziel, praktisch die ganze Stadt in Flammen."

Gegenüber der Abwurfmunition der Bomber des ersten Angriffes, die noch einen größeren Anteil von Sprengbomben enthielt, war deren Anteil jetzt erheblich geringer. Sie sollten die Löschmannschaften in Deckung zwingen, damit die Brände sich ausdehnen konnten. 75 Prozent waren Brandbomben: 54,5 Zentimeter lange sechseckige Thermit-Stabbrandbomben, die, in Metallkästen verstaut und über dem Ziel in den Flugwind abgeworfen, sich breit verstreuten. Auf den Großen Garten fielen die Bomben so dicht, daß viele der Flüchtlinge und Ausgebombten erschlagen wurden oder durch die Wirkung der Sprengbomben umkamen.

Unter diesen Umständen konnte auch Verletzten keine Hilfe geleistet werden. Bei diesem Angriff fielen 650.000 Brandbomben auf Dresden. Seydewitz schreibt: "Während viele Quadratkilometer der Stadt immer noch brannten, stach aus dem glühenden Flammenmeer ein dunkles Viereck hervor: Das waren die zwei Quadratkilometer des Großen Gartens, wohin sich mehr als 10.000 Männer und Frauen, Kinder und Greise geflüchtet hatten."

Erschütterndes Zeugnis eines Schweizers

Der folgende Bericht schildert die Situation im Großen Garten einige Tage später: Südlich des Hauptbahnhofs liegt das Schweizer Viertel, so genannt nach der Gaststätte Schweizer Hof und der Schweizer Straße. Einem Schweizer aus diesem Stadtteil, dem es gelang, ein Ausreisevisum für sich und seine Familie zu erlangen, weil seine Firma zerstört worden war, erreichte Anfang März 1945 Zürich.

Der *Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich* veröffentlichte in drei Fortsetzungen seine Erlebnisse. Es war der erste Bericht eines Augenzeugen der Luftangriffe auf Dresden, der die internationale Öffentlichkeit erreichte. Es ist nicht auszuschließen, daß dieser Bericht Churchill mit zu seinem Memorandum vom 28. März 1945 ... an die Stabschefs der RAF bewogen hat:

"Als ich drei, vier Tage darauf (nach den Angriffen) von ein paar Motorradfahrern hörte, daß nicht "Zehntausende", wie man uns erst sagte, sondern 200.000 Menschen in diesen beiden Angriffen umkamen, wußte ich auch, daß diese Zahl nicht zu hoch gegriffen war, denn da hatte ich schon selbst gesehen, wie die Leichen in mannshohen Stapeln aufgeschichtet überall umhergelegen hatten. ...

Ich selbst hatte ja gesehen, welche unaussprechliche Tragödie sich im Großen Garten abgespielt haben mußte, Dresdens riesigem Park in der Altstadt, ... der nun buchstäblich mit Leichen übersät war! Und wen konnte diese Zahl wundern? Zu den rund 650.000 Einwohnern Dresdens waren ja eine halbe Million Ostflüchtlinge gekommen, ... zwischen den beiden Angriffen waren zwanzig- oder dreißigtausend Menschen in den Großen Garten geflüchtet und davon allein waren schon rund zehntausend umgekommen.

Zweimal fuhr ich nach dem 13. Februar mit meinem Rad ... durch die Trümmer von Dresden. ... Da verhältnismäßig wenige Sprengbomben gefallen waren, konnte man ganz gut durchkommen. Vor allem gab es nur wenige Bombentrichter, da die neuen Sprengbomben besonders auf Pflaster und Asphalt nur flache Einschläge und Trichter machen.

Der Brand war es, der die entsetzlichen Verheerungen angerichtet hatte, und sogar die Opfer des Großen Gartens waren nicht von Sprengbomben zerrissen, sondern von den anderthalb Millionen Brandbomben erschlagen worden, die über diesen Park niedergingen.

Einer meiner Schweizer Freunde, der mit beim Palais im Großen Garten gewesen war, erzählte mir, wie er gesehen hatte, daß die Leute versuchten, sich die Brandstangen aus dem Leib zu reißen - doch die zwei, drei Spannen langen, nur drei Zentimeter dicken Todesfackeln hatten

es zwar nicht vermocht, den Park in Flammen aufgehen zu lassen, weil Büsche und Bäume viel zu naß waren, aber sie hatten die Menschen erbarmungslos erschlagen.

Noch zehn Tage nach dem Angriff waren diese Leichenstapel nicht abgetragen, obwohl überall Laster eingesetzt wurden, um die Toten in die rasch gegrabenen Massengräber zu bringen, obwohl man sich nicht erst damit aufhielt, die Opfer zu identifizieren.

... Ich war eines Vormittags auf der Suche nach befreundeten Schweizern nach Gruna hinausgefahren, eben durch die bekannte Stübelallee, in der auch Gauleiter (Martin) Mutschmann seine Villa gehabt hatte. Diese Allee, zwei mächtige Straßenzüge mit einer vier Meter breiten Promenade zwischen ebenso breiten Rasenstreifen, war aber fast unpassierbar geworden, und der Anblick der Leichenhaufen, die überall aufgeschichtet waren, so entsetzlich, daß ich es kein zweites Mal ausgehalten hätte, mir dort meinen Weg durch Leichen zu bahnen.

Hanns Voigt sah am Hauptbahnhof Leichenberge, zehn bis zwanzig Meter im Geviert, einige Meter hoch.

Ich fuhr deshalb durch den Großen Garten zurück. Aber es war noch viel schauerlicher. Gerade weil man dem Park äußerlich erst nur wenig ansah, weil die Reitbahnen und Promenaden, die Radwege und kleinen Kanäle dieses prächtigen Barockparks nur da und dort von gestürzten Bäumen versperrt waren, wirkte es so gräßlich, nun auf Schritt und Tritt Leichen umherliegen zu sehen, abgerissenen Arme und Beine, verstümmelte Rümpfe, Köpfe, die vom Leib gerissen irgendwohin gerollt waren! ...

Das Palais im Großen Garten, einer der schönsten Barockbauten, war natürlich abgebrannt, alle Wirtschaften und Pavillons, die Ausstellungshallen, der Zoologische Garten ebenfalls. ... Bei der zweiten Fahrt, acht Tage nach dem 13. Februar, war noch alles unverändert. Und wie hätte man dort auch aufräumen können, da man sich noch nicht einmal an die Innenstadt herangewagt hatte? Zwar arbeiteten überall Gefangenentrupps, Russen, Engländer, Franzosen, doch was konnte schon die Arbeit von Zehntausenden helfen, da doch ganz Dresden in Trümmern lag?"

Dieses Zeugnis leidet zwar unter vorschnellen Zahlenangaben, die gerüchteweisen Schätzungen entsprachen, der zu weit gehenden Annahme von anderthalb Millionen Brandbomben und der Auslassung der beiden Tagesangriffe am 14. und 15. Februar. Es gibt aber den zeitnahen Eindruck wieder.

... Die Nachrichtenagentur AP brachte am 17. Februar 1945 eine Zusammenfassung der Intentionen amerikanischer Bombardierungspolitik: "Alliierte Luftchefs haben die seit Langem erwartete Entscheidung getroffen, bewußte Terrorangriffe auf deutsche Bevölkerungszentren durchzuführen, um mit diesem unbarmherzigen Vorgehen das Schicksal Hitlers zu beschleunigen. Luftangriffe, wie sie kürzlich von schweren Bombern der alliierten Luftstreitkräfte auf Wohnviertel von Berlin, Dresden, Chemnitz und Cottbus geflogen wurden, stehen den Deutschen auch in Zukunft bevor. Ziel ist es, weitere Verwirrung im Straßen- und Schienenverkehr der Nazis zu stiften und die deutsche Moral zu brechen."

Der Weg ins Vergessen

Die Folgen des Dresden-Raids schienen im Hinblick auf das nahe Kriegsende und der nun justiziabel zu machenden Kriegsschuldanklagen ein heikles Thema zu sein. Ein Mittelsmann überließ dem Verfasser dazu eine gewichtige Mitteilung des ehemaligen Botschafters der Sowjetunion in Bonn, Valentin Falin. Demnach sei auf Churchills Anordnung die britische Seite an die sowjetische mit dem Wunsch herangetreten, sie möge alle Unterlagen über die Dresdner Bombenopfer, die in ihre Hände fielen, den Briten im Original aushändigen.

Dafür würden die Russen aus dem englischen Beutebestand deutscher moderner Waffenentwicklung Kompensationen erhalten. Auch über die Größenordnung der Opferzahlen, die man der Öffentlichkeit anbieten werde, wurde Einvernehmen angestrebt. ...

Sollte Falins Angabe zutreffen, könnte das den auffallenden Mangel an deutschen Unterlagen

über die Angriffsfolgen auf Dresden erklären. Spezialeinheiten der Roten Armee sperrten die Bediensteten der deutschen Ämter wochenlang von ihren Diensträumen aus und entwendeten, zerstörten oder vernichteten Akten, Unterlagen und anderes Archivgut. ...

Erinnerungssymbole, die wie Denkmäler einen unmittelbaren Eindruck von dieser Schrekkensnacht bewahrten, wurden absichtsvoll beseitigt. Dazu gehört die Uhr des Schloßturms, die zur Angriffszeit 22:35 Uhr stehen geblieben war. Sie wurde 1994 durch eine neue Uhr ersetzt. Auch der herabgestürzte Nordturm der Frauenkirche sollte nach ersten Planungen liegen bleiben, um an die Zerstörung zu erinnern. Die Besucher des Heidefriedhofes finden keinen Hinweis auf den Ehrenhain für die Bombenopfer, sondern nur den Wegweiser zum Ehrenhain für die Opfer des Faschismus.

Dresdner stellten alljährlich am 13. Februar Kerzen an der Ruine der Frauenkirche auf - schweigend. In Westdeutschland erzeugte die alliierte Umerziehung den Wunsch, auf die brennenden Städte nicht zurückzuschauen. Erst als 2002 das Buch *Der Brand* von Jörg Friedrich erschien, sollte sich das ändern.<<

Das alliierte Hauptquartier dementierte später NS-Berichte, daß die alliierten Luftwaffenchefs beschlossen hätten, planmäßige Luftangriffe gegen die deutschen Bevölkerungsmittelpunkte durchzuführen. Die Briten und Nordamerikaner erklärten damals, daß in der alliierten Luftund Landetaktik keine Veränderung eingetreten sei. Sie bestehe weiterhin darin, die deutschen Streitkräfte zu vernichten. Der Angriff auf Dresden sei ausschließlich aus strategischen Gründen durchgeführt worden.

Es war jedoch eigenartig, daß die große Elbbrücke, alle wichtigen Eisenbahnanlagen, die Autobahn und andere strategische Verkehrsverbindungen überhaupt nicht angegriffen bzw. zerstört wurden. Der Verkehr rollte bereits nach einigen Tagen wieder durch die zerstörte Stadt.

Am 15.2., 2.03.1945 und 17.04.1945 griffen 210, 406 bzw. 572 Bombenflugzeuge der 8. US-Luftflotte die Trümmerstadt erneut an (x040/266,269,279). Obgleich bei diesen Bombenangriffen nochmals über 3.000 t Bomben abgeworfen wurden, gab es fast keine Todesopfer, denn die Nordamerikaner bombardieren und zerstören während dieser Luftangriffe ausschließlich Eisenbahnanlagen und Verkehrsknotenpunkte.

US-Präsident Roosevelt verkündete am 28. Februar 1945 in Washington, daß Deutschland und Japan vor Ablauf von 50 Jahren keine UN-Mitglieder werden können.

Eine "Außerordentliche Staatliche Kommission" der Sowjetunion behauptete am 1. März 1945, daß mindestens fünf Millionen Menschen in Auschwitz vernichtet worden seien (x046/-181).

<u>US-Präsident Roosevelt berichtete am 1. März 1945 in Washington über die Jalta-Konferenz (x028/76):</u> >>... Im Laufe der Geschichte bildete Polen den Korridor, durch den die Angriffe auf Rußland erfolgten. Zweimal in dieser Generation hat Deutschland durch diesen Korridor gegen Rußland losgeschlagen. Damit sich das nicht wiederholt und um die europäische Sicherheit und den Weltfrieden zu erhalten, ist ein starkes, unabhängiges Polen notwendig.

Die Entscheidungen im Hinblick auf Polen waren durchaus ein Kompromiß, ... der die Polen im Norden und Westen für das Land entschädigen soll, das sie im Osten durch die Curzon-Linie verlieren. Bei der endgültigen Friedenskonferenz soll der Grenzverlauf für die Dauer festgelegt werden. Im großen und ganzen wird das neue, starke Polen einen bedeutenden Anteil des jetzt als Deutschland bezeichneten Gebietes erhalten. ...

Ich bin überzeugt, daß diese Übereinkunft über Polen unter diesen Umständen die denkbar hoffnungsvollste Vereinbarung für einen freien, unabhängigen und blühenden polnischen Staat ist.<<

General Eisenhower teilte Stalin am 28. März 1945 telegrafisch mit, daß man die sowjetischen Truppen auf der Linie Erfurt - Leipzig - obere Elbe erwarten würde (x040/274). Stalin, der sämtliche verfügbaren Truppen gegen Berlin einsetzen ließ, antwortete verharmlosend, daß

die Rote Armee nur mit unbedeutenden Kräften gegen Berlin vorgehen werde.

Die US-Regierung forderte Stalin am 6. April 1945 noch einmal auf, den Status der russisch besetzten Gebiete in Ostpreußen, Danzig, Schlesien und in Pommern zu erläutern (x039/228). Nordamerikanische Truppen marschierten am 11. April 1945 in Thüringen ein. Sie befreiten im KZ Buchenwald (bei Weimar) rund 21.000 Häftlinge (x114/2.22).

Ein junger US-Stabsarzt berichtete später über seine Kriegserlebnisse in Mitteldeutschland (x165/246-247): >>... Je weiter man nach Osten kam, desto mehr Flüchtlinge sah man. Hier drängten die Russen, dort nahten die Amerikaner. Die meisten suchten den Russen zu entkommen und wollten in die amerikanische Zone. Sie strömten in die Städte. Es sah aus wie am Samstagnachmittag: Tausende von Menschen auf den Dorfplätzen.

Es war ihnen egal, wohin sie gingen, sie wollten nur von dort weg, wo gekämpft wurde, und vor allem weg von den Russen. Gegen Ende des Krieges bekamen wir alle möglichen Gefangenen. Leute aus Dünkirchen, aus Tobruk. Verbündete Soldaten, die aus deutschen Gefangenlagern befreit waren.

Ich kam auch nach Buchenwald. Wußten Sie, daß Buchenwald ein Zoo war? Am Eingangstor stand eingraviert: Zoologischer Garten Buchenwald. Äußerste Erniedrigung. Sie ließen uns nicht hinein, aber wir konnten hineinsehen. Der Geruch und die Leichen, alles war noch da. Mir kann also keiner weismachen, dergleichen habe es nie gegeben. ...

Die Amerikaner haben nie erfahren, was Krieg wirklich heißt. Egal, wieviel sie im Fernsehen oder im Kino oder in Zeitschriften vom Krieg gesehen haben. Denn es gibt da ein bestimmtes Merkmal, daß sie nie erlebt haben: den Geruch. Man geht durch ein Dorf, und plötzlich steigt einem dieser fürchterliche Geruch in die Nase.

Alle laufen mit Masken herum, weil das einfach nicht auszuhalten ist. Man sieht sich um, und auf einmal fällt der Blick auf diese aufgedunsenen Körper. Man nimmt keine Menschen mehr wahr, weil sie inzwischen ordentlich aufgereiht sind. Man erkennt aufgedunsene Pferde und Kühe und spürt den Geruch des Todes. Der macht keine Unterschiede, sie riechen alle gleich. Wenn die Amerikaner wenigstens das gewußte hätten, hätten sie sich vielleicht mehr Gedanken um den Frieden gemacht. ...<

General Eisenhower erklärte später nach der Besichtigung des befreiten KZ-Lagers Ohrdruf (Außenlager des KZ Buchenwald) (x114/2.25): >>... Ich bin niemals imstande gewesen, die Gefühle zu schildern, die mich überkamen, als ich zum erstenmal ein so unbeschreibliches Zeugnis für die Unmenschlichkeit der Nazis vor Augen hatte - ein Zeugnis dafür, daß sie sich über die einfachsten Gebote der Menschlichkeit in skrupelloser Weise hinwegsetzten. Bisher hatte ich nur gewußt, daß es Lager dieser Art gäbe, alles andere kannte ich nur vom Hörensagen. Nichts hat mich so erschüttert, wie dieser Anblick.<<

Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman berichtete später von den entsetzten Reaktionen der Alliierten über die unfaßbaren Zustände, die während des Zusammenbruchs in den mittel- und westdeutschen NS-Konzentrationslagern herrschten (x042/368-369): >>... Hartgesottene Kriegsberichterstatter empfanden das, was sie dort zu Gesicht bekamen, als so grauenhaft, daß es vom "menschlichen Verstand nicht begriffen" werden könne. General Eisenhower fand die "barbarische Behandlung", die den KZ-Insassen zuteil geworden war, "nahezu unglaublich".

Um letzte Zweifel am Wahrheitsgehalt der KZ-Reportagen zu zerstreuen, lud Eisenhower ein Dutzend Kongreßabgeordnete und eine Abordnung amerikanischer Chefredakteure zu einer Besichtigungstour ein. Was die Parlamentarier in Buchenwald sahen, schockierte sie "über das Faßbare hinaus". Und die Chefredakteure, in der Erwartung angereist, es könne alles nicht so schlimm sein, wie die Korrespondenten ihnen geschildert hatten, kamen sehr schnell zu der Überzeugung: "Hier etwas zu übertreiben wäre schwierig."

Daß man den früheren Informationen über die NS-Greuel keinen Glauben geschenkt hatte,

war sicher der wichtigste Grund für das jähe Entsetzen, das sich nun breitmachte. Dazu kam, daß die Zustände in den Lagern, für gewöhnlich schon schlimm genug, während der letzten Kriegsmonate einen kaum mehr zu beschreibenden Tiefstand erreicht hatten. Als das Dritte Reich zerfiel, brachen der Verwaltungsapparat, der Nachschub und die Lebensmittelversorgung zusammen. Auf ihrem Rückzug überstellten die Deutschen Tausende von Lagerinsassen aus dem Osten in die überfüllten Lager auf deutschem Boden. Die Folge waren: extreme Unterernährung, Epidemien, Tausende unbeerdigter Leichen.

Dabei gehörten diese Lager (Buchenwald, Bergen-Belsen, Dachau usw.) nicht zu den schlimmsten. Sie waren keine Vernichtungslager. Was in ihnen an Schrecklichem vor sich ging, war etwas anderes als die durchtechnisierte Abschlachtung von Millionen von Menschen in Auschwitz, Majdanek und den anderen 4 Vernichtungszentren auf polnischem Boden.

Die amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften, die jahrelang kaum über die Massaker und die systematische Ausrottung berichtet hatten, überboten einander nun mit Nachrichten über die deutschen Lager. Über einen Monat lang wurde das Thema von der Presse ausgeschlachtet, häufig auf den Titelseiten, garniert mit schockierenden Fotos. Die Wochenschauen, in Hollywood aus dem Filmmaterial von Kriegsberichterstattern der Armee zusammengeschnitten, konfrontierten Millionen amerikanischer Kinogänger mit erschütternden Bildern des Grauens. ...<

Der britische Schriftsteller Victor Gollancz schrieb später in seinem Buch "Stimme aus dem Chaos" über die Befreiung der NS-Konzentrationslager (x268/62-63): >> Wenn mir der Platz zur Verfügung stünde, so könnte ich mich mit dem empörten Aufschrei über die "Buchenwald-Enthüllungen" befassen, die keinerlei Enthüllung für alle die bedeuteten, die unentwegt seit 1933 bemüht gewesen waren, das Gewissen eines denkfaulen und zweiflerischen Publikums aufzurütteln und das Wort für Männer und Frauen zu ergreifen, die von der Außenwelt abgeschlossen und ohne eigene Stimme, unsagbare Qualen in jenen Lagern der Rechtlosigkeit erduldeten. Jetzt, so sagte man, wüßten wir nun endlich, daß die deutsche Nation als ganzes schuldig wäre.

Von 1933 bis 1939 gab es keine ausländischen Zwangsarbeiter, keine Saboteure, keine Kriegsgefangenen – alle Insassen waren also "arische" oder "nichtarische" Deutsche.

... In diesen Jahren waren die überwältigende Mehrheit der Häftlinge in diesen Konzentrationslagern politische Gegner; die Zahl der Juden in diesen Lagern war vor dem Krieg verhältnismäßig gering – abgesehen von der kurzen Zeit nach dem November 1938 -, und die meisten unter ihnen wurden wegen ihrer politischen Überzeugung und nicht als Juden festgehalten. ...

Ich jedenfalls behaupte, diese Lager beweisen durchaus nicht, daß alle Deutschen schlecht sind und das ganze deutsche Volk "kollektiv schuldig" ist; sie beweisen vielmehr das Gegenteil. ...<

US-Präsident Roosevelt starb am 12. April 1945 nach einem Gehirnschlag.

<u>Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident Roosevelt (x068/228):</u> >>Im selben Jahr, in dem der deutsche "Führer" sein Terrorregiment antrat, begann jenseits des Ozeans, nur wenige Wochen darauf, F. D. Roosevelt sein Amt anzutreten; beide regierten 12 Jahre, und im selben Jahr, im selben Monat starben sie. ...<

Vizepräsident Harry S. Truman (1884-1972) wurde Roosevelts Nachfolger. Hitlers und Goebbels' Euphorie war jedoch unbegründet, denn Truman (ein unerfahrener Außenpolitiker) bemühte sich fast krampfhaft, die nordamerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen korrekt und loval einzuhalten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Harry S. Truman (x051/587): >>Truman, Harry S(pencer), geboren in Lamar (Missouri) 8.5.1884, gestorben in Kansas City

26.12.1972, 33. Präsident der USA; im Ersten Weltkrieg als Offizier in Frankreich, 1921 Konkurs als Textilhändler, danach Richter.

Truman wurde 1935 demokratischer Senator seines Heimatstaates (1940 wiedergewählt) und leitete ab 1941 das Truman-Komitee zur Kontrolle der amerikanischen Kriegsausgaben. Am 7.11.44 nominierten die Demokraten Truman zum Vizepräsidenten, als der er nach dem Tod Roosevelts am 12.4.45 dessen Nachfolge antrat (1948 wiedergewählt). Das schwächte die Position der USA beim Potsdamer Abkommen trotz der gelungenen Premiere der Atombombe, deren Abwurf auf Hiroshima und Nagasaki Truman im August 45 anordnete.

Im anschließenden Kalten Krieg verfolgte Truman einen Kurs des Containment (Eindämmung) des sowjetischen Expansionismus, stärkte durch Wirtschaftshilfe (Marshall-Plan) und NATO-Gründung (1949) die westeuropäischen Staaten und griff schließlich im Koreakrieg zur militärischen Abwehr des Kommunismus.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Harry S. Truman (x068/255-256): >>Harry Truman (das "S" ist nur eine spätere Schmuckzutat) war der Sohn eines Pferdehändlers aus Missouri und hatte es schon mit vielen Berufen versucht, als Bankangestellter, Bauer, Artilleriehauptmann im Ersten Weltkrieg. Doch erst nachdem er noch als Inhaber eines kleinen Geschäfts mit Knöpfen, Nähnadeln, Garn, Gummibändern und dergleichen bankrott gemacht hatte, stieg er zum Präsidenten der Vereinigten Staaten auf. Den Weg zu diesem Aufstieg bereitete ihm der Vorsitzende der demokratischen Partei von Missouri, Tom Pendergast, der einen beträchtlichen Teil seines späteren Lebens hinter schwedischen Gardinen saß.

Harry Truman las gern historische Romane - seine amerikanischen Lieblingshelden waren der Südstaatengeneral Lee und der Südstaatengeneral und spätere Präsident Jackson, der Indianerkiller. Er spielte gern Mozart, Beethoven, Chopin, und er befahl, die ersten Atombomben auf zwei Städte zu werfen - und mit dem Blut von ein paar hunderttausend Japanern wird sein Name haften auf den Schandblättern der Geschichte.

Die Japaner hatten nach Pearl Harbor durch ihre gewaltige Materialüberlegenheit einen Sieg nach dem anderen errungen, hatten in kurzer Zeit die Philippinen, Malaysia, Hongkong erobert, schließlich alle Inseln des Südpazifik, kurz den ganzen ostasiatischen Raum unter ihre Kontrolle gebracht - mit dem verhältnismäßig "geringen" Verlust von 15.000 Toten. Sie waren mit Luftlande- und Bodentruppen von einer strategisch wichtigen Insel zur andern gelangt, immer die letzte als Sprungbrett für die nächste benützend. Und mit derselben Taktik stießen dann die USA - nach den siegreichen Flottenschlachten in der Korallensee und bei den Midway-Inseln - nach Japan vor.

Zwischen März und Juni 1945 eroberten sie die Insel Okinawa in einer der blutigsten Schlächtereien des Zweiten Weltkriegs. Die Japaner verloren dabei 3.500 Flugzeuge, die sich in Todesflügen (Kamikaze) auf die amerikanischen Landungsboote stürzten. Nach der Niederlage verübten die beiden japanischen Generäle in voller Uniform Harakiri, indem sie sich, dem Ehrenkodex der Samurai gemäß, eigenhändig den Bauch aufschnitten. Und viele japanische Offiziere nahmen sich gleichfalls das Leben.

Der Krieg war, wie für Hitler, auch für Japan längst verloren, kein Endkampf mehr nötig, wozu man die Russen verpflichtet hatte, deren Einmarsch in die Mandschurei man nun freilich unbedingt verhindern wollte. Und gerade diese Absicht sollte die fatalste militärische Folge des Krieges haben. ...<

<u>Die nordamerikanische Regierung erhielt am 17. April 1945 folgende sowjetische Antwortnote (x039/228):</u> >>... Es sind (in Ostdeutschland) keine Grenzregulierungen getroffen, nur örtliche polnische Verwaltungsstellen eingerichtet.<<

General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wird (x025/126, x063/613): >>... Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Naziwiderstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat, und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. ...<

- >>... (Sie werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen
- a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder
- b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<

In der berüchtigten nordamerikanischen "Direktive JCS 1067" hieß es ferner, daß Verbrüderungen mit der deutschen Bevölkerung ausdrücklich verboten sind (x106/395).

Die geheime Richtlinie "Direktive JCS 1067" des Oberbefehlshabers der US-Militärregierung in Deutschland vom 26. April 1945 wurde erst am 17. Oktober 1945 veröffentlicht und lautete wie folgt (x156/30-31): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...

Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten

- ... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland
- a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
- b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.
- c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtig Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.
- d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.
- 5. Wirtschaftskontrollen
- a) Als Mitglied des Kontrollrats und als Zonenbefehlshaber werden Sie sich von den Grundlagen leiten lassen, daß der deutschen Wirtschaft in dem Maße Kontrollen auferlegt werden können, als erforderlich ist, um die in der vortreffenden Ziffer 4 aufgezählten Ziele zu erreichen und außerdem soweit sie zum Schutz der Sicherheit und zur Befriedung des Bedarfs der Besatzungsstreitkräfte und zur Sicherheit der Produktion und Aufrechterhaltung von Lieferungen und Dienstleistungen notwendig sind, um Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen, die eine Gefährdung dieser Streitkräfte darstellen würden, vorzubeugen.

Sie werden bei der Durchführung des Reparationsprogramms anderweitig nichts unternehmen, was geeignet wäre, die grundlegenden Lebensbedingungen in Deutschland oder in ihrer Zone auf einem höheren Stand zu halten als in irgendeinem benachbarten Mitgliedsstaat der Verein-

ten Nationen. ...

Teil II Wirtschaftliche Angelegenheiten

Allgemeine Ziele und Kontrollmethoden

16. Sie werden dafür sorgen, daß die deutsche Wirtschaft so verwaltet und kontrolliert wird, daß die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive enthaltenen Hauptziele erreicht werden. ...

Abgesehen von den für diese Zwecke erforderlichen Maßnahmen werden Sie keine Schritte unternehmen, die (a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnte oder (b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken. ...

b) Im Kontrollrat auf keinen Fall die Errichtung einer zentralisierten Kontrollverwaltung über die deutsche Wirtschaft vorschlagen oder billigen, außer in den Fällen, wo eine solche Zentralisierung der Verwaltung zur Erreichung der in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive aufgeführten Ziele unbedingt notwendig ist. Die Dezentralisierung der Verwaltung darf nicht verhindern, daß im Kontrollrat die weitestgehende Einigkeit über die Wirtschaftspolitik erzielt wird.

..

- 31. Als weitere Abrüstungsmaßnahme sollte der Kontrollrat
- a) vorläufig alle Forschungstätigkeit verbieten und alle Laboratorien, Forschungsinstitute und ähnliche technische Organisationen schließen, mit Ausnahme derer, die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit für notwendig gehalten werden;
- b) alle diejenigen Laboratorien und ähnliche Institute abschaffen, deren Arbeit mit dem Aufbau der deutschen Kriegsmaschine im Zusammenhang stand, und diejenigen Laboratorien vorläufig sicherstellen und ihr Personal in Gewahrsam nehmen, die für ihre technologischen Untersuchungen von Interesse sind, und ihre Einrichtungen danach entfernen oder vernichten
- 32. Bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens zwischen den Alliierten über Reparationen und die Kontrolle oder Ausschaltung der für die Kriegsproduktion geeigneten deutschen Industrien soll der Kontrollrat
- a) die Produktion von Eisen und Stahl, Chemikalien, Nichteisenmetallen (ausschließlich Aluminium und Magnesium), Werkzeugmaschinen, Rundfunk. und elektrischen Geräten, Kraftfahrzeugen, schweren Maschinen und wichtigen Ersatzteilen für solche, verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;
- b) die Wiederherstellung von Anlagen und Ausrüstungen für solche Industrien verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;
- c) die Anlagen und Ausrüstungen dieser Industrien zur Übernahme auf (das) Reparationskonto sicherstellen. ...
- 36. Sie werden alle Kartelle und sonstigen Geschäftsabmachungen oder kartellähnliche Organisationen verbieten, einschließlich solcher, die öffentlichen oder halböffentlichen Charakter haben, wie zum Beispiel die Wirtschaftsgruppen, die einer Regulierung der Marktverhältnisse, einschließlich der Produktion, der Preise, des exklusiven technischen Erfahrungs- und Verfahrensaustausches und der Zuweisung von Absatzgebieten dienen. Die von diesen Organisationen ausgeübten notwendigen öffentlichen Funktionen sollen so schnell wie möglich von genehmigten öffentlichen Dienststellen übernommen werden.
- 37. Es ist die Absicht Ihrer Regierung, eine Aufteilung der Besitzrechte und der Kontrollverhältnisse über die deutsche Industrie herbeizuführen. ...<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Befreiung der Deutschen durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg (x943/...): >> Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

"Während die Halbwahrheit, daß der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, daß derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe britisch-amerikanischer Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung."

Am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, klang uns wieder vielfach die politische Geschichtsversion von der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur in den Ohren. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten.

Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z.B. noch zum Schluß, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombt und die Städte in Flammenhöllen verwandelt, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampfen. Das Ziel der Alliierten war nicht die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, sondern seine Zerstörung.

In der amerikanischen Regierungsanweisung JCS 1067 vom April 1945 heißt es: "Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung allierter Interessen."

Und der britische Kriegspremier Winston Churchill hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: "Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt."

Die angloamerikanischen Ziele

Vor kurzem erregte das Video einer Vortragsveranstaltung von George Friedman, Chef des einflußreichen US-Think-Tanks *Stratfor*, im Chicago Council on Global Affairs vom 4.2.2015 Aufsehen, in der er das seit langem verfolgte zentrale geopolitische Ziel der USA unverhüllt formulierte:

"Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern."

In diesem Hauptinteresse arbeiten die britischen und amerikanischen Elitenzirkel seit über hundert Jahren eng zusammen. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido Giacomo Preparata beschrieb es 2005 in einer Forschungsarbeit folgendermaßen:

"Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, ist die des britischen Empires, das um 1900 aus Furcht vor der aufstrebenden Macht des jungen Deutschen Reiches im Geheimen einen Plan für eine gigantische Einkreisung der eurasischen Landmasse schmiedete. Das Hauptziel dieser titanischen Belagerung war die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Ruβland:

Wenn diese beiden Mächte sich zu einer "Umarmung" verbinden würden, argumentierten die britischen Wächter, würden sie in der Lage sein, sich mit so einer gewaltigen Festung von Ressourcen, Menschen, Wissen und militärischer Macht zu umgeben, daß damit der Fortbestand des britischen Empires im neuen Jahrhundert gefährdet wäre.

Mit dieser frühen Einschätzung leitete Britannien eine außerordentliche Kampagne zur Auseinanderreißung Eurasiens ein, bei der Frankreich und Rußland, und zuletzt auch die Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die wechselnden Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren der Stoff für das Epos von der großen Belagerung Europas."

Es entstand der ungeheuerliche Plan, ein Bündnis Deutschlands mit Rußland dadurch dauer-

haft zu verhindern, daß man Konstellationen herbeiführte, durch die sie, beiderseits mit westlicher Hilfe aufgerüstet, gegeneinander in einen Krieg getrieben wurden, in dem sie sich gegenseitig zerfleischten und zerstörten - eine Methode, die auch Friedman in der Veranstaltung vom 4.2.2015 empfiehlt und als vielfach angewendet beschrieb. Der erste Akt einer dazu erforderlichen Einkreisung Deutschlands kam mit dem Ersten Weltkrieg zum Abschluß, der vom Eintritt der USA in das große imperiale Schachspiel gekrönt wurde.

Mit der Niederlage Deutschlands waren die westlichen Ziele aber nur zum Teil erreicht. Das Diktat von Versailles, das Deutschland Reparationszahlungen in untragbarer Höhe auferlegte, gegen die sich selbst der Vertreter des britischen Schatzamtes, der Ökonom John Maynard Keynes, empörte, schuf daher keine Friedensgrundlagen, sondern legte bewußt die Keime, aus denen notwendig ein zweiter, noch vernichtenderer Krieg hervorgehen sollte.

Deutschland war im Ersten Weltkrieg auf dem eigenen Territorium nicht besiegt worden; die deutschen Eliten und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren intakt geblieben. Daher begannen im nächsten Akt die verdeckten Bemühungen, unter dem Druck von Reparationen, Not und Empörung, ein radikal-reaktionäres, revanchistisches Regime entstehen zu lassen, das sich zu einem erneuten Feldzug gegen Rußland verleiten ließe, welches inzwischen ebenfalls mit westlicher Hilfe zu einer radikal-sozialistischen Diktatur aufgebaut wurde.

"Der vorausberechnete Zweck bestand darin, das neue reaktionäre deutsche Regime in einen Zweifrontenkrieg hineinzuziehen (den Zweiten Weltkrieg) und dann von der Gelegenheit zu profitieren, um Deutschland ein für alle Mal zu vernichten." ... <<

Nordamerikanische Truppen befreiten am 29. April 1945 das KZ Dachau (bei München).

Ein US-Kameramann berichtete später über die Befreiung des KZ Dachau (x165/335-336): >> Das erste, was ich sah, als ich nach Dachau kam, waren etwa 40 Güterwaggons, die auf einem Nebengleis standen. Ich wußte, daß in Dachau irgend etwas geschehen war, aber was das gewesen war, wußte ich nicht. Die Deutschen redeten nie darüber. Sie stritten ja sogar ab, daß es solche Sachen gegeben hatte. Die Güterwaggons waren bis obenhin voll mit bis zum Skelett abgemagerten Leichen. 40 Waggons voll mit Toten. Ich weiß, ich bin von Natur aus zartbesaitet, aber ...

Kurz vorher hatten wir ein Haus durchsucht, ich hielt mich dicht hinter der Patrouille. Ich hörte einen Schuß aus dem Keller und lief hinunter. Ein Deutscher hatte sich erschossen.

Wir rissen die Tore des Konzentrationslagers nieder. Ein paar deutsche Wachen wurden dabei erschossen. Wir gingen in die Baracken und in die Bunker. Überall herrschte helle Aufregung. Es ergab ergreifende Szenen, die KZ-Häftlinge liefen herum und weinten, sie drehten fast durch, als die Amerikaner kamen, die Befreier von Dachau.

Ich filmte, solange das Material reichte. Jeder sollte das sehen. Ich wollte nicht länger bleiben, ich wollte, daß der Film allen unseren Soldaten gezeigt würde. Man mußte jeden Film zuerst bei der 163sten, der Fotokompanie, vorlegen. Das wollte ich selbst übernehmen. Ich wollte den Film nicht aus der Hand geben.

Irgendwo in der Nähe stand eine Piper herum, und der Pilot erklärte sich bereit, mich zu fliegen. Das Flugzeug war sehr klein. Wir starteten, und kaum waren wir in der Luft, begann es zu stürmen, und der Himmel verfinsterte sich. Wir verloren jede Orientierung. Der arme Pilot wußte auch nicht weiter. Dann flogen wir über München. Es war erschütternd, von den Häusern standen nur mehr die Außenmauern, alles andere war eingestürzt. Es sah so unwirklich aus. Wir landeten sicher, und ich lieferte den Film ab, aber mir war schon etwas komisch zumute gewesen, der Wind und der Regen, und dann dieses winzige Flugzeug.

Ich kehrte wieder zu meiner Einheit zurück. Wir entdeckten die Krematorien, und Leichen über Leichen. Die Überlebenden streckten die Hände nach uns aus und zogen uns an den Uniformen. Wir konnten zu diesem Zeitpunkt gar nicht sehr viel für sie tun. Wir hatten selbst zu wenig zu essen. Die Rationen waren knapp. ...<

Die US-Kriegskorrespondentin Martha Gellhorn (1908-1998) berichtete damals über die Befreiung des KZ Dachau (x083/204-205): >>... Jetzt waren wir am Krematorium. "Halten Sie sich lieber ein Taschentuch vor die Nase", sagte der Führer. Da, plötzlich und doch nicht zu glauben, niemals, waren die Leiber der Toten. Sie waren überall. Sie lagen stapelweise im Ofenraum, aber die SS hatte keine Zeit mehr gehabt, sie zu verbrennen. Sie lagen in Haufen vor der Tür und am Gebäude entlang. Alle waren nackt, und hinter dem Krematorium waren die zerlumpten Kleider der Toten ordentlich aufgehäuft, Hemden, Jacken, Hosen, Schuhe, die ihre Sterilisation und Weiterverwendung erwarteten.

Die Kleidungsstücke wurden sorgfältig behandelt, aber die Leichen wurden wie Müll hingekippt und verwesten in der Sonne, gelb und nichts als Knochen, riesig gewordene Knochen, denn kein Fleisch bedeckte sie mehr, grauenhafte, entsetzliche, peinigende Knochen, und der unerträgliche Geruch des Todes.

Wir haben inzwischen alle eine Menge gesehen; wir haben zu viele Kriege gesehen und zu viel gewaltsames Sterben, wir haben Lazarette gesehen, blutig und besudelt wie Schlachthäuser; über den halben Erdball haben wir die Toten wie Bündel auf allen Straßen liegen gesehen. Aber nirgendwo hat es etwas gegeben wie dies hier. Nichts am Krieg war jemals so wahnsinnig brutal wie diese verhungerten und mißhandelten, nackten, namenlosen Toten.

Hinter einem Haufen solcher Toten lagen die bekleideten, gesunden Körper der deutschen Soldaten, die man in diesem Lager angetroffen hatte. Sie wurden auf der Stelle erschossen, als die nordamerikanische Armee einzog. Und zum 1. Mal konnte man einen toten Menschen anschauen und sich freuen ...<

Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).

General Eisenhower, der sich bis zum Schluß starrsinnig weigerte, persönlich mit den Deutschen zu verhandeln, schrieb später in seinen Memoiren "Kreuzzug in Europa" (x106/432): >>Als Admiral von Friedeburg am 5. Mai in Reims eintraf, erklärte er, er möchte eine Reihe von Punkten klären. Für uns führte mein Chef des Stabes, General Smith, die Verhandlungen. Dieser teilte Friedeburg mit, daß es keinen Sinn habe, über irgend etwas zu debattieren, da wir nur eine bedingungslose Kapitulation entgegennehmen würden. Friedeburg gab vor, er sei nicht ermächtigt, ein solches Dokument zu unterzeichnen. ...

Uns war klar, daß die Deutschen Zeit gewinnen wollten, um möglichst viele deutsche Soldaten, die noch im Felde standen, hinter unsere Linien bringen zu können. Ich trug General Smith auf, er solle Jodl sagen, ich würde den Durchgang weiterer deutscher Flüchtlinge unter Gewaltanwendung verhindern, wenn sie nicht augenblicklich mit ihrer Vorspiegelungs- und Verzögerungstaktik aufhörten.

Ich hatte es satt, mich dauernd hinhalten zu lassen. Schließlich setzten Jodl und Friedeburg einen Funkspruch an Dönitz auf, worin sie um Vollmacht zur Unterzeichnung einer bedingungslosen Kapitulation baten, die 48 Stunden später in Kraft treten sollten. Hätte ich das noch länger mitgemacht, so hätten die Deutschen immer wieder eine Ausrede gefunden. ... Dönitz sah schließlich ein, daß er sich fügen mußte, und so unterzeichnete Jodl am 7. Mai um 2.41 Uhr die Kapitulation. Am 8. Mai um Mitternacht sollten alle Feindseligkeiten eingestellt werden. ... <<

Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<

Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deut-

sche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.

<u>Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602):</u> >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<

Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.

Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).

Ein Angehöriger der US-Air Force (gehörte zur Flugzeugbesatzung, die am 9. August 1945 eine Atombombe auf Nagasaki abwarf) berichtete später (x165/493): >>... Wenn der Krieg länger gedauert hätte, wäre die Bombe in Europa eingesetzt worden, daß weiß ich. Wir haben öfters Simulationsflüge durchgeführt, die über zwei-, dreitausend Meilen gingen. Der Bomberschütze, ich und der Navigator, wir flogen diese Einsätze. Das war alles für Deutschland geplant, darauf waren wir die ganze Zeit eingestellt. Das es die Japaner treffen sollte, war, glaube ich, eine Entscheidung, die Truman in der letzten Sekunde gefällt hat.<<

General Eisenhower verbot den US-Soldaten am 8. Mai 1945 nochmals jeden persönlichen Kontakt mit der deutschen Bevölkerung (x111/12): >> Die Offiziere und Mannschaften haben auf den Straßen, in Häusern, Cafés, Filmtheatern usw. sich den deutschen Männern, Frauen und Kindern fernzuhalten. Ein Kontakt mit der Bevölkerung ist nur im dienstlichen Verkehr gestattet. Jede Art des persönlichen Umgangs hat zu unterbleiben. Ich wünsche keine gegenseitigen Besuche, keine Teilnahme an sozialen Veranstaltungen, kein Händeschütteln.

Bloße Kapitulation bedeutet noch nicht Frieden. Der Einfluß der Nazis hat alles durchdrungen, selbst die Kirche und die Schulen. Die Besetzung Deutschlands ist ein Kriegsakt, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Nazi-Systems ist. Für euch Soldaten ist es noch zu früh, zwischen guten und schlechten Deutschen zu unterscheiden. ...<

Die US-Regierung protestierte am 8. Mai 1945 wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>... In der amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei.

Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien. ...<<

Stalin erwiderte daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.

Das US-Außenministerium teilte dem Schweizer Gesandten am 8. Mai 1945 in Washington mit, daß seine Regierung als Schutzmacht entlassen worden sei und verweigerte dem Internationalen Roten Kreuz die Erlaubnis, nordamerikanische Kriegsgefangenenlager zu betreten (x131/83).

Nach der Kapitulation verkündeten die "Großen Drei" - Truman, Churchill und Stalin - am 9. Mai 1945 in Rundfunkansprachen den Sieg über Deutschland.

<u>US-Präsident Truman erklärte nach dem Sieg über Deutschland (x106/436):</u> >>Die alliierten Armee haben durch Opfer und Hingabe und mit Gottes Hilfe eine endgültige und bedingungslose Kapitulation Deutschlands erkämpft. Die westliche Welt ist von den bösen Mächten befreit, die fünf Jahre und länger Menschen ins Gefängnis geworfen und die Leben von Millionen und Abermillionen freigeborener Männer zerbrochen haben.

Sie haben die Kirchen dieser Menschen geschändet, ihre Heime zerstört, ihre Kinder verdor-

ben und ihre Lieben ermordet. Die Armeen der Befreiung haben jenen leidenden Völkern, deren Geist und Willen die Unterdrücker niemals versklaven konnten, die Freiheit wiedergegeben.

Viel bleibt noch zu tun. Der im Westen errungene Sieg muß jetzt auch im Osten gewonnen werden; die ganze Welt muß von dem Bösen gesäubert werden, von dem ihre eine Hälfte bereits befreit worden ist.

Gemeinsam haben die friedliebenden Nationen im Westen bewiesen, daß ihre Waffen weit stärker sind als die Macht der Diktatoren. ...

Aber die Fähigkeit unserer Völker, sich gegen alle Feinde zu verteidigen, muß im pazifischen Krieg (gegen Japan) ebenso bewiesen werden, wie sie in Europa bewiesen worden ist.

Für den Triumph des Geistes und der Waffen, den wir errungen haben und für seine Folgen für die Völker allenthalben, die wir die Freiheit lieben, gehört es sich, daß wir als Nation dem allmächtigen Gott Dank abstatten, der uns gestärkt und den Sieg gegeben hat.<<

Premierminister Winston Churchill erklärte nach dem Sieg über Deutschland (x106/436): >>... Nachdem das tapfere Frankreich zu Boden geschlagen worden war, führten wir von dieser Insel und von unserem geeinten Empire aus den Kampf ein ganzes Jahr lang allein weiter, bis uns die militärische Macht Sowjetrußlands an die Seite trat und später die überwältigende Stärke und die überwältigenden Hilfsmittel der Vereinigten Staaten von Amerika.

Schließlich stand beinah die ganze Welt geeint gegen die Übeltäter, die nun zu unseren Füßen liegen. Alle Herzen hier auf dieser Insel und im ganzen Empire schlagen in Dankbarkeit für unsere herrlichen Verbündeten.

Wir dürfen uns eine kurze Weile Freude gönnen; wir wollen aber nicht vergessen, welche harte Arbeit und welche Anstrengungen vor uns liegen. Japan, das verräterische, gierige Japan, ist noch nicht besiegt. Der Schaden, den es Großbritannien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern zugefügt hat, ... schreit nach Rache und Vergeltung. Wir müssen nun unsere ganze Kraft ... zur Erfüllung dieser Aufgabe einsetzen.

Vorwärts Britannia! Lang lebe die Sache der Freiheit.

Gott schütze den König.<<

Der sowjetische Staats- und Parteichef Josef Stalin verkündete nach dem Sieg über Deutschland (x106/436): >>Der große Siegestag ist da. Das faschistische Deutschland ist von den Truppen der Roten Armee und den Truppen unserer Alliierten auf die Knie gezwungen worden. Deutschland hat sich als besiegt erklärt. Wenn man die Bestrebungen der deutschen Machthaber im Auge hat, so weiß man, daß man weder ihrer Unterschrift noch ihrem Wort Glauben schenken darf. Die Deutschen haben nunmehr ihre Waffen zu strecken.

Wenn sie, wie in der Tschechoslowakei noch Widerstand leisten, so wird die Rote Armee diesen Widerstand zu brechen verstehen.

Jetzt ist ... der historische Moment des Sieges gekommen. Das sowjetische Volk hat gewaltige Opfer und unermeßliche Leiden für sein Vaterland gebracht. Die slawischen Völker haben endgültig über die deutsche Tyrannei gesiegt.

Jetzt weht über den Völkern Europas die Freiheitsfahne. Vor drei Jahren hatte Deutschland die Absicht gehabt, die Sowjetunion durch Abtrennung des Kaukasus, der Ukraine, Weißrußland und der baltischen Staaten zu zerstückeln.

Es geschah jedoch etwas ganz anderes: Deutschland sieht sich gezwungen, bedingungslos zu kapitulieren. Die Sowjetunion gedenkt aber nicht, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten.

Genossen!

Der große vaterländische Krieg ist siegreich beendet. Wir können nunmehr wieder zu unserer friedlichen Arbeit zurückkehren. Ruhm dem großen Volk der Sowjetunion, Ruhm der Sowjetarmee und Sowjetflotte und ... denen, die ihr Leben für das Vaterland geopfert haben.<<

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der US-Kriegsgefangenschaft

Bis zur Gesamtkapitulation erreichten noch mehrere hunderttausend Soldaten des deutschen Ostheeres und verbündete Kampftruppen aus Jugoslawien, Ungarn und der UdSSR den rettenden Westen. Die US-Truppen blockierten jedoch befehlsgemäß alle Rückzugsstraßen, um die nach Westen fliehenden Einheiten so lange aufzuhalten, bis sie von der Roten Armee oder von den Partisanen gefangengenommen werden konnten.

Im Sudetenland wurden z.B. einige Stunden nach der Kapitulation kilometerlange Wehrmachtskolonnen und Flüchtlingstrecks von sowjetischen Truppen überrollt, weil sich die Nordamerikaner weigerten, die abgehetzten Deutschen durchzulassen.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).

Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Behandlung von Kriegsgefangenen folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>... Artikel 4 Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen oder der Abteilungen, die sie gefangen genommen haben. Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden. Alles, was ihnen persönlich gehört, verbleibt ihr Eigentum mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts.

Artikel 5 Die Kriegsgefangenen können in Städten, Festungen, Lagern oder an anderen Orten untergebracht werden mit der Verpflichtung, sich nicht über eine bestimmte Grenze hinaus zu entfernen; dagegen ist ihre Einschließung nur statthaft als unerläßliche Sicherungsmaßregel und nur während der Dauer der diese Maßregel notwendig machenden Umstände.

Artikel 6 Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen mit Ausnahme der Offiziere nach ihrem Dienstgrad und nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden. Diese Arbeiten dürfen nicht übermäßig sein und in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen. Den Kriegsgefangenen kann gestattet werden, Arbeiten für öffentliche Verwaltungen oder für Privatpersonen oder für ihre eigene Rechnung auszuführen.

Arbeiten für den Staat werden nach den Sätzen bezahlt, die für Militärpersonen des eigenen Heeres bei Ausführung der gleichen Arbeiten gelten, oder, falls solche Sätze nicht bestehen, nach einem Satze, wie er den geleisteten Arbeiten entspricht. Werden die Arbeiten für Rechnung anderer öffentlicher Verwaltungen oder für Privatpersonen ausgeführt, so werden die Bedingungen im Einverständnis mit der Militärbehörde festgestellt. Der Verdienst der Kriegsgefangenen soll zur Besserung ihrer Lage verwendet und der Überschuß nach Abzug der Unterhaltungskosten ihnen bei der Freilassung ausgezahlt werden.

Artikel 7 Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat.

Artikel 8 Die Kriegsgefangenen unterstehen den Gesetzen, Vorschriften und Befehlen, die in

dem Heere des Staates gelten, in dessen Gewalt sie sich befinden. Jede Unbotmäßigkeit kann mit der erforderlichen Strenge geahndet werden. Entwichene Kriegsgefangene, die wieder ergriffen werden, bevor es ihnen gelungen ist, ihr Heer zu erreichen, oder bevor sie das Gebiet verlassen haben, das von den Truppen, welche sie gefangen genommen hatten, besetzt ist, unterliegen disziplinarischer Bestrafung. Kriegsgefangene, die nach gelungener Flucht von neuem gefangen genommen werden, können für die frühere Flucht nicht bestraft werden.

Artikel 9 Jeder Kriegsgefangene ist verpflichtet, auf Befragen seinen wahren Namen und Dienstgrad anzugeben; handelt er gegen diese Vorschrift, so können ihm die Vergünstigungen, die den Kriegsgefangenen seiner Klasse zustehen, entzogen werden.

Artikel 10 Kriegsgefangene können gegen Ehrenwort freigelassen werden, wenn die Gesetze ihres Landes sie dazu ermächtigen; sie sind alsdann bei ihrer persönlichen Ehre verbunden, die übernommenen Verpflichtungen sowohl ihrer eigenen Regierung als auch dem Staate gegenüber, der sie zu Kriegsgefangenen gemacht hat, gewissenhaft zu erfüllen. Ihre Regierung ist in solchem Falle verpflichtet, keinerlei Dienste zu verlangen oder anzunehmen, die dem gegebenen Ehrenworte widersprechen.

Artikel 11 Ein Kriegsgefangener kann nicht gezwungen werden, seine Freilassung gegen Ehrenwort anzunehmen; ebensowenig ist die feindliche Regierung verpflichtet, dem Antrag eines Kriegsgefangenen auf Entlassung gegen Ehrenwort zu entsprechen.

Artikel 12 Jeder gegen Ehrenwort entlassenen Kriegsgefangene, der gegen den Staat, dem gegenüber er die Ehrenverpflichtung eingegangen ist, oder gegen dessen Verbündete die Waffen trägt und wieder ergriffen wird, verliert das Recht der Behandlung als Kriegsgefangener und kann vor Gericht gestellt werden.

Artikel 13 Personen, die einem Heere folgen, ohne ihm unmittelbar anzugehören, wie Kriegskorrespondenten, Zeitungsberichterstatter, Marketender und Lieferanten, haben, wenn sie in die Hand des Feindes geraten und diesem ihre Festhaltung zweckmäßig erscheint, das Recht auf Behandlung als Kriegsgefangene, vorausgesetzt, daß sie sich im Besitz eines Ausweises der Militärbehörde des Heeres befinden, das sie begleiten.

Artikel 14 Beim Ausbruch der Feindseligkeiten wird in jedem der kriegführenden Staaten und eintretenden Falles in den neutralen Staaten, die Angehörige eines der Kriegführenden in ihr Gebiet aufgenommen haben, eine Auskunftsstelle über die Kriegsgefangenen errichtet. Diese ist berufen, alle die Kriegsgefangenen betreffenden Anfragen zu beantworten, und erhält von den zuständigen Dienststellen alle Angaben über die Unterbringung und deren Wechsel, über Freilassungen gegen Ehrenwort, über Austausch, über Entweichungen, über Aufnahme in die Hospitäler und über Sterbefälle sowie sonstige Auskünfte, die nötig sind, um über jeden Kriegsgefangenen ein Personalblatt anzulegen und auf dem laufenden zu erhalten.

Die Auskunftsstelle verzeichnet auf diesem Personalblatt die Matrikelnummer, den Vor- und Zunamen, das Alter, den Heimatort, den Dienstgrad, den Truppenteil, die Verwundungen, den Tag und Ort der Gefangennahme, der Unterbringung, der Verwundungen und des Todes sowie alle besonderen Bemerkungen. Das Personalblatt wird nach dem Friedenschluß der Regierung des anderen Kriegführenden übermittelt. Die Auskunftsstelle sammelt ferner alle zum persönlichen Gebrauche dienenden Gegenstände, Wertsachen, Briefe usw., oder von den gegen Ehrenwort entlassenen, ausgetauschten, entwichenen oder in Hospitälern oder Feldlazaretten gestorbenen Kriegsgefangenen hinterlassen werden, und stellt sie die Berechtigten zu.

Artikel 15 Die Hilfsgesellschaften für Kriegsgefangene, die ordnungsmäßig nach den Gesetzen ihres Landes gebildet worden sind und den Zweck verfolgen, die Vermittler der mildtätigen Nächstenhilfe zu sein, erhalten von den Kriegführenden für sich und ihre ordnungsmäßig beglaubigten Agenten jede Erleichterung innerhalb der durch die militärischen Erfordernisse und die Verwaltungsvorschriften gezogenen Grenzen, um ihre menschenfreundlichen Bestrebungen wirksam ausführen zu können.

Den Delegierten dieser Gesellschaften kann auf Grund einer ihnen persönlich von der Militärbehörde erteilten Erlaubnis und gegen die schriftliche Verpflichtung, sich allen von dieser etwa erlassenen Ordnungs- und Polizeivorschriften zu fügen, gestattet werden, Beihilfen an den Unterbringungsstellen sowie an den Rastorten der in die Heimat zurückkehrenden Gefangenen zu verteilen.

Artikel 16 Die Auskunftsstellen genießen Portofreiheit. Briefe, Postanweisungen, Geldsendungen und Postpakete, die für die Kriegsgefangenen bestimmt sind oder von ihnen abgesandt werden, sind sowohl im Lande der Aufgabe, als auch im Bestimmungsland und in den Zwischenländern von allen Postgebühren befreit. Die als Liebesgaben und Beihilfen für Kriegsgefangene bestimmten Gegenstände sind von allen Eingangszöllen und anderen Gebühren sowie von den Frachtkosten auf Staatseisenbahnen befreit.

Artikel 17 Die gefangenen Offiziere erhalten dieselbe Besoldung, wie sie den Offizieren gleichen Dienstgrads in dem Lande zusteht, wo sie gefangen gehalten werden; ihre Regierung ist zur Erstattung verpflichtet.

Artikel 18 Den Kriegsgefangenen wird in der Ausübung ihrer Religion mit Einschluß der Teilnahme am Gottesdienste volle Freiheit gelassen unter der einzigen Bedingung, daß sie sich den Ordnungs- und Polizeivorschriften der Militärbehörde fügen.

Artikel 19 Die Testamente der Kriegsgefangenen werden unter denselben Bedingungen entgegengenommen oder errichtet wie die der Militärpersonen des eigenen Heeres. Das gleiche gilt für die Sterbeurkunden sowie für die Beerdigung von Kriegsgefangenen, wobei deren Dienstgrad und Rang zu berücksichtigen ist.

Artikel 20 Nach dem Friedensschluß sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x026/66): >> Von über 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs sind fast 1,6 Millionen umgekommen. Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer Sterberate von rund 50 Prozent. Im Tito-Staat waren auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die schlimmsten Grausamkeiten zu verzeichnen. Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren. ...<

Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über ihre Festnahme durch die US-Truppen (x130/148-149): >>Die Amerikaner nahmen uns die Armband- und Taschenuhren ab. Der US-Soldat, der mir meinen Ehering vom Finger zog, hatte an seiner Uniform einen Bindfaden, auf dem bereits 30 bis 40 Ringe aufgezogen waren. ... Die Amerikaner schlugen die Deutschen, traten sie, ohrfeigten sie. Sie traten auch dann noch, als die Deutschen unter Schlägen und Tritten zusammengebrochen waren. ... Dann Abnahme sämtlicher Gegenstände. Das begehrteste Objekt war die Uhr, vornehmlich Armbanduhren. Ich selbst habe Amerikaner gesehen, die acht und mehr Uhren an einem Arm hatten. ...<

Oberst James B. Mason und Oberst Charles A. Beasley berichteten am 20. April 1945 über die Haftbedingungen in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/51-52): >>Der 20. April war ein stürmischer Tag. Regen, Schneeregen und Schnee wechselten sich ab, ein bis auf die Knochen durchdringender kalter Wind fegte von Norden her über die Ebenen des Rheintals. ...

Eng zusammengepfercht, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: Nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. Hier und da sah man schmutzigweiße

Flecken. Bei genauerem Hinsehen erkannte man, daß es sich um Männer mit verbundenem Kopf und verbundenen Armen handelte, oder Männer, die da in Hemdsärmeln standen!

Der deutsche Divisionskommandeur berichtete, daß die Männer seit mindestens 2 Tagen nichts mehr gegessen hätten und daß die Beschaffung von Wasser ein Hauptproblem sei - dabei war der Rhein, der hohen Wasserstand führte, nur 200 Meter entfernt. ...<

Ein deutscher Wehrmachtssoldat berichtete damals über die Kriegsgefangenschaft im Fort Knox in Kentucky (x292/205): >>... Im April 1945 überstürzten sich die Ereignisse. Die Stimmung im Lager war sehr gereizt. Hin und her gerissen zwischen Bangen und Hoffen wünschten sich alle eine schnelle Besetzung ihrer Heimatorte durch die Westalliierten, bevor die russischen Truppen sie eroberten. Auch in Herdecke, meiner Heimatstadt, schwiegen endlich die Waffen. Aber noch lebte ich in banger Ungewißheit. Briefpost aus Deutschland erreichte nur selten das Lager. Für mich, wie für viele andere, war nie etwas dabei.

Je tiefer die Alliierten ins Reichsgebiet eindrangen um so mehr wurden die entsetzlichen KZ-Greuel offenbar, die nun von allen Zeitungen in ganzseitigen Berichten angeprangert und mit Fotos dokumentiert wurden.

Wie zu erwarten, saß der Schock tief, nicht nur in der amerikanischen Öffentlichkeit, sondern auch bei uns Kriegsgefangenen, die wir nun allesamt als Täter angesehen wurden, obwohl kaum jemand von uns ein KZ gesehen, geschweige denn solche Verbrechen verübt hatte. Das Verhalten unserer Bewachungsmannschaft wandelte sich abrupt von einem bisher lockeren, fast freundschaftlichen Umgang hin zu einer kalten, geschäftsmäßigen, ja bis zur eisigen, feindseligen Behandlung. ...<

"Der geplante Tod" der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern im Jahre 1945



Abb. 69 (x131/192a): Eines der sogenannten Rheinwiesenlager bei Sinzig am Rhein, Frühjahr 1945.

Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über die Zustände in den US-Kriegsgefangenenlagern Rheinberg und Bad Kreuznach (x130/151-152): >>... Oben Nässe, unten Schlamm. Man friert wie ein junger Hund und wundert sich, daß man überhaupt noch lebt. ...

Ich bildete mit 2 Kameraden gewissermaßen eine Pyramide. Wir standen so, die Köpfe dicht nebeneinander, wobei ich meinen Mantel über meinen Nachbarn schlug, um auch ihn vor der durchdringenden Nässe zu schützen, bis zum dämmernden Morgen. ...

(Es) stürzten oft nachts die Erdlöcher ein, und die Gefangenen wurden begraben und erstickten. Einmal kamen so sieben Gefangene auf einmal um. ...

Neben mir fiebert einer, ein alter Mann. Er liegt im Dreck. Aber am anderen Morgen ist er schon tot. Da er um sich schlug, sank er tiefer ein, und sein Gesicht ist verklebt. Wenn er nicht an Fieber umkam, dann ist er ertrunken. ...

Zum Essen gab es lange Zeit nur Kekse. Und zwar 4 Zeltplanen voll für jeweils 1.000 Mann. Mancher bekam für den ganzen Tag nur eine Handvoll Krümel. ...

Der Sieger gab uns hochwertige Kost, jedoch in völlig unzureichenden Portionen. Die älteren Gefangenen schrumpften beinahe zum Skelett zusammen. ...

Wir zerrieben die Triebe und Blätter der Hecken und aßen sie, so daß nach 14 Tagen die Hekken wie Skelette aussahen. Die Amerikaner benutzten das Fett, mit dem sie in großen Pfannen ihre Steaks brieten, nur einmal, dann wurde es in ein Erdloch geschüttet. Die Gefangenen machten sich lange Stöcke, steckten sie durch den Zaun in das Fettloch und leckten dann den Stock ab. Die Amis amüsierten sich köstlich. ...

Das Lager Rheinberg war nichts weiter als eine große Kloake, denn jeder schiß dorthin, wo er gerade stand. Der nächste, ruhebedürftig, setzte sich hinein. ...

Ein Teil der Landser, am tiefergelegenen Ende meines Camps (im Lager Kreuznach) sich aufhaltend, lag buchstäblich in einem See von Urin. ...<<

Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später über das US-Kriegsgefangenenlager Rheinberg mit mehr als 100.000 deutschen Kriegsgefangenen (x106/440, x130/155): >>... Ich selbst habe noch drei Sätze in Erinnerung, die einem (von der deutschen Lagerpolizei) entgegen gebrüllt wurden, wenn man den Lagerführer sprechen wollte: "Was willst du? Wohin willst du? Hau ab!"

Wenn man dennoch Widerstand bot, wurde ... geschlagen, bis man zusammenbrach. ...<<

>>... Morgens um zehn Uhr begann sich die vielfach gewundene Schlange zu bilden. Wer seinen Platz verließ, der konnte sich hinten als der 30.000. wieder anreihen. Wer sich auf den Boden setzte und einschlief, der wurde am Kragen gepackt und nach vorwärts geschleift, damit er sein Anrecht nicht einbüßte.

Nach 16 Stunden war ich am Kran angelangt. Meine kleine Büchse wurde gefüllt. Ich goß den Inhalt in die Kehle, hielt noch einmal hin, wurde aber gleich allen Frevlern dieser Art, mit einem Fußtritt weiterbefördert. ...<

Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später über die Zustände im US-Kriegsgefangenenlager Bad Kreuznach mit etwa 56.000 deutschen Kriegsgefangenen (x106/440, x130/154-155): >>... Wir sollen bei den Ruhrkranken "Ordnung" machen. Wir kommen in eine Gegend, wo die kraftlosen Kranken sich auf dem Erdboden schwach bewegen. Überall liegt ihr Kot umher, beschmutztes Papier, Lumpen, Reste aller Art ... und was sich ... so findet, müssen wir mit bloßen Händen einsammeln und auf einen Haufen bringen. ... Nachher dürfen wir uns die Hände in einer gemeinsamen Schüssel waschen, deren Wasser aber nicht erneuert wird. ...<

>>... Eine Kolonne von Armamputierten wurde zu uns herübergebracht. Sie konnten dem amerikanischen Offizier nicht schnell genug durch den dicken Dreck am Tor hindurch. Es gab

eine Stauung.

ungenügend war. ...<<

Dem Offizier gingen die Nerven durch, und wütend stürzte er sich mit seiner Begleitmannschaft auf die Amputierten, die mit der blanken Waffe so geschlagen wurden, daß 16 Verwundete sich blutend am Boden wälzten. ...

Wir sollen uns (zur Wasserausgabe) in zwei Reihen aufstellen, aber das ist bei den riesigen, nach Wasser schreienden Menschenhaufen unmöglich, da jeder sich vordrängt. Der Wagen kommt nicht voran und schließlich weiß sich die Besatzung des Feuerwehrwagens nicht anders zu helfen:

Sie spritzten das Wasser mit dem Schlauch in die Menge. Die Gefangenen laufen aber nicht weg, sondern auf den Wagen zu. Und wie nun endlich der Strahl in die Tonne zielt, jagen alle dürstenden Männer darauf zu. Alles wird niedergetrampelt. Rücksichtslos. Ich sehe, wie die schweren Stiefel auf einen älteren Kameraden, der umgefallen ist, treten. Ein Sanitäter ist in der Nähe, streckt bittend die Hände aus, aber niemand achtet darauf, immer neue Massen treten auf den Kameraden, niemand will oder kann ihm beistehen.

Vorne ist die Tonne umgefallen, und obwohl sie leer ist, stürmen die Landser hinauf und hinein. Sie sieht aus wie eine Blumenvase, aus der oben als Blüte die dreckigen Stiefel der Männer herausschauen, die, dicht an dicht gedrängt, mit den Köpfen unten drin sind und das Wasser von den Wänden der Tonne ablecken. Man hört ihr Grunzen und dumpfes Schreien in diesem Kampf des Elends und der Gier. Die anderen wanken davon. ...<

Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später über die Zustände im US-Kriegsgefangenenlager Büderich am Rhein (x130/156): >>Nacht für Nacht wurden wir durch Gewehrschüsse der Wachtposten aufgeschreckt, die auf die Flüchtlinge abgegeben wurden. Am nächsten Tag fand man die Kameraden am Stacheldraht oder einige Meter davon entfernt tot auf, wo sie den ganzen Tag über als abschreckendes Beispiel liegen blieben.

Ein deutscher Offizier machte den US-Lagerkommandanten darauf aufmerksam, daß man angesichts der Zustände in dem Lager mit einer Meuterei rechnen müsse.

Dem deutschen Offizier wurde anhand einer Karte klargemacht, wo der nächste Feldflugplatz für US-Jagdbomber war und daß man eine direkte Fernsprechverbindung dorthin hätte. ...<<
<a href="Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenenge-schichte berichtete später über die US-Kriegsgefangenenlager am Rhein (x130/152,154,157): >> Menschliche Unzulänglichkeiten vermehrten die Schwierigkeiten. Das Fraternisierungsverbot, der Siegestaumel, die Aufdeckung der KZ-Verbrechen, die angebliche Kollektivschuld des deutschen Volkes, die befohlene Suche nach Kriegsverbrechern unter den Eingesperrten, die Absonderung bestimmter Gruppen wie der Waffen-SS, dies und manch anderes erweckte

>>... Stets waren sie (Verwundete und Amputierte) auf Hilfe ihrer Kameraden angewiesen. Doch die Kameraden waren bald selbst am Ende ihrer Kräfte. Da blieb manches Wort ungehört, manche Bitte unerfüllt, und die Gehunfähigen krochen wie Lurche durch den Schlamm oder bewegten sich auf kleinen Brettern fort, die sie sich um die Hände geschnürt hatten. Andere, mit einem Bein, hüpften, fielen hin, rappelten sich wieder hoch und erreichten völlig erschöpft das Ziel. Ihr Anblick war erbarmungswürdig. ...

in vielen Bewachern das Gefühl, genug für die Geschlagenen zu tun, auch wenn es ersichtlich

Endlich begann man, sie in einem Zelt zu sammeln, wo ihnen Ärzte und Sanitäter eine bescheidene, aber dennoch wirksame Hilfe zuteil werden ließen. ...<<

>>... Der Sieg machte die Sieger übermütig oder gleichgültig gegenüber den Besiegten. Der Phase des Übermuts, der Willkür und der Gleichgültigkeit folgte jedoch die Phase der Rückbesinnung darauf, daß man ausgezogen war, um eine verbrecherische Ideologie zu vernichten, nicht aber die Menschen, die von ihr befallen waren. ...<

Der Landrat des Kreises Bad Kreuznach erhielt am 9. Mai 1945 eine Weisung des Regie-

rungspräsidenten, Lebensmittelsammlungen für deutsche Kriegsgefangene zu verbieten (x131/368).

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/244-246,11-12,78,168-169): >> Die deutschen Soldaten, in Angst vor der Rache der Russen, rannten um ihr Leben. Selbst noch Wochen nach Kriegsende am 8. Mai flohen die Soldaten massenweise in den Westen. Die Westalliierten gaben selbst zu, über 9 Millionen Gefangene eingebracht zu haben, während Stalin dem amerikanischen Geheimagenten Harry Hopkins im Frühjahr 1945 persönlich mitteilte, er meine, die UdSSR hätte etwa 2,5 Millionen Gefangene, von denen 1,7 Millionen Deutsche seien und der Rest Rumänen, Italiener und Ungarn.

Die Zahl der sowjetischen Seite ist im allgemeinen von den westlichen Verteidigern ignoriert worden, denn diese beschuldigten mit Vorliebe die Sowjetunion dafür, Gefangene massenweise vernichtet zu haben.

Je niedriger die Zahl der sowjetischen Gefangennahmen ist, desto unglaubwürdiger ist es, daß all diese Gefangenen in sowjetischen Lagern umgekommen sind. ...

Die Zahlen der toten Kriegsgefangenen, die die Amerikaner und Franzosen von 1950 bis 1990 den zaghaft nachforschenden Deutschen widerwillig angaben, waren so lächerlich niedrig, daß sie unter der Todesrate der Zivilbevölkerung zu dieser Zeit lagen. Diese außergewöhnliche Information – daß hungernde Menschen, die im Schlamm schlafen, eine niedrigere Sterberaten haben als die Zivilbevölkerung, die in Häusern lebt und jeden Tag zu essen hat – störte die Deutschen nicht weiter. Sie ignorierten die Anzeichen, die ihnen regelrecht entgegenschrien, völlig.

General Buisson, auf den sich der deutsche Autor Böhme für seine Gefangenenakten für Frankreich beruft, war nicht nur Chef der Angelegenheiten für Kriegsgefangene der französischen Armee und Autor der lächerlich niedrigen französischen Todeszahlen, er errechnete sogar zu einer Gesamtzahl an Kriegsgefangenen 166.000 Männer, die die Franzosen in Lagern in Deutschland von den Amerikanern übernommen hatten, einfach nicht mit.

Doch ein paar Seiten weiter in seinem Bericht behauptete Buisson, daß eine Anzahl dieser PWs (Kriegsgefangenen) auf der Stelle in Deutschland entlassen worden seien. So verschwinden in Buissons Zaubertrick 166.000 Menschen einfach, und 46 Jahre lang merkt es keiner.

...<<

>>... Wegen weit verbreiteter Verschleierung und weil einige Gefangenen-Dokumente schon bei ihrer Ausfertigung irreführend waren, wird die Zahl der Toten wahrscheinlich immer umstritten sein. Viele Akten wurden in den fünfziger Jahren vernichtet oder in Euphemismen versteckt. Viele Lügen sind in dichten Schichten über die Wahrheit gepackt worden.

Außer jedem Zweifel steht, daß vom April 1945 an Männer in enormer Zahl sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich an klima- und witterungsbedingten Krankheiten, an den Folgen unzureichender Hygiene, an Krankheit und Hunger gestorben sind. Die Zahl der Opfer liegt zweifellos bei mehr als 800.000, beinahe mit Sicherheit bei mehr als 900.000 und durchaus wahrscheinlich bei mehr als einer Million.

Die Ursachen ihres Todes wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfe-Organisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert.

Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt, als das Rote Kreuz, Le Monde und Le Figaro versuchten, öffentlich die Wahrheit zu sagen. Akten sind vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluß gehalten worden. Dies geht bis auf den heutigen Tag weiter.

Kanada und Großbritannien, die verbündeten Frankreichs und der USA, brachten unter demselben Oberkommando, SHAEF, ebenfalls Millionen von Gefangenen ein, ... aber es gibt so gut wie kein Zeichen für ähnliche Greuel. ...<

>>... Eisenhower hatte die sinnlose Verteidigung der Deutschen wegen der Vergeudung von Menschenleben beklagt. Aber die Deutschen starben jetzt, da sie kapituliert hatten, viel rascher als während des Krieges. Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und nordamerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront in Nordwest-Europa vom Juni bis hin zum April 1945 gefallen sind. ...<

>>... Die Amerikaner und Franzosen brauchten nichts weiter zu tun, als die große Zahl zu unterdrücken, um zu verhindern, daß sich die Kenntnis von ihrem Verbrechen ausbreitete, oder zur Geschichte wurde. Dies zu tun, war leicht für sie, denn sie waren die einzigen, die die große Zahl kannten. So geschah es.

Nachdem sie die große Zahl unterdrückt hatten, mußten die Amerikaner und die Franzosen irgendeine Zahl liefern, weil es nicht glaubhaft war, daß niemand gestorben sei oder daß es keine Zählung gegeben habe, es sei denn, es habe ein starker Grund für die Unterlassung einer Zählung vorgelegen, und das konnte nur die ungeheuerliche Zahl gewesen sein, die nicht die feine Eihaut durchdringen durfte.

Deshalb lieferten sie die kleine Zahl. Diese Zahl war so klein, daß niemand mit elementaren Rechenkünsten und Kenntnis von Sterblichkeitsraten sie auch nur einen Augenblick lang glauben konnte. Für Männer, von denen Buisson (französischer General) gesagt hatte, daß sie verhungerten, teilte er eine Sterblichkeitsrate mit, die unterhalb der Sterblichkeitsrate wohlgenährter Soldaten in Friedenszeiten lag. Die Amerikaner lieferten der Stadtverwaltung von Rheinberg die Zahl 614 als Zahl der Toten im Lager, weniger als ein Dreißigstel der Summe, auf die ihre eigenen Zahlen für "Sonstige Verluste" schließen ließ.

Die Deutschen akzeptierten die kleine Zahl, weil sie Schuld wegen ihrer eigenen Lager empfanden, oder wegen des Krieges, oder weil die kleine Zahl das Ausmaß ihrer Demütigung verringerte. Auch wollten die Deutschen ihren Eroberer nicht beleidigen, insbesondere nicht, nachdem er zu ihrem Verbündeten geworden war.

Eine der vielen Möglichkeiten, entgegenkommend zu sein, bestand darin, seine Lügen über etwas zu akzeptieren, das ohnehin nicht mehr zu ändern war, auch wenn es natürlich nicht zugelassen werden konnte, daß dieses Argument die Deutschen von ihrer Verantwortung für die Konzentrationslager der Nazis freisprach. Innerhalb weniger Jahre kam das Bezweifeln der kleinen Zahl schon einem Verrat bedenklich nahe, denn jeder gute Deutsche, der an den Amerikanern zweifelte, war eigentlich ein Feind beider Staaten. So kam es, daß den Amerikanern verziehen wurde, ohne daß sie auch nur angeklagt worden waren.

Viele Deutsche glaubten, daß es eine große Zahl gab, aber kannten sie nicht; sie kannten die kleine Zahl, aber glaubten sie nicht. Diese Ambivalenz (Doppelwertigkeit) ist typisch für manches in der heutigen deutschen Denkweise. Nicht imstande zu sein, die Wahrheit über die amerikanischen Greuel zu sagen, ist ein gespenstisches Echo der Aussage, man habe von den Lagern der Nazis nichts gewußt.

Ein General, der Eisenhower gut kannte, schrieb im Jahre 1945, daß Eisenhower "praktisch Gestapo-Methoden" gegen die Deutschen anwende. Sein Name war George S. Patton.

Die deutsche Ambivalenz von heute kam in einem Gespräch über Kriegsgefangene in Rheinberg zum Vorschein. Bei einem Besuch im Rathaus sprach ich mit dem Stadtdirektor und verschiedenen anderen Bürgern Rheinbergs über die Todesfälle. Sie nannten mir die Zahl 614. Ich zeigte mich ungläubig. Sie sagten, daß auch sie nicht daran glaubten. Ich fragte: "Warum nennen Sie dann diese Zahl?" Und sie meinten: "Irgend etwas müssen wir sagen." ...<

<u>Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über die US-Befreiungsmission in Westdeutschland (x358/71-73):</u> >>**Tod auf**

den Rheinwiesen

_ von Gero Bernhardt

Nicht nur die sowjetischen Machthaber mordeten Deutsche in Lagern, auch die Westalliierten begingen derartige Verbrechen - womöglich noch in einem viel größeren Ausmaß.

Der wegen seiner jüdischen Herkunft 1939 in die USA emigrierte und bei Kriegsende als Angehöriger der Psychological Warfare Division der US Army nach Deutschland zurückgekehrte spätere Springer-Journalist Ernst Cramer hat in der Welt vom 4. Juli 1994 in dankenswerter Offenheit klargestellt:

"1945 kamen die Amerikaner, ebenso wie Briten, Franzosen und Sowjets, als Besatzer, nicht - wie es heute viele hinstellen - als Befreier." Für die Amerikaner galt eine spezielle Regierungsanweisung, das Dokument JCS 1067, in dem es unter anderem heißt: "Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört haben und daß die Deutschen der Verantwortung für das, was sie anstellten, nicht entgehen können. Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat."

Dieses Dokument hatte, wie der spätere Militärgouverneur Lucius D. Clay in seinen Erinnerungen festhält, einen "Karthago-Frieden" zum Ziel. Die Direktive JCS 1067 mit der Überschrift "Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland" war die Arbeitsrichtlinie für die amerikanischen Besatzer. Sie war von den Vereinigten US-Stabschefs (Joint Chiefs of Staff) ausgearbeitet worden, galt schon unter Präsident Franklin D. Roosevelt und wurde im Mai 1945 auch von dessen Nachfolger Harry S. Truman gebilligt.

Methode der Gestapo

Bischof Clemens August Graf von Galen, der sich gegen das Unrecht der Hitlerdiktatur aufgelehnt hatte, hielt kurz nach Empfang der Kardinalsinsignien im Februar 1946 in Rom eine Rede mit dem Titel "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit".

Darin sprach der sogenannte Löwe von Münster auch über die Willkürherrschaft der Besatzer im niedergerungenen Deutschland und die von den westlichen Siegern betriebenen Internierungslager. Der Kardinal beklagte: "Die Alliierten setzen in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. Die Polizei bedarf ebenso wenig wie die Gestapo eines richterlichen Befehls, um einen deutschen Bürger zu verhaften. ...

Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methode der Gestapo übernommen."

Zu den ersten Vorhaben der Amerikaner in ihrer Besatzungszone zählte die Internierung jeder Person, die laut Counterintelligence Directive vom 16. September 1944 "eine Gefahr für die Alliierten" sein könnte. Gegen Kriegsende hatten die US-Behörden eine sogenannte Wanted-Liste mit über einer Million Namen erstellt.

Nur gegen eine verschwindend geringe Minderheit der darin Genannten wußte man jedoch Verbrechensanschuldigungen einigermaßen konkret zu benennen. Die überwiegende Mehrheit war ausschließlich wegen ihrer Funktion in nationalsozialistischen Organisationen, im Staat oder bei der Wehrmacht verzeichnet worden.

Mitte 1945 saß fast eine Viertelmillion Personen in sogenanntem Automatic Arrest, der von den Kriegsgefangenenlagern der US Army in Deutschland zu unterscheiden ist. Die Haftbedingungen waren inhuman, brutale Folterungen, nicht selten mit Todesfolge, gehörten zum

Lageralltag.

Erdlöcher unter freiem Himmel

Besonders schlimm ging es in den sogenannten Rheinwiesenlagern der Amerikaner zu, in denen zehntausende kriegsgefangene Deutsche starben - unter freiem Himmel und den Härten der Witterung ausgesetzt. Viele verhungerten oder litten unter dem sadistischen Treiben der Bewacher. Der kanadische Geschichtsforscher James Bacque schätzt sogar, daß es hunderttausende Tote in diesen Einrichtungen gegeben habe.

In seinem Buch *Der geplante Tod* schreibt er: "Die Todesursachen wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfsorganisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert.

Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt." In einem Interview, das am 4. Juni 2004 in der Jungen Freiheit erschien, verteidigte Bacque seine Opferzahlen, die von anderen Historikern als zu hoch angesetzt gesehen wurden: "Kein Historiker hat jemals angezweifelt, daß über 1,5 Millionen Deutsche nach 1945 in alliierter Kriegsgefangenschaft umgekommen sind. Die Diskussion drehte sich lediglich darum, wer ihren Tod verursacht hatte.

Die "Hofhistoriker" beider Seiten schoben sich während der Jahrzehnte des Kalten Krieges gegenseitig die Schuld zu. Nach dem Studium der Akten in Ost und West komme ich zum Schluß, daß es im Westen etwa eine Million toter deutscher Kriegsgefangener und - es mag Sie überraschen - im Osten eine halbe Million gegeben hat. Dieselben Quellen, auch westallierte sowie deutsche, zeigen, daß zwischen 1945 und 1950 weit mehr Deutsche umgekommen sind als im damaligen europäischen Mittel von zwölf pro tausend Personen. Tatsächlich geht diese erhöhte Sterbezahl in die Millionen." ... <<

US-Besatzungspolitik in Westdeutschland

Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldete am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen soll (x043/31): >> Zertrümmerung des deutschen Industriestaates

Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.

Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieeinrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die Verwirklichung von Teilen des "Morgenthau-Plans" (x028/152-153): >>... Und wenn auch manche der schlimmsten Punkte des "Morgenthau-Plans" beiseite geschoben wurden, war die Potsdamer Regelung teilweise sogar noch härter.

So war Morgenthau davon ausgegangen, daß Polen, "den Teil Ostpreußens, der nicht an die UdSSR geht, und den südlichen Teil Schlesiens" erhalten solle; es war keine Rede davon, Polen - nicht einmal zur "provisorischen Verwaltung" – irgendeinen Teil der Provinzen Pom-

mern und Brandenburg oder den nördlichen Teil Schlesiens zu überlassen. Die Flüsse Oder und Neiße wurden in dem Plan niemals als Westgrenzen Polens genannt.

Doch trotz solcher einzelner Abweichungen hatten Morgenthau-Plan und Potsdamer Protokoll einen entscheidenden gemeinsamen Hintergrund: Im Mittelpunkt der Zukunftsvorstellungen stand die paradoxe Politik, aus Deutschland ein Agrarland zu machen, während man ihm zu gleicher Zeit seine wertvollsten Agrargebiete raubte und die Einheimischen in den übervollen Rumpf verbannte, der nach den Niederlanden und Belgien die größte Bevölkerungsdichte in Europa aufwies.

Selbst das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, das um fast 60 Prozent größer als der Torso von 1945 war, hatte sich nur zu 80 Prozent mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst versorgen können. 1922, nach dem Verlust von mehr als 3 Millionen Hektar Agrarland (Posen, der Korridor, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und ein Teil Oberschlesiens) durch den Versailler Vertrag, waren es nur noch 75 Prozent des Bedarfs, den Deutschland selbst erzeugen konnte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte einen weiteren Verlust von reichlich 4,3 Millionen Hektar Ackerland, so daß Deutschland nur noch 61 Prozent seines Nahrungsbedarfs produzieren konnte.

Wie also sollte es jemals zu einem Agrarstaat werden, den sowohl der Morgenthau-Plan wie auch Punkt 13 von Artikel III des Potsdamer Protokolls anvisierten? Jedem Amateur – Nationalökonom mußte es einleuchten, daß Restdeutschland sich nicht selbst ernähren, geschweige denn Nahrungsmittel exportieren konnte. Andererseits mußte natürlich exportiert werden, damit ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung eingekauft werden konnte. Aber was konnte Deutschland exportieren?

Ähnlich wie in Großbritannien war Kohle der einzige Bodenschatz von Bedeutung, hatte bisher aber den eigenen Bedarf gedeckt; selbst wenn ein Überschuß an Kohle ausgeführt werden konnte, hätte es nicht die notwendige Einfuhr aufwiegen können.

Mitteleuropas Wirtschaftssituation brachte es mit sich, daß Deutschland nur als industrieller Produzent überleben, sonst aber verhungern mußte. Die Alliierten selbst hatten, als sie ihm ein Viertel des kultivierten Bodens entrissen, unabsichtlich eine Lage geschaffen, in der Deutschlands Existenz noch stärker als vor dem Krieg von der Industrialisierung abhing. ...<

US-Präsident Truman genehmigte am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067/6 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wurde.

Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete (x063/613): >>... Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte Feindnation. ... (Die Befehlshaber werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder

b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067 (x114/2.103): >> JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenze Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchtsmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

<u>Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtete am 18. Mai 1945 (x111/24):</u> >> Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten

Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<

Die Direktive Nr. 1 der PWD (Psychological Warfare Division) trat am 22. Mai 1945 in Kraft (x111/25, x115/270): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<

>>... Der tiefe Graben, der die Besatzungsarmeen von den besiegten Deutschen trennt, ist ausdrücklich zu betonen. ... Eine Politik der "austerity" (Härte) hat an die Stelle aller Schmeicheleien zu treten, die von der psychologischen Kriegsführung als erforderlich angesehen wurden. ...<

<u>Der deutsche Historiker Wolfgang Benz berichtete später in seinem Lexikon "Legenden Lügen Vorurteile" (x268/15):</u> >>Zum Arsenal rechtsradikaler Propaganda gehört die Behauptung, die Alliierten hätten die These von der Kollektivschuld aller Deutschen an den Verbrechen des Hitlerregimes propagiert und darauf gestützt die Bestrafung und Umerziehung der Deutschen ... betrieben. ...

Diese Mühe ist auch deshalb vergeblich, weil die These einer Kollektivschuld der Deutschen niemals Bestandteil der alliierten Politik gegenüber Deutschland gewesen ist oder zur Begründung dieser Politik nach 1945 herangezogen wurde. ...<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehung in den Jahren 1945/46 (x306/109-111): >>... Chef der psychologischen Kriegführung unter Eisenhower war der General Robert A. McClure, Eisenhowers Propagandaberater. Trotz des militärischen Kopfes bestand General McClures Abteilung in Rumpf und Gliedern aus Zivilisten. Deutsche Emigranten wurden nur in untergeordneten Stellungen verwendet, da sie zum "tenderhearted appeal to the German public" geneigt hätten. Es mag überraschen, daß die psychologische Kriegführung unter Eisenhower nicht durch Psychologen betrieben wurde.

Lerner schrieb über die zentrale Nachrichtenabteilung, deren Leiter Oberstleutnant Murray I. Gurfein ehemaliger Herausgeber des "Harvard Law Journal" und wohl Frankfurter Schüler war, daß sich in ihrem Vernehmungsteam nicht ein Psychiater befand. "Dagegen umfaßte es Historiker und Sozialwissenschaftler, darunter recht bekannte, in Mengen." Die Psychiatrie wurde vom britischen Direktorat für Armeepsychiatrie ausgeborgt. Der britische Armeepsychiater, Oberstleutnant H. V. Disks, und seine Mitarbeiter arbeiteten die Fragebogen und Richtlinien aus.

Da es Aufgabe der psychologischen Kriegführung ist, die Kampfmoral des Gegners zu schwächen und in seinen Reihen Uneinigkeit zu stiften, ließ sich der antigermanische Slogan "alle Deutschen sind gleich" als Arbeitshypothese nicht verwenden. Vielmehr mußten die Deutschen, um einen Teil von ihnen gegen den anderen auszuspielen, in Kategorien unterteilt werden. Die grundlegende Einteilung, die von Dicks und dem amerikanischen Soziologen Edward A. Shils ausgearbeitet wurde, war die nach dem Grade des Nazismus.

Die Deutschen (soweit sie in der deutschen Armee dienten) ließen sich in fünf Gruppen unterbringen:

- 1. die hartgesottenen Nazis (10 %)
- 2. die gemäßigten, Vorbehalte machenden Nazis (25 %)
- 3. die unpolitischen Deutschen (40 %)
- 4. die passiven Antinazis (15 %)
- 5. die aktiven Antinazis (10 %).

Bei der ersten Gruppe wurde zwischen den idealistischen Eiferern, den Schlägern, die mehr

dem Verein als der Sache zugetan waren, und den versteckten Fanatikern, die in einer mit den nationalsozialistischen Vorstellungen zusammenfallenden Phantasiewelt lebten, unterschieden. Die zweite Gruppe machten die Pseudo-Zweifler, die trotz Verurteilung der Auswüchse des Nationalsozialismus (Grausamkeiten, Antisemitismus) sich an eine "autoritäre Haltung" klammerten, die Idealisten, die einem anderen, aber vom Nationalsozialismus nicht weit entfernten Ziel zustrebten, und die Zyniker aus.

Die Gruppe der Unpolitischen setzte sich aus der Landbevölkerung, den kleinen Beamten und den Berufssoldaten zusammen, die sich vor allem um Familie und Haus kümmerten. In der vierten Gruppe der passiven Antinazis wurden die enttäuschten Idealisten, die älteren Leute, die noch der guten alten Zeit nachtrauerten, die ganz Jungen, die "Edelweiß Banden" bildeten, sowie die Opportunisten, "die den 20. Juli aus Kastensolidarität unterstützten", eingereiht.

Die Gruppe der aktiven Antinazis schließlich umfaßte die nationalistischen Konservativen, die Sympathien für die Engländer als "Herrenvolk" empfanden, aber von der "Demokratie" nicht viel hielten, die Anhänger des Zentrums, die sich im politischen Leben konservativen Anstand wünschten, und die "Demokraten", die sich aus den Resten der Arbeiterbewegung und einer kleinen Zahl von Intellektuellen zusammensetzten, die ihren "gemäßigt liberalen und sozialistischen Vorstellungen treugeblieben waren". Hinzu kamen die Kommunisten, die hauptsächlich mit dem Überleben beschäftigt seien, und die religiösen Antinazis.

Der Einmarsch in Deutschland hätte eigentlich das Ende der psychologischen Kriegführung bringen müssen, denn wenn der militärische Krieg beendet war, dann mußte auch der psychologische aufhören. Doch die Psycho-Krieger waren (wie die Wirtschaftskrieger) der Ansicht, daß der psychologische Krieg (wie der wirtschaftliche) nie zu Ende geht.

Die Abteilung für psychologische Kriegführung wurde in Abteilung für Informationskontrolle umgetauft und nahm (weiterhin unter General McClure) ihren Sitz in Bad Homburg, von wo sie im Frühjahr 1946 nach Berlin, dem Sitz des Militärgouverneurs, verlagert wurde. Die Abteilung für Informationskontrolle war eine der Abteilungen der Militärregierung und für den gesamten Bereich der Kultur und des Nachrichtenwesens (mit Ausnahme der Erziehung und Religion) zuständig.

Die Übernahme der psychologischen Kriegführung in den Apparat der Militärregierung ging nicht ohne Reibungen vor sich, da General McClure der Meinung war, daß die Militärregierung den Deutschen sagen solle, was sie zu tun hätten, während der stellvertretende Militärgouverneur General Clay der Meinung war, daß die Militärregierung den Deutschen sagen solle, was sie nicht zu tun hätten, und ihnen das übrige selbst überlassen könne.

General Clay hielt dafür, daß Demokratie sich auf der freien Initiative unter Beschränkung der Staatstätigkeit aufbaue. Die Eingriffe der Militärregierung sollten die Hindernisse, die einer freien Initiative im Wege stünden, beiseite räumen.

General McClure hingegen sah in der demokratischen eine inhaltlich umrissene Denkweise, die auf bestimmten Persönlichkeitszügen aufbauend durch die Militärregierung mittels zweckentsprechender Eingriffe herstellbar war.<<

Die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" wurde am 23. Mai 1945 durch die Siegermächte abgesetzt.

Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).

<u>Die US-Militärregierung verkündete am 25. Mai 1945 in München (x111/26):</u> >>Politischen Parteien, Organisationen, Truppen oder antinationalsozialistischen Gruppen und Organisationen ist es nicht erlaubt, sich zu organisieren, Büros einzurichten oder Versammlungen irgendwelcher Art abzuhalten. Sie sind ferner nicht ermächtigt, Kraftwagen, Nahrungsmittel

oder Gebäude zu beschlagnahmen. Die Verteilung oder Aufstellung von Plakaten, Büchern, Flugblättern und anderem Schrift- und Druckmaterial ist verboten. Alle diese Tätigkeiten müssen sofort eingestellt werden. ...<

<u>Die US-Militärregierung veröffentlichte am 26. Mai 1945 die Hauptziele der Alliierten (x073/216):</u> >> Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:

- a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
- b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
- c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<

General Eisenhower rief am 27. Mai 1945 in der "Frankfurter Presse" zum Kampf gegen den "Schleichhandel" auf (x111/27): >>... Unter der alliierten Besatzung darf es weder Hamstern noch Schleichhandel geben. Die Militärregierung wird über den ordnungsgemäßen Bedarf hinausgehende Vorräte an Lebensmitteln und anderen Gütern beschlagnahmen und an Bedürftige verteilen lassen.

Landwirte werden daher gut daran tun, bisher verborgene Vorräte an die von der Militärregierung eingerichteten Märkte zu bringen und dort zu den amtlichen Preisen zu verkaufen, um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten.<<

Stalin teilte US-Sonderbotschafter Hopkins am 27. Mai 1945 mit, daß die Nordamerikaner allein in Westböhmen 135.000 deutsche Kriegsgefangene an die Sowjets ausgeliefert hätten (x004/20).

<u>Die "New York Times" kritisierte am 27. Mai 1945 die strenge Zensur des US-Oberkommandos (x131/82):</u> >>Dem amerikanischen Volk werden Nachrichten vorenthalten, auf die es ein Anrecht hat. ... Es hat beinahe den Anschein, als verbrächten jetzt, wo es keinen Feind mehr zu bekämpfen gibt, hohe Offiziere der Armee einen großen Teil ihrer Zeit damit, Weisungen zur Eingrenzung der Bewegungsfreiheit und Tätigkeit von Kriegskorrespondenten zu schreiben. ...<

Ein Angehöriger der US-Besatzungstruppen berichtete im Mai 1945 über die Zustände in Frankfurt/Main (x114/2.57): >>Frankfurt ist zu 80 bis 90 Prozent zerstört. Nach der Ausgangssperre um 19 Uhr schallen die Stiefel der GIs wie Schritte in einer Gruft. Man hört keine Hunde bellen und keinen Laut von anderen Tieren. Die Leute, die im Stadtgebiet bleiben, verkriechen sich in die Keller, haben vielleicht nur das Wasser, was sie in Kübeln von einer zentralen Zisterne holen, und haben kein Licht, ganz zu schweigen von anderen Einrichtungen, die ihre Lage erleichtern könnten.

Wir waren in den Überresten eines Hotels untergebracht; ein paar Räume waren notdürftig zurechtgezimmert worden, und der Besitzer des Hotels stellte jedem von uns einen kleinen Kübel mit Wasser zur Verfügung. Andere Einrichtungen gab es nicht, und die GIs hatten in der ehemaligen Grünanlage vor dem Eingang provisorisch eine Grube gegraben. Die Einheimischen erledigten dieses Geschäft offenbar wie die Tiere, d.h. sie erledigten es irgendwo in den Trümmern und deckten nachher alles zu.

Das trifft natürlich nur auf die Armen zu. Die Reichen leben von all dem ziemlich unberührt in den Vororten oder den umliegenden Städten wie Bad Homburg oder Ursel; sie wohnen dort mit ihren Dienern und haben fast allen Luxus.

Ich weiß das, weil ich mehrere Direktoren und Techniker aus ihren Häusern abgeholt und die Gelegenheit wahrgenommen habe, mir die Häuser sehr gründlich anzusehen. Außerdem hatte die Bourgeoisie anscheinend reichlich zu essen, frisches Gemüse, Eier und Milch, ausreichend Eingemachtes und Konserven aller Art.

Die in den Städten zurückgebliebenen Armen stehen fast den ganzen Tag an, um das bißchen zu erhalten, was sie überhaupt bekommen konnten.<<

<u>Die "Bayerische Landeszeitung" berichtete am 1. Juni 1945 (x114/2.92):</u> >>**Strenge Bestrafung für Stehlen von Eigentum der alliierten Streitkräfte**

Die Militärregierung gibt folgende Warnung bekannt: Täglich erhält die Militärregierung Berichte über Verhaftungen von Zivilisten, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befand.

Die Militärregierung weist die Zivilbevölkerung daraufhin, daß alle Personen, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befindet, strengstens bestraft werden. Die Entschuldigung, daß die gestohlenen Dinge nicht als Eigentum der alliierten Streitkräfte erkannt wurden, wird nicht anerkannt.

Sicherstellung von geplündertem Gut

Auf Befehl der Militärregierung wird für das Land Bayern angeordnet:

- 1. Geplünderte oder widerrechtlich erworbene und übermäßig verteilte Lebensmittel und Bedarfsgegenstände aller Art sind sofort zurückzufordern und sicherzustellen.
- 2. Die angeordneten Verbrauchersätze sind einzuhalten und eine Überschreitung ist im Auftrage der Militärregierung zu ahnden.
- 3. Die noch vorhandenen Bestände und Lager sind zu erfassen und sicherzustellen. Über diese Bestände verfügt ausschließlich der Leiter des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern.<<

Während US-General John Lee am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army **3.878.537** deutsche Kriegsgefangene aufhalten würden, meldete das Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa eigenartigerweise am selben Tag nur **2.927.614** inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67). Später behauptete das US-Oberkommando, daß man die Differenz von rd. 951.000 deutschen Kriegsgefangenen an die Russen ausgeliefert hätte. Durch diesen perfiden Trick konnte man die Todeszahlen in den US-Kriegsgefangenenlagern gezielt manipulieren.

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").

Die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.

Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67). Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde nachweislich durch die Siegermächte nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).

Es sind noch immer ungelöste staatsrechtliche Fragen, ob die Alliierten nach der "militäri-

schen Kapitulation" überhaupt berechtigt waren, die Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen.

Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).

Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Viertes Kapitel: Kapitulation

Artikel 35 Die zwischen den abschließenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden. ...

Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet

Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.

Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Artikel 44 Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.

Artikel 45 Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.

Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Artikel 48 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war.

Artikel 49 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiet außer den im vorstehenden Artikel bezeichneten Abgaben andere Auflagen in Geld, so darf dies nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen.

Artikel 50 Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.

Artikel 51 Zwangsauflagen können nur auf Grund eines schriftlichen Befehls und unter Verantwortlichkeit eines selbständig kommandierenden Generals erhoben werden. Die Erhebung soll so viel wie möglich nach den Vorschriften über die Ansetzung und Verteilung der bestehenden Abgaben erfolgen. Über jede auferlegte Leistung wird den Leistungspflichtigen eine Empfangsbestätigung erteilt.

Artikel 52 Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern

nur für die Bedürfnisse des Besetzungsheers gefordert werden. Sie müssen im Verhältnisse zu den Hilfsquellen des Landes stehen und solcher Art sein, daß sie nicht für die Bevölkerung die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen. Derartige Natural- und Dienstleistungen können nur mit Ermächtigung des Befehlshabers der besetzten Örtlichkeit gefordert werden. Die Naturalleistungen sind so viel wie möglich bar zu bezahlen. Andernfalls sind dafür Empfangsbestätigungen auszustellen; die Zahlung der geschuldeten Summen soll möglichst bald bewirkt werden.

Artikel 53 Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorratshäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen.

Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen, mit Ausnahme der durch das Seerecht geregelten Fälle, sowie die Waffenniederlagen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden. Beim Friedensschlusse müssen sie aber zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.

Artikel 54 Die unterseeischen Kabeln, die ein besetztes Gebiet mit einem neutralen Gebiete verbinden dürfen nur im Falle unbedingter Notwendigkeit mit Beschlag belegt oder zerstört werden. Beim Friedensschlusse müssen sie gleichfalls zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.

Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.

Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...

Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.

Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...

Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Junideklaration" (x051/-295): >> Junideklaration, vier am 5.6.45 herausgegebene Erklärungen der Vier Mächte, Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR, zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland:

- 1. "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands", aus der die Übernahme sämtlicher Regierungsbefugnisse, einschließlich OKW, und aller Behörden durch die Siegermächte folgte:
- 2. Errichtung eines Systems der Viermächtekontrolle über Gesamtdeutschland durch den Alliierten Kontrollrat sowie selbständige Verwaltung der jeweiligen Besatzungszonen;
- 3. endgültige Abgrenzung dieser Zonen;
- 4. Erklärung der Diskussionsbereitschaft mit allen UN-Staaten hinsichtlich der Deutschen Frage.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Folgen der Berliner Deklaration (x024/193-194): >>... Die Direktive JCS/1067, die Berliner Deklaration und die Potsdamer Beschlüsse bildeten ... die politische Grundlage für das Leben der Menschen im Nachkriegsdeutschland.

Der Alltag war vor allem durch die Sorge ums bloße Überleben geprägt – um die Beschaffung von Nahrung, warmer Kleidung und Brennmaterial in den kalten Monaten.

Die Deutschen hatten aufgehört, sich selbst zu bestimmen. Die genaue Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt war auf die Organe der vier Militärregierungen übertragen worden. All ihre Maßnahmen zielten auf die Durchführung der vier großen "D", die fortan das Leben der Deutschen bestimmen sollten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung.

Da anfangs eine allgemeine Informationssperre herrschte – es gab für Deutsche keinen Rundfunk und keine Zeitungen -, hielten viele Bürger die sofortigen strengen Maßnahmen für Willkürakte und Schikanen der Besatzer.

Bis zum 11. Juli 1945 bestand außerdem das Fraternisierungsverbot, das den Amerikanern verbot, mit deutschen Erwachsenen zu sprechen.

Bis zur Regelung der deutschen Verwaltungen in den einzelnen Ländern, die im Frühjahr 1947 langsam einsetzte, war der deutsche Landrat Partner und Gegenspieler der allmächtigen Kreismilitärregierung. Seine Aufgaben waren wesentlich unfassender, als bisher üblich. Unter der Aufsicht und Weisung der Militärergierung war der Landrat verantwortlich für alle Dienststellen, die im Kreis arbeiteten. Außerdem für die Gerichte, die Banken, die Sparkassen, die Reichsbank, die Eisenbahn, das Zuchthaus, die Zollverwaltung, das Finanzamt das Bauamt, das Forstamt, die gesamte Wirtschaft und schließlich auch für die Vertriebenen. Eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen der Militärregierung und Proklamationen des Alliierten Kontrollrates ging auf den Landrat nieder.

Zu den Landräten wurden von den Alliierten meist Personen ernannt, die im jeweiligen Gebiet bereits länger ansässig und als Gegner des Nationalsozialismus bekannt waren. Den Landräten wiederum oblag es, die bisherigen Bürgermeister abzusetzen und neue, für den Demokratisierungsprozeß geeignete Amtspersonen in den Gemeinden zu bestimmen.<<

General Eisenhower meldete am 11. Juni 1945, daß die nordamerikanischen Streitkräfte insgesamt 5.224.310 Kriegsgefangene eingebracht hätten (x131/219).

US-General Eisenhower erklärte während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte am 12. Juni 1945 (x114/1.43): >>... Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als "normal" empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren

zu können.

Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt, nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen, und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<

Das SHAEF-Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa wurde am 14. Juni 1945 aufgelöst. General Eisenhower (US-Militärgouverneur in Deutschland) blieb Oberbefehlshaber der nordamerikanischen Streitkräfte in Europa.

Die US-Militärregierung erleichterte am 14. Juni 1945 die bisherigen Reiseverkehrsbeschränkungen der bayerischen Bevölkerung (im Kreis des Wohnortes entfielen z.B. Passierscheine). Die alliierten Militärbehörden veröffentlichten am 16. Juni 1945 eine Vielzahl von Bestimmungen (x111/38): >> Die Flaggen der Alliierten sind von deutschen Männern mit Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen.

Englisch ist Amtssprache. Sämtliche amtlichen Bekanntmachungen und alle Dokumente der alliierten Behörden müssen auf Englisch abgefaßt sein, bei der Übersetzung ins Deutsche hat der englische Text Gesetzeskraft; alle an die Militärregierung gerichteten Briefe und Schriftstücke müssen auf Englisch abgefaßt sein. ...<

Die US-Militärregierung entließ am 16. Juni 1945 alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Verwaltung, die vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten waren (x111/38).

Stalin telegrafierte am 16. Juni 1945 an US-Präsident Truman und forderte, die US-Truppen ab 1. Juli 1945 aus den westlichen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) abzuziehen (x116/58).

<u>Das State Department legte US-Präsident Truman am 18. Juni 1945 ein Memorandum über die "Umsiedlung" der Sudetendeutschen vor (x028/111):</u> >>... Eines der schwierigsten Probleme wird aus der bereits ausgesprochenen Absicht der tschechischen Regierung entstehen, Deutsche in großer Anzahl zu vertreiben.

In diesem Punkt können die Interessen der Tschechoslowakei und die der Besatzungsmächte aufeinanderstoßen. Die Tschechen sind daran interessiert, die Vertreibung möglichst zu beschleunigen, das entspräche dem Volksempfinden den Deutschen gegenüber und würde die Besatzungsmächte vor vollendete Tatsachen stellen. Andererseits könnte es das Interesse der Besatzungsmächte fordern, solche Umsiedlungen in großem Maßstab zu vermeiden oder hinauszuschieben, um nicht mit dieser zusätzlichen Verantwortung belastet zu werden.<

80 deutsche Ingenieure und Techniker der Zeiss-Werke wurden am 22. Juni 1945 nach Nordamerika deportiert (x111/40).

Konrad Adenauer kritisierte am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >> Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.

Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deutschen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!

Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es mei-

nes Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt.

Natürlich gab es keine tatsächlichen Grausamkeiten in den Kriegsgefangenenlagern, aber die Leute sagen "Jeder, der die Kriegsgefangenen so behandelt, ist nicht besser als die Nazis".

Ich weiß, daß die russischen Gefangenen im Winter 1941/42 sehr schlecht von den Deutschen behandelt wurden, und wir sollten uns dieser Tatsache schämen, aber ich denke, daß sie nicht in gleicher Weise verfahren sollten. Deutsche Gefangene aßen in den Lagern auch Gras und pflückten die Blätter von den Bäumen, weil sie Hunger hatten, genauso, wie es leider die Russen taten. ...

Bitte erlauben Sie mir, offen zu sagen, in dringender Angelegenheit, ... die Alliierten haben dieselben Methoden wie leider auch die Deutschen benutzt. Es ist wahr, daß sie beim Gebrauch dieser Methoden nicht genauso weit gegangen sind, aber die Methoden sind dieselben.<<

Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschierten vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

Im Verlauf der Konferenz vom 29. Juni 1945 gaben die Vertreter des Alliierten Oberkommandos folgende Stellungnahmen über die Verkehrswege nach Berlin ab (x058/396-397): >>... Der britische Vertreter: Eine lebhafte Auseinandersetzung gab es über die Verkehrswege von der englischen und amerikanischen Zone zu den entsprechenden Sektoren in Berlin. Von anglo-amerikanischer Seite wurde die absolute Notwendigkeit eines freien, ungehinderten Zugangs unterstrichen; daraufhin erklärten sich die Russen bereit, eine Straße und eine Eisenbahnlinie zuzuteilen, auf denen Engländer und Amerikaner das uneingeschränkte Verkehrsrecht haben sollten; die Verantwortung für die Instandhaltung und Kontrolle behielten dagegen die Russen. ...

Der sowjetische Vertreter: Es wird notwendig sein, daß die Fahrzeuge die russischen Verkehrszeichen beachten, den Anordnungen der Militärpolizei Folge leisten und sich einer Ausweiskontrolle unterziehen, jedoch keiner Prüfung der Ladung. ... Die Sowjets interessieren sich nicht dafür, was oder welche Menschen transportiert werden oder wie viele Lastkraftwagen unterwegs sind. ...

Der amerikanische Vertreter: Es ist aufschlußreich festzustellen, daß in allen diesen Dokumenten die gemeinsame Besetzung Berlins stand, daß aber in keinem der Zugang garantiert oder besondere Rechte zum Verkehr auf den Straßen, Schienen oder dem Luftweg festgelegt wurden. ...

Wir hatten unsere Absicht dargetan, in Berlin unter Benutzung von 3 Eisenbahnlinien, 2 Landstraßen und dem erforderlichen Luftraum einzuziehen. Schukow wollte nicht anerkennen, daß diese Routen notwendig seien. Er wies darauf hin, daß die Demobilisierung der sowjetischen Streitkräfte die verfügbaren Verkehrswege beanspruche. Ich entgegnete, daß wir ja nicht die ausschließliche Benutzung dieser Strecken verlangten, sondern nur den Mitgebrauch ... General Weeks unterstützte mich kräftig. ... Wir hatten selbst schon gemerkt, daß das Transportproblem ein Engpaß bei der Truppenverlagerung war. Darum waren Weeks und ich damit einverstanden, vorläufig eine Fernverkehrsstraße, eine Eisenbahnstrecke und 2 Luftkorridore angewiesen zu bekommen; wir behielten uns vor, die Frage im Alliierten Kontrollrat wieder aufzurollen.

Da von diesem Treffen kein Protokoll aufgenommen wurde, diktierte ich abends meine Notizen. Darin stand: "Es wurde vereinbart, daß aller Verkehr – Luft, Straße, Schiene ... frei sein soll von Grenzkontrollen oder der Kontrolle durch Zollbeamte oder militärische Behör-

den."<<

Die Sowjets transportierten vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).

Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 u.a. alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" (Gernrode/Harz) und transportierten das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Eine US-Informationsschrift berichtete im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93): >>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.

So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Menschen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.

Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!

Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trippeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.

Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren. Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.

... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda geworden. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Experte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will. Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...

Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<

<u>Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnte im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94):</u> >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<

Churchill kritisierte am 1. Juli 1945 den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>... Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die

Menschheit ein verhängnisvoller Tag.<<

Die Nordamerikaner und Briten besetzten am 3. Juli 1945 die Westsektoren Berlins.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Auslieferung Mitteldeutschlands an die Sowjets (x068/283-287): >>... "Im Herzen Europas", jammerte Churchill. Aber schließlich hatten die Amerikaner den Sowjets 1945 noch Gebiete überlassen, die sie selber schon besaßen, große Gebiete und ganz kleine Plätze, wie im Harz, als sie allzu generös die Voraussetzungen dafür schufen, daß die Russen mit dem Sputnikstart die technische Führung der USA in Frage stellten, überrundeten.

Damals hatten Teile der 3. US-Panzerdivision am 11. April 1945 bei Nordhausen die "Mittelwerke" erreicht, das Herz der deutschen V2-Fabrikation. Sie fanden nicht nur riesige Raketen, die deutsche "Wunderwaffe", abschußbereit vor, sondern auch sonst alles unversehrt in gigantischen, peinlich sauberen Anlagen der größten unterirdischen deutschen Waffenfabrik.

In einem ersten Sonderbefehl zwar sollte dies offenbar viele Milliarden Dollar schwere Beutegut natürlich sichergestellt werden. Doch ein zweiter, von einer "sehr hohen Dienststelle" ausgehender Befehl instruierte den technischen Experten Major Hamille, "daß Nordhausen zur russischen Zone gehören würde und daß alle Dokumente und Gegenstände für die Sowjets an Ort und Stelle gelassen werden sollten".

In einem weiteren Befehl verfügte der Oberkommandierende Eisenhower: "Alle Fabriken, Anlagen, Werkhallen, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsanstalten, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen müssen intakt und in gutem Zustand für die alliierten Vertreter zur Verfügung gehalten werden".

Einiges requirierte Major Hamille nun zwar auf eigene Faust. Doch staunten die Russen Stein und Bein über die Großzügigkeit ihrer Verbündeten, als sie das Erbe von Nordhausen unversehrt antraten. Ein Sowjetoberst lachte schließlich laut und meinte: "Das alles haben uns die Amerikanski geschenkt! Aber in zehn Jahren werden sie weinen!" Und der Oberstleutnant Taranakov rief: "Was für Idioten diese Amerikaner sind!"

Die Amerikaner hielten damals ihre Heere von Berlin ab, von Prag, von Wien, um den Russen den Vortritt zulassen. Sie wichen 250 Kilometer auf einer Breite von 650 Kilometern zurück. Und so saßen die Sowjets zuletzt von Bulgarien und Rumänien über Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen bis hinauf ins Baltikum. Natürlich hatte Stalin dort überall Regierungen nach seinem Gutdünken eingesetzt und ohne Amerika zu fragen - das sich im Übrigen im Westen nicht anders verhielt und, wo immer es Macht hatte, nur Regierungen seines Vertrauens zuließ. Doch waren all die von den Russen kontrollierten Länder nicht vielmehr Schutzwall für sie als Aufmarschbasis?

Die Russen haben nie einen Ausfall gemacht. Und ein russisches Geheimdokument, das dem englischen Intelligence Service im Herbst 1947, ein halbes Jahr also etwa nach der Truman-Rede vom 6. März in Texas, in die Hände fiel, nannte als das "wichtigste Aktionsfeld der russischen Politik" den Vorderen Orient. Man erkannte die Ölfelder in Persien, Arabien, im Irak als Schwachstelle der USA und wollte hier den Kalten Krieg aufnehmen.

Gewiß verweigerten die USA nun schon eine von den Sowjets angestrebte Anleihe von mindestens 10 Milliarden Dollar, hatten zunächst aber weder etwas gegen die Demontage deutscher Industrieanlagen noch gegen den völkerrechtswidrigen Einsatz deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR, noch gegen eine Entschädigung Polens für die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion, noch gegen die Austreibung von immerhin 6,5 Millionen Deutschen aus Osteuropa, erfolge sie nur "in ordnungsgemäßer und humaner Weise".

In Kürze freilich waren nicht mehr die Braunen die Bösen, sondern die Roten. Dabei wußte die amerikanische Führung aber immer, daß die Sowjetrussen keinen Krieg mit ihr wollten. Nie sah sie sich in all diesen Jahren auch nur irgendwie ernsthaft bedroht.

Nicht als ihr Generalstab, bereits im Frühjahr 1944, den Dritten Weltkrieg erwog, einen

Kampf auf Leben und Tod "zwischen Gut und Böse". Nicht 1945, als sie, im Alleinbesitz der Atombombe, diesen weiteren Weltkrieg schon vorbereitet hat. Nicht in den folgenden Jahren. Im Gegenteil. Man gab durchaus zu, daß die UdSSR "keine unmittelbare Gefahr" bedeute, daß ihre Wirtschaft, ihr Arbeitskräftepotential, "vom Krieg ausgelaugt" sei, weshalb sie sich "in den nächsten Jahren auf den inneren Wiederaufbau und begrenzte diplomatische Zielsetzungen konzentrieren" werde.

Amerikanische Regierungsdokumente bekunden solche Überzeugungen und die Memoiren bekannter Politiker. Wie Churchill 1946 sagte: "Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht", so telegraphierte im selben Jahr einer der besten amerikanischen Diplomaten, der Historiker George F. Kennan, aus Moskau (wo er ab 1952 Botschafter war), die Sowjetmacht gehe, im Gegensatz zu Hitlerdeutschland, "keine unnötigen Risiken" ein; sie sei nicht "auf Abenteuer" aus und "gemessen an der westlichen Welt insgesamt ... bei weitem schwächer".

Noch 1949, als die Amerikaner bereits 400 Flotten- und Luftstützpunkte in aller Welt errichtet hatten und die Vereinigten Stabschefs in ihrem Kriegsplan "Dropshot" vom 19. Dezember schon damit rechneten oder wenigstens vorgaben, damit zu rechnen, daß im "Laufe der Zeit" das steigende Militärpotential der Sowjets "den Krieg von ihrem Standpunkt aus als weniger gewagt erscheinen lasse", meinten sie: "Ein dritter Weltkrieg wird vom Kreml wahrscheinlich als die aufwendigste und am wenigsten wünschbare Methode zur Erreichung des grundlegenden Ziels angesehen".

Viele erkannten dies, aber wollten oder konnten, durften es nicht sagen, je höher sie standen, desto weniger. Und doch hatte 1947 Handelsminister Henry A. Wallace, von 1941 bis 1945 Vizepräsident der Vereinigten Staaten, den Mut, den antisowjetischen Kurs zu kritisieren, hatte er die Redlichkeit zu bekennen: "Für mich liegt die Kriegsgefahr viel weniger im Kommunismus als im Imperialismus". Ein einziger Entrüstungssturm fegte ihn beiseite. (Ehrlichkeit zahlt sich in der Politik nur in jenen seltenen Fällen aus, wo sich Unehrlichkeit nicht auszahlen würde.)

Die Zeitschrift Newsweek schrieb 1948, es sei das Ziel der amerikanischen Strategen, "den Ring der Luftstützpunkte um Rußland zu schließen und ihn dabei so lange immer kleiner und enger zu machen, bis die Russen ersticken". Doch die US-Nachkriegspolitik hat immer und unentwegt die Russen der Aggressivität beschuldigt und sich als "defensiv" bezeichnet. In Wirklichkeit war es (aus vielen Gründen) eher umgekehrt.

Ein erst Jahre später, 1964, bekannt gewordenes Dokument ist hier erhellend. Im Januar 1950 nämlich beauftragte Präsident Truman den Außen- und Verteidigungsminister, "eine erneute Überprüfung unserer Ziele in Frieden und Krieg und der Auswirkung dieser Ziele auf unsere strategischen Pläne vorzunehmen ..." Das Ergebnis dieser Zwischenbilanz verschiedener Stellungnahmen, enthalten in der Dokumentenreihe Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council 68 Series: NSC-68) - nach Außenminister Dean Acheson "eines der großen Dokumente in unserer Geschichte" -, prägte maßgeblich den Kalten Krieg.

Es weist einmal mehr die USA als seine Initiatoren aus und macht sie verantwortlich für die Geschichte der fünfziger Jahre. Fordert es doch gegenüber der Sowjetunion weiterhin "kühne Angriffsfreudigkeit" (hold aggressiveness) - übrigens zwei Monate vor Beginn des Korea-Kriegs. Ja, das NSC 68 fordert nicht nur "kühne Angriffsfreudigkeit", sondern erkennt auch die militärische Überlegenheit der Russen in sämtlichen Waffen, außer Atomwaffen, an.

Warum aber, wenn sie aggressiv waren, nützten das die Russen nicht aus? Wegen der atomaren Überlegenheit der Amerikaner? Doch die Amerikaner besaßen nach dem Krieg gar keine Atombomben mehr, wenn auch offizielle Persönlichkeiten mit "Dutzenden und Dutzenden" von solchen Bomben Rußland und die Welt blufften, so daß nicht wenige Nationen angesichts dieser Macht und der Legende von der "russischen Gefahr" das atlantische Bündnis mit den

USA eingingen. Dabei pfiffen es dort bald die Spatzen von den Dächern, und natürlich wußten dies auch die Russen:

Amerika hatte nur drei Atombomben besessen, zwei wurden über Japan abgeworfen, das größte Kriegsverbrechen der bisherigen Geschichte, die dritte verschwand spurlos mit einem Kriegsschiff auf der Fahrt nach der Insel Tinian (an Westrand des Marianengrabens) im Pazifik. Erst im Lauf des Jahres 1948 kamen die Amerikaner in den Besitz weiterer Nuklearwaffen.

Doch zu ihrer Bestürzung zündeten die Russen 1949, fünf Monate nach Gründung der NATO, ebenfalls eine (selbst von US- Experten noch nicht erwartete) Atombombe, worauf ein gesteigertes Wettrüsten begann, das der Korea-Krieg noch angefacht hat.<<

Die Alliierten unterzeichneten am 7. Juli 1945 ein Abkommen über die Viermächteverwaltung Berlins.

Die Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion vereinbarten am 7. Juli 1945 freie Verkehrsverbindungen zwischen allen vier Berliner Sektoren (x111/45).

Die 4 Siegermächte übernahmen am 11. Juli 1945 die Berliner Verwaltung.

Das südliche Rheinland wurde von der US-Militärregierung am 15. Juli 1945 unter französische Verwaltung gestellt.

Die Zeitung "Süddeutsche Mitteilungen" berichtete am 15. Juli 1945 über die "Säuberung" in der US-Besatzungszone (x114/2.135): >>Ausmerzung nationalsozialistischer Elemente geht weiter.

Frankfurt. – Die Säuberungsaktion des deutschen öffentlichen und Wirtschaftslebens in der von den Amerikanern besetzten Zone Deutschlands geht weiter. Die deutschen Zivilbehörden und die amerikanische Militärregierung arbeiten harmonisch zusammen, um diese Aktion durchzuführen.

Außer den höheren Beamten, Gauleitern und Kreisleitern der NSDAP, außer den Funktionären der SS und anderen Parteimitgliedern, die selbstverständlich hinter Schloß und Riegel sitzen, ist in der letzten Zeit der Entfernung von Nationalsozialisten aus dem Wirtschaftsleben und aus höheren und niederen Regierungsstellen mit Energie angegangen worden.

Bremen. – Bisher wurden in Bremen-Stadt 1.831 Beamte wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen; Bremen-Land ist zu 85 Prozent von Nationalsozialisten in Verwaltungsämtern gereinigt worden. Stadtkreis Wesermünde zu 94 Prozent, Landkreis Wesermünde zu 90 Prozent, Kreis Osterholz zu 91 Prozent und Kreis Wesermarsch zu 85 Prozent. ...<

Die nordamerikanische "Information Control Division" berichtete am 16. Juli 1945 (x116/10): >>... Die Russen gingen viel schneller als wir an die Wiedererrichtung der Informationsmedien, und versuchten es viel schneller als wir, eine Politik zu praktizieren, die den Wünschen und Empfindungen des deutschen Volkes Rechnung trug.<<

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage am 28.07.) und Attlee (ab 29.07.) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Der US-Major Hans Habe (1911-1977) berichtete im Juli 1945 über die Lage in der nordamerikanischen Zone (x114/2.80): >> Das überraschendste war die eigentlich totale Apathie, diese vollkommene Gleichgültigkeit, Stumpfheit, der wir begegneten. Es war so, daß selbst der wirtschaftliche Aufbau von den Amerikanern angekurbelt werden mußte, weil sich die Mehrheit der Bevölkerung sagte, das hat ja alles keinen Sinn. ...

Wogegen wir in erster Linie anzukämpfen hatten, war also nicht Feindseligkeit, sondern Gleichgültigkeit, Niedergeschlagenheit – wobei ich unter Niedergeschlagenheit weniger die Niedergeschlagenheit über die Niederlage verstehe, sondern eben die totale Apathie, die Unfaßbarkeit des Zusammenbruchs.

Niemand wußte, wie soll das weitergehen. ...<<

<u>Der deutsche Politiker Reinhold Maier (1889-1971, erster Ministerpräsident Baden-Württembergs)</u> berichtete über ein Verhör durch die US-Militärbehörde im Juli 1945 (x114/2.95): >> Wir gingen miteinander in die Höhle des Löwen. Über der Tür steht angeschrieben: Public safety.

Der Löwe selbst ist etwa 25 Jahre alt, versteht kein Wort Deutsch und sein Name ist Oberleutnant John E. Switzer. Er ist der Mann der Verhaftungen und Entlassungen im Kreis Gmünd. Er hatte die neuesten Regulations so verdolmetscht: "Alle müssen weg bis herunter ..." Dann ließ er seine Hände sprechen: Er ahmte die Bewegungen der Finger beim Maschinenschreiben nach also alle bis zum Schreibfräulein.

Er schien sehr befriedigt über seine Hinauswurfvollmacht.

Wir traten ein und erblickten zunächst am Fensterkreuz hängend zwei Peitschen, d.h. je eine geflochtene und eine einfache neunschwänzige Katze. Hinter uns nahm ein Offizier Platz, der die rechte Hand stets in seiner Militärjacke hielt, nicht am Busen, sondern an seiner Pistole. Wir saßen in einer Reihe und ein Tisch trennte uns von unseren Verhandlungspartnern, drei 20-25jährigen Offizieren und zwei gleichaltrigen Dolmetschern.

Die Verhandlung verlief schleppend. Es entstanden lange Pausen, während deren unsere Gegenüber sich untereinander über ganz andere Dinge als von den zur Debatte stehenden unterhielten und miteinander alberten, wie dies junge Leute tun. In der Sache kam nicht viel heraus. Konrad hatte ihnen darlegen wollen, wie sehr es ihm zustatten gekommen sei, daß er sich bei seinem Sorgenweg auf Freunde, Bundesbrüder usw. habe stützen können, die zwar Parteigenossen waren, aber genauso dachten und handelten wie wir.

Der maßgebende Mann uns gegenüber rekelte sich in seinem Lehnstuhl, lehnte sich weit zurück, währenddem er mit beiden Händen seinen Kopf rückwärts umfaßte. Schließlich ging er dazu über, seine Füße auf den Schreibtisch zu legen, so daß wir die prima, prima Ledersohlen seines Schuhwerks aus unmittelbarster Nähe bewundern konnten. Die anderen machten Scherze, einer spielte mit seiner Pistole, die er auseinandernahm und wieder zusammensetzte. Wir drei saßen sozusagen weiter auf der Anklagebank. Jeder von uns war zwei- bis dreimal so alt wie die anwesenden Amerikaner.

Nach einer Stunde wurden wir ohne Ergebnis entlassen, nachdem die unter sich beratenden Amerikaner Dutzende von O.K.s ausgestoßen hatten. ...<<

Die Potsdamer Konferenz wurde am 2. August 1945 um 0.30 Uhr beendet. Im Verlauf dieser internationalen Konferenz schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge, sondern lediglich Absprachen bzw. Vereinbarungen (x150/18).

Mit Verabschiedung der Potsdamer Erklärung wurden die jahrhundertealten Grenzen des deutschen Volkes beispiellos verändert. Die westlichen Alliierten begannen gleichzeitig eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement").

Die Unbestimmtheiten des Potsdamer Abkommens verursachten nicht nur einen jahrzehntelangen Schwebezustand der künftigen deutschen Staatsgrenzen, sondern sie besiegelten außerdem endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa. Die Massenvertreibung der Deutschen war danach nicht mehr zu verhindern.

Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191). Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt.

Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulations-

bereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.

Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße (außer Nord-Ostpreußen). Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement") ein.

Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert. Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.

Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.

Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.

Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflußte sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ostund Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.

Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibun-

gen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.

Harry S. Truman schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam einem fait accompli (vollendeten Tatsachen) gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen (Besetzung) des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen. Es war ein dreister Gewaltakt. ...<

>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ...

Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<

<u>US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149):</u> >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schrieb nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18): >>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.

Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.

Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.

... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.

Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.

Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandelns mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deut-

sche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.

Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.

Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.

Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Extrapolation der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte (daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen).

Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts.

Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978) berichtete später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.

In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die Sowjetunion ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-193, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte

und Eigentum der Zivilbevölkerung (Art. 43, 46, 50).

Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.

- ... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.
- ... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".
- ... Bereits während des Zweiten Weltkrieges wurde durch die Anti-Hitler-Koalition das Recht auf Heimat anerkannt und für sich in Anspruch genommen. Mit Recht verurteilte die Welt Hitlers Lebensraumpolitik, weil sie eine Austreibung von altansässigen Bewohnern mit sich brachte. ...

Nach internationalem Recht fällt die Hoheitsgewalt im Krieg besetzter Gebiete an den früheren Souverän zurück, sobald der Eroberer, aus welchen Gründen auch immer, sie aufgibt, keine Macht mehr ausübt.

Das bedeutet für Polen (im Zuge des Vormarsches der Roten Armee) sofortigen Wiedergewinn der Hoheitsgewalt in den Gebieten, die bei Kriegsausbruch polnisches Staatsgebiet waren, einschließlich Warthegau und Korridor (nicht aber Danzig und Ostpreußen!). ...

... Auch die Tschechoslowakei erlangte im Verlauf der letzten Kriegsereignisse Hoheitsgewalt über ihre Staatsgebiete vom Stand nach dem Münchener Abkommen. Das Sudetenland blieb vorerst rechtlich deutsches Reichsgebiet. Soweit die Tschechen die 400.000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Herkunft und die eine Million reichsdeutscher Flüchtlinge aus Schlesien als "feindliche Ausländer" oder als "fünfte Kolonne" auswiesen, war dies innerhalb der Hoheitsbefugnisse des tschechischen Staates.

Gleiches gilt für die großen Gruppen ungarischer, rumänischer und jugoslawischer Staatsbürger deutscher Herkunft, die ausgewiesen wurden, wenn es auch im Fall Ungarns und Rumäniens etwas merkwürdig anmutet, daß in diesen Menschen nun plötzlich "feindliche Ausländer" gesehen wurden; immerhin waren Ungarn und Rumänien mit dem Deutschen Reich verbündet gewesen. ...

Die Vertreibungen begannen noch vor Kriegsende, jeweils kurz nachdem die Rote Armee die fraglichen Gebiete erobert hatte. Diese Vertreibungen waren eindeutig völkerrechtswidrig, denn weder die Sowjetunion noch Polen oder die Tschechoslowakei konnten während des Krieges Souveränität über deutsches Reichsgebiet erlangen.

Auch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 änderte nichts daran. Denn es war eine rein militärische, keine politische Kapitulation. Das geht nicht nur aus dem Text der Kapitulationsurkunde hervor, sondern auch aus der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz, wenn auch praktisch machtlos, weiter bis zu ihrer gewaltsamen Absetzung am 23. Mai 1945 im Amt blieb; bis zu diesem Datum waren alle Vertreibungen aus deutschem Reichsgebiet gemäß Haager Landkriegsordnung (Art. 42-56) völkerrechtlich illegal.

Ob die HLKO nach diesem Datum oder nach der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 in Kraft blieb, ist umstritten. Mit der "Berliner Deklaration" übernahmen die "Großen Vier" USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) offiziell die Souveränität über Deutschland in den Grenzen von 1937, jedoch ohne Deutschland zu annektieren. ...<

>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.

Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.

Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<

Der deutsche Publizist und Herausgeber Rudolf Augstein berichtete später (am 7. Januar 1985) im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" über das Potsdamer Abkommen: >>"Auf die schiefe Ebene zur Republik"

... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.

Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.

Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte. ...

Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroschima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.

Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<

<u>Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete später (am 8. März 1996) über das Potsdamer Abkommen:</u> >>**Der Vertrag, der keiner war**

... Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen, um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.

Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag, der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie

ein regulärer Vertrag.

Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945.

...

Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedensvertrag.

In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist". Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt:

Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich. Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.

Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berüchtigte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß".

Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet. ...

Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach jedoch klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.

Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".

Anderseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III - "Über Deutschland" - gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen."<<a href="Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später in der Wochenzeitung" (x887/...): Serliner Konfe-Benblatt" vom 5. Oktober 2002 über die "Berliner Konferenz" (x887/...): Serliner Konfe-

renz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde

Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.

Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die "Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und

Vorgaben der Siegermächte dargestellt.

An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sympathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bundesstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Hohenzoller an der Spitze steht."

78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei" ... Truman für die USA, Stalin für die UdSSR und zunächst Churchill und nach dessen Ablösung Attlee für Großbritannien. Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.

Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsachengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.

Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden.

Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben. ...<

General Eisenhower erteilte am 4. August 1945 den Befehl, die ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln (x131/77): >>Mit sofortiger Wirkung sind alle im US-Gewahrsam in der nordamerikanischen Besatzungszone in Deutschland befindlichen Angehörigen der deutschen Streitkräfte als entwaffnete feindliche Streitkräfte zu betrachten und nicht als Personen mit Kriegsgefangenenstatus. ...<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Dwight D. Eisenhower (x364/184-185): >>... Um den Erfolg ihres infamen Unternehmens zu garantieren, mußten die Verschwörer einen ihnen ergebenen Diener auf den Posten des Oberbefehlshabers über die gesamten alliierten Streitkräfte in Europa heben. Die für diesen Job ausgesuchte Person war ein Oberstleutnant Namens Dwight D. Eisenhower.

Was war das "Geheimnis" hinter der Tatsache, daß Eisenhower über die Köpfe von wenigstens 50 seiner Dienstältesten hinweggeschoben und auf das oberste Kommando der alliierten Streitkräfte in Europa gestellt wurde, insbesondere angesichts der Tatsache, daß er keine Kampferfahrung beziehungsweise keine Erfahrung im Umgang mit einer großen Truppenzahl im Feld hatte?

Diese Frage wurde einige Jahre später beantwortet, als Eisenhower Präsident geworden war. Zu dieser Zeit unterbrach er einen seiner zahlreichen Urlaube, um einen Park in New York einzuweihen, den Bernard Baruch zu Ehren seines Vaters angelegt hatte. In seiner Rede machte Eisenhower ein beachtenswertes Geständnis:

"Vor 25 Jahren, als ein junger und unbekannter Major, habe ich den klügsten Schritt meines

Lebens getan - ich habe Mr. Baruch konsultiert."

Ohne jeden Zweifel verdankte Eisenhower seinen kometenhaften Aufstieg zu Rang und "Namen" Herrn Bernard Baruch und seinen "Freunden".

Blick hinter die Kulisse

Die Männer, die die USA nach außen hin "führten" - Roosevelt, Marshall und Eisenhower -, hatten strikte Befehle von ihren unsichtbaren Gebietern, die Schlußphase auf dem europäischen Kriegsschauplatz" so zu führen, daß sie den Zielen der Illuminaten förderlich sein würde.

Es macht den internationalen Händlern der Macht nicht das geringste aus, daß die Verzögerung des Kriegsendes den unnötigen Tod von Hunderttausenden von Menschen bedeuten würde und den unnötigen Aufwand von vielen Milliarden Dollars.

Sie sehen die Menschen nur als Kanonenfutter, das sie für die Verwirklichung ihrer satanischen Ziele brauchen. ...<<

<u>US-General Eisenhower erklärte am 6. August 1945 während einer Ansprache an das deutsche Volk (x111/60):</u> >>Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu machen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeder Erscheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort: jede Möglichkeit, Krieg vorzubereiten, wird in Deutschland beseitigt.</u>

Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ...<

<u>Feldmarschall Montgomery berichtete am 6. August 1945 in einem Aufruf an die Bevölkerung der britischen Besatzungszone (x111/60):</u> >>Die Alliierten sind dabei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die endgültige Austilgung der Nazi-Partei und ihrer angeschlossenen Verbände restlos zu verwirklichen. ...<

US-Atombombenangriff gegen Japan

Mehrere Naturwissenschaftler schrieben am 11. Juni 1945 an den US-Kriegsminister, um den Einsatz von Atombomben zu verhindern (x191/109): >>Wir meinen, daß die Überlegungen nicht dafür sprechen, nukleare Bomben in einem baldigen, unvorhergesehenen Angriff gegen Japan einzusetzen. Wenn die Vereinigten Staaten das erste Land wären, welches die neuen Mittel zur rücksichtslosen Zerstörung der Menschheit anwendete, würden sie auf die Unterstützung aller Welt verzichten, den Aufrüstungswettlauf beschleunigen und die Chancen für ein zukünftiges internationales Abkommen zur Kontrolle derartiger Waffen zunichte machen. ...<

In Los Alamos (New Mexico) gelang den Nordamerikanern am 16. Juli 1945 der 1. "erfolgreiche Atombombenversuch".

Der US-Physiker Philipp Morrison (1915-2005) berichtete später über die Zündung der ersten Atombombe (x165/469): >>... Ich hatte ein Kurzwellenradio und mußte den Funkverkehr der Leute abhören, die die eigentliche Zündung vornehmen würden. ... Ich hatte ein Mikrophon und ich übermittelte den Countdown. Ich sagte an: 30 Sekunden, 20 Sekunden, 10 Sekunden, 9, 8, 7, 6 ...

Aus zehn Meilen Entfernung sahen wir den unglaublich strahlenden Blitz. Das war aber nicht das Eindrucksvollste. Wir wußten, daß es blendend hell werden würde, und deshalb trugen wir Schweißerbrillen.

Was mich packte, war nicht der Blitz, sondern die gleißende Hitze eines strahlenden Tages auf unseren Gesichtern an jenem kalten Morgen in der Wüste. Es war, als öffne man einen glü-

henden Backofen, aus dem die aufgehende Sonne strahlte. Es war ein Gefühl von Ehrfurcht und Staunen und Bestürzung und Angst und Triumph zusammen. Das Geräusch kam eine Minute später. Die Explosion in der Totenstille, und dann ein mächtiger Donner. ...<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Atombombe" (x051/42): >>Atombombe, Waffe, die die bei der Atomkernspaltung frei werdende Energie nutzt und damit eine allen traditionellen Sprengstoffen weit überlegene Kraft entwickelt.

Eine Atombombe wurde möglich nach Entdeckung der Urankernspaltung durch den deutschen Chemiker Otto Hahn (1879-1968) und sein Team im Dezember 38. Die für einen Bau der Atombombe erforderliche Industriekapazität war in Deutschland aber nicht vorhanden, zudem standen Vorurteile gegen die "jüdische Atomphysik" im Wege, so daß die Atombombenentwicklung nicht über Ansätze hinauskam.

Die Sorge davor jedoch veranlaßte Einstein am 2.8.39 zu einem warnenden Brief an US-Präsident Roosevelt, der die Entwicklung der Atombombe, das sogenannte Manhattan Project, in Auftrag gab. Sie wurde durch deutsche Ankündigungen von Wunderwaffen forciert; die Atombombe aber war erst nach Kriegsende in Europa einsatzbereit, so daß Japan Opfer der ersten Atombombenabwürfe wurde: 6.8.45 Hiroshima, 9.8.45 Nagasaki.<<

<u>Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den 1. "erfolgreichen Atombombenversuch" (x068/257):</u> >> Am 16. Juli 1945 ... wurde in New Mexiko das erste Ungeheuer gezündet, wobei die beteiligten Wissenschaftler mit dem Rücken zur Explosion gewandt, einen kurzen Freudentanz aufführten.

Nur J. Robert Oppenheimer kam in diesem Augenblick "plötzlich eine Stelle aus der 'Bhagavadgita' (religiös-philosophisches Gedicht) in den Sinn: Ich bin zum Tod geworden, dem Zerstörer der Welten". ...<

US-Präsident Truman informierte Stalin am 24. Juli 1945 "beiläufig" über den erfolgreichen Atombombentest in Los Alamos, um ihn einzuschüchtern (x116/68).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Stalins Reaktion in Potsdam (x068/257-258): >>... Der Kremlchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.

Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern. Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen.

Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss, Donald Hiss, Maurice Halperin, Robert T. Miller. Im Innenministerium: William Park, Joseph Gregg, Bernhard Redmond. Auch im Justizministerium, im Landwirtschaftsministerium, im Handelsministerium saßen Sowjetspione. Im Pentagon (US-Verteidigungsministerium) hockten die Moskauer Agenten: Duncan Lee, Helen Tenney, ... William L. Ullmann, George Silverman, ... Edward Fitzgerald, John Abt, Irving Kaplan u.a.

Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten: "Das einzige, was gegen Harry Dexter White unternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimerem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".

Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsikkerte, brach der McCarthyismus aus. Nun fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinah hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<

Die US-Luftwaffe (Oberst Paul W. Tibbets) warf am 6. August 1945 über Hiroshima erstmalig eine Atombombe ab. Etwa 80.000 bis 90.000 Japaner wurden innerhalb von nur einer Minute getötet. Hiroshima wurde zu 80 % zerstört.

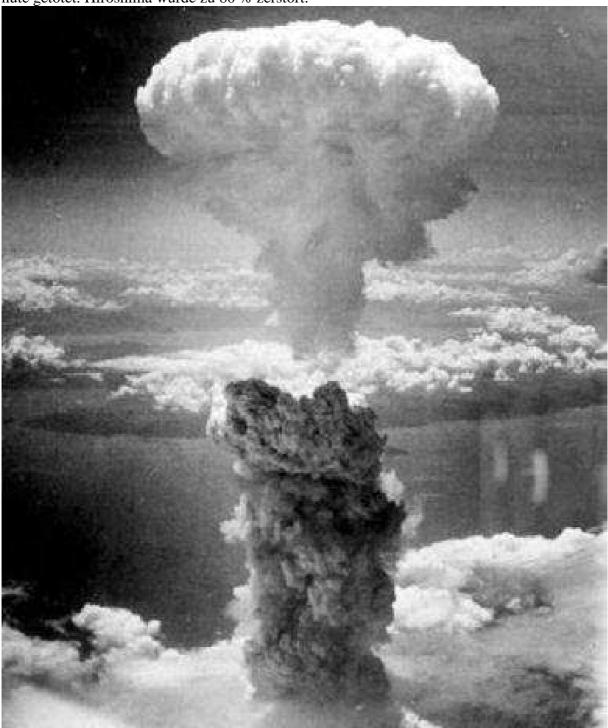


Abb. 72 (x175/412): USA werfen Atombomben: Über Nagasaki bildet sich ein riesiger Atompilz.

Der Atombombenabwurf über Hiroshima (nach heutigen Begriffen handelte es sich um eine sehr kleine Atombombe, etwa 12.500 t TNT) forderte mindestens 92.167 Tote und 37.425 Verletzte, die in den folgenden Tagen und Jahren an den Folgen der tödlichen Strahlenschäden starben (x040/292).

Japanische Augenzeugen berichteten später über die Atombombenexplosion in Hiroshima am frühen Morgen des 6. August 1945 (x106/446, x165/501, x122/450, x191/104, x296/160):

>>... Ich ging in das obere Stockwerk und wollte in Vaters Zimmer spielen. Als ich die Treppe halb hinaufgestiegen war, blitzte es, und es fiel allerlei von oben herab. ... Aber es war so dunkel, daß ich glaubte, das alles wäre ein Traum, und reglos stehenblieb. Dann wurde es im Norden allmählich hell. ...

Inzwischen waren wir von Flammen umzingelt. ... Männer am ganzen Körper blutverschmiert, und Frauen ... schrien vor Schmerzen und sprangen in den Fluß. ... Auf der Insel Ninoshima lagen überall Menschen herum, die so schlimm verbrannt waren, daß man ihre Gesichter nicht mehr erkennen konnte. Von ihnen starb einer nach dem anderen. ...<

>>... Ich schaute zum Himmel hoch, weil ich das Flugzeug sehen wollte. Da sah ich einen großen Blitz am Himmel und warf mich mit dem Gesicht auf den Boden. Ich weiß noch, daß mich die Explosion weggeschleudert haben muß. Als ich wieder zu Bewußtsein kam, konnte ich meine Freunde nicht mehr finden. Sie waren entweder zerfetzt oder verbrannt. Meine ganze Kleidung war weggerissen, bis auf die Unterwäsche. Meine Haut hatte sich abgeschält und hing mir um den Körper. Sie klebte mir an den Armen, den Beinen und im Gesicht.

Die Hitze war so stark, daß ich in den nahen Fluß gesprungen bin, in das Flüßchen, das durch die Stadt lief. Alle meine Freunde waren im Fluß. ...<

>>In der Frühe gegen 8 Uhr stand ich am 6. August 1945 auf. Am letzten Abend war zweimal Luftalarm gegeben worden, doch es kam kein Angriff. ...

Plötzlich traf mich jetzt ein Schlag auf den Kopf, und vor meinen Augen wurde es finster. Ich schrie laut und hob die Hände, doch in der Dunkelheit hörte ich nur einen Sturm herabsausen, sonst verstand ich nichts. ... Meine eigenen Rufe hörte ich wie die Stimme eines anderen Menschen. Als dann, wenn auch verschwommen, erkennbar wurde, wie die Umwelt aussah, war mir zumute als ob ich mitten auf der Bühne eines schweren Unglücks stünde. Hinter den dicken Wolken von Staub erschien ein blauer Raum, immer mehr Räume tauchten auf. Langsam ging ich über den Fußboden, wo auch die Binsenmatten weggerissen waren.

Da kam mir meine Schwester in großer Eile entgegen: "Wurdest du nicht getroffen? Wurdest du nicht getroffen, ja?" schrie sie. "Deine Augen bluten, wasche dich schnell." Sie sagte mir noch, daß in der Küche Wasser fließe. ...

Vom Nachbarhaus des benachbarten pharmazeutischen Werkes kamen jetzt kleine Flammen. Es war höchste Zeit das Weite zu suchen. ... Plötzlich befanden wir uns an einer Stelle, wo die Hitze der Flammen ungeheuer tobte. Dann fanden wir wieder eine Straße und erreichten die Sakae-Brücke. Hier drängten sich immer mehr Flüchtlinge zusammen. ...

Das Gebüsch wurde durch die Gewalt der fliehenden Menschen niedergetreten, so daß von selbst ein Steg entstand, die hoch emporragenden Bäume waren meist bis zur Hälfte abgebrochen. Ich sah das Gesicht einer älteren Frau, die sich bei einem Strauch niederkauerte und entkräftet ausstreckte. Ihr völlig verstörtes Wesen schien irgendwie anzustecken. Zum erstenmal erblickte ich ein solches Gesicht, aber noch unheimlichere Gesichter mußte ich nachher ständig sehen. ...

Durch ein ergreifendes Rufen "Onkel!" wurde ich angehalten. Im Fluß lag ein nackter Junge, bis zum Kopf im Wasser, tot, und weniger als einen Meter von dem Leichnam entfernt, kauerten zwei Frauen auf einer Steinstufe. Ihre Gesichter waren um die eineinhalbfache Größe angeschwollen, häßlich verzerrt. Erst an ihrem angebrannten, struppigen Haar erkannte ich sie als Frauen.

Dieser Anblick löste zunächst weniger Mitleid als Schrecken in mir aus. Die beiden Frauen flehten, als sie mich bemerkten: "Die Bettdecke, da unter dem Baum gehört uns, bringen Sie uns die Decke doch bitte hierher!" Unter dem Baum sah ich allerdings etwas wie eine Decke. Da aber darauf schon ein Schwerverletzter im Sterben lag, konnte man nichts mehr mit ihr machen. ...<

>>... Auf der Landzunge (Hiroshima liegt an einer Flußmündung) fand Tanimoto ungefähr

zwanzig Frauen und Männer. Er fuhr mit dem Kahn auf den Strand und forderte sie auf einzusteigen. Keiner rührte sich, und es wurde ihm klar, daß sie zu schwach waren, um sich aus eigenen Kräften zu erheben.

Er langte hinunter und ergriff eine Frau an der Hand, aber da schälte sich ihre Haut in großen, handschuhähnlichen Stücken ab. Darüber ward ihm so übel, daß er sich einen Augenblick hinsetzen mußte.

Dann stieg er ins Wasser hinaus und hob, obgleich selbst ein kleiner Mensch, einige Männer und Frauen ... in sein Boot. Rücken und Brust dieser Menschen waren klebrig, und er erinnerte sich mit Schaudern, wie die großen Verbrennungen, die er tagsüber beobachtet hatte, aussahen: erst gelb, dann rot anschwollen, wobei die Haut sich abschälte, und schließlich abends vereitert und übelriechend. ...

Am anderen Ufer, auf einer höhergelegenen Landzunge hob er die schleimigen lebenden Körper heraus und trug sie die Böschung hinauf, aus dem Bereich der Flut. Dabei mußte er sich fortwährend sagen: "Das sind menschliche Wesen." ...<

>>... Es war noch früh, ein stiller, warmer, schöner Morgen. Schimmernde Blätter ... bildeten einen hübschen Gegensatz zu den Schatten in meinem Garten. ...

Plötzlich erschreckte mich ein jäh aufblitzender Lichtschein. ... Durch wirbelnden Staub vermochte ich kaum die hölzerne Säule zu erkennen, die mein Haus an einer Ecke getragen hatte. Sie stand jetzt grotesk da, ganz schief, und das Dach war bedrohlich zusammengesunken. – Instinktiv versuchte ich zu entfliehen, doch Schutt und abgestürzte Balken versperrten mir den Weg. ...

Was war überhaupt geschehen? Die ganze rechte Seite meines Körpers war zerschnitten und blutete. Aus einer gezackten Wunde in der Hüfte ragte ein dicker Holzsplitter. ...

Wir (seine ebenfalls verletzte Frau und er) standen unschlüssig und voller Angst auf der Straße, bis ein Haus uns gegenüber zu wanken begann und in einer reißenden Bewegung ... zusammenbrach. Unser eigenes Haus fing auch an zu schwanken, und binnen einer Minute krachte es ebenfalls in einer Staubwolke nieder. ... Brände sprangen auf und breiteten sich aus, von einem tückischen Wind angefacht. ...

Allmählich begann die Umgebung für mich deutlich zu werden. Schattenhaft sah ich Menschengestalten. Manche wirkten wie wandelnde Gespenster, andere bewegten sich gekrümmt vor Schmerzen, Vogelscheuchen gleich, indem sie die Arme so vom Körper abspreizten, daß die Unterarme und Hände baumelnd herabhingen. Mir waren diese Menschen ein Rätsel, bis ich plötzlich erkannte, daß sie verbrannt waren und die Arme so hielten, damit nicht die Stellen mit dem geplatzten Fleisch aneinanderrieben. ...

Ich traf viele, ... die von den Hüften aufwärts verbrannt waren. Die Haut hatte sich abgeschält, ihr Fleisch war naß und schwammig. ... Und – sie hatten keine Gesichter! Ihre Augen, Nasen und Münder waren weggebrannt, und die Ohren schienen förmlich abgeschmolzen zu sein. Kaum konnte ich die Vorderseiten vom Rücken unterscheiden. ...<

Oberst Paul W. Tibbets (1915-2007, führte als Kommandeur des US-Bombers "Enola Gay" den Atombombenabwurf über Hiroshima durch) berichtete später über seinen Einsatz (x106/444): >>Ich hasse die Vorstellung, daß "Hiroshima" noch einmal passieren könnte. Aber andererseits: Ich habe nie bereut und mich nie geschämt, denn ich glaubte damals, daß ich meine patriotische Pflicht tat, als ich den Befehlen folgte, die man mir gab. ...<

Der US-Physiker Philipp Morrison (1915-2005) berichtete später über den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima (x165/470): >>... Die Nachricht von Hiroshima hörten wir vom Flugzeug selbst in einem verschlüsselten Funkspruch. Als sie landeten bekamen wir sie nicht zu sehen. Die Generäle stürzten sich gleich auf sie. Aber dann kamen die Leute mit den Fotos an. Ich weiß, daß ich sie mit Schauder und Entsetzen betrachtete. Wir wußten, daß da etwas Furchtbares entfesselt worden war.

Die Männer feierten an diesem Abend eine große Party, aber wir gingen nicht hin. So gut wie keiner der Physiker ging hin. Wir hatten offensichtlich hunderttausend Menschen getötet, und das war kein Grund zum Feiern. Die Realität konfrontiert uns mit Dingen, von denen wir nichts ahnen können. ...<

Ein Militärgeistlicher der US-Air Force erklärte später während eines Gespräches mit dem US-Schriftsteller Studs Terkel (x165/495-497): >>... Wir wußten, daß sie eine große Bombe hatten, mehr nicht. Jeden Tag wurden Bombenattrappen abgeworfen. Wohl zur Übung. Mögliche Ziele wurden überflogen. Selbst die Mannschaft der "Enola Gay" wußte nicht, daß sie eine echte Bombe an Bord hatte, bis sie in der Luft war.

Am 6. August verkündete Paul Tibbets über Funk: Es ist soweit, wir werfen die erste Atombombe ab. Da erfuhren wir alle erst, daß es überhaupt eine Atombombe, eine Nuklearwaffe gab. Der Befehl kam direkt aus Washington. Er durchlief keinerlei Kommandokette. ...

Es war üblich, die Mannschaft zu segnen. Nicht das Flugzeug. Und nicht die Bombe. Das wurde mir oft vorgeworfen. Aber die Mannschaft gehörte zu unserer Gemeinde. Sie ging auf eine gefährliche Mission. Das waren doch unsere Jungs, unsere Männer, in Todesgefahr. Ich wußte nicht, daß sie überhaupt eine Bombe abwerfen sollten, bis wir es aus dem Inselfunk erfuhren. Dann der Schock. Plötzlich wurde uns klar, daß 80.000 Menschen bei dieser einen Explosion zu Tode gekommen waren.

Wir lebten auf einer Insel, von der täglich Hunderte von Flugzeugen starteten, um ganze Napalmteppiche abzuwerfen, Hunderttausende von Menschen auszubrennen. Einmal befanden sich 500 Flugzeuge in einer Mission über japanischen Städten. Wir hatten von Dresden und Berlin, Coventry und London gelesen. ... Der Schock bestand darin, daß hier plötzlich ein einziges Flugzeug geschafft hatte, was Hunderte von Bombern nicht geschafft hatten. Ein Flugzeug und eine Bombe hatte eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht.

Statt daß ich Entsetzen empfunden hätte, wie es sich für mich als Christ, noch dazu als Pfarrer gehört hätte, rauschte das einfach an mir vorbei. Von anderen Piloten, die von Luftangriffen zurückkamen, hatten wir gehört, wie sie Feuerstürme in Tokio gesehen hatten, wie Hunderttausende verbrannten. Wir hätten damals entsetzt darüber sein sollen, daß das Zivilisten waren. Eigentlich hingen wir der Theorie von Augustinus über den "gerechten Krieg" an: Zivilpersonen durften nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber darauf kamen wir überhaupt nicht.

Daß das alles so an uns vorbeiging, liegt wohl daran, daß von den kirchlichen Autoritäten keinerlei Stimmen laut wurden über die Verwerflichkeit wahlloser Bombardements. In Dresden genauso wie in Japan. ...

Um eine moralische Bewertung der Bombardements ging es nie. Wir fanden sie wohl alle entsetzlich, aber unvermeidlich. Denken Sie auch daran, daß wir damals die bedingungslose Kapitulation verlangten. Das verstößt ebenfalls gegen die Prinzipien der Theorie des Augustinus vom "gerechten Krieg": Man darf nicht weiterkämpfen, wenn die gegnerische Seite zur Kapitulation bereit ist. Von "bedingungslos" ist nicht die Rede.

Hätte man auf diesen Begriff verzichtet, wäre die Bombe nicht nötig gewesen. Es gab schon Friedensansätze. Sie lagen doch auf den Knien. ...

Als ich das mit Hiroshima erfuhr, reagierte ich gespalten. Mein Gott, wie schrecklich, aber auch, mein Gott, jetzt hört der Krieg auf. Endlich kommen die Jungs nach Hause. Millionen Leben sind gerettet. Bei einem Einmarsch in Japan hätten wir eine Million Soldaten verloren.

Als Geistlicher hätte ich jedoch auch so denken sollen: Wir morden kleine Kinder und alte Menschen – wir verbrennen sie. Ich kann mich nicht erinnern, damals irgendeine Schuld empfunden zu haben. ...<

Der deutsche Historiker Klaus A. Maier berichtete später über die Gründe für den erstmaligen Einsatz der Atombombe gegen Japan (x041/262): >>... Im Frühjahr 1947 legten die amerika-

nischen Experten die Ergebnisse ihrer Erhebungen vor, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: ... Japan hätte mit Sicherheit vor dem 31. Dezember und aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem 1. November 1945 kapituliert, selbst wenn die Atombomben gegen Hiroshima und Nagasaki nicht eingesetzt worden wären, die Sowjetunion nicht in den Krieg gegen Japan eingetreten und eine Invasion des Mutterlandes außer Betracht geblieben wäre.

Die letzte Feststellung provoziert die Frage nach dem politischen Beweggrund des Atomwaffeneinsatzes gegen Japan. US-Kriegsminister Stimson erhoffte sich von der Atomwaffe die Möglichkeit, "die Welt so zu ordnen, daß der Frieden und unsere Zivilisation gerettet werden können".

Anstelle einer "Pax Americana" (amerikanischer Friede) auf der Basis des amerikanischen Atomwaffenmonopols kam es jedoch zu einem neuen, gigantischen Rüstungswettlauf, der schließlich zu einer nuklearen Pattsituation der beiden Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges führte, in der sich die Kontrahenten fortan gegenseitig mit dem eigenen Selbstmord drohen. ...<

<u>US-Präsident Truman informierte die Weltöffentlichkeit am 7. August 1945 über den Atombombenangriff gegen Hiroshima (x149/109):</u> >> Vor 16 Stunden warf ein amerikanisches Flugzeug eine Bombe auf Hiroshima, ein wichtiges japanisches Militärzentrum, ab. Diese Bombe hatte stärkere Kraft als 20.000 Tonnen TNT. Sie hatte die mehr als 2.000fache Sprengkraft des britischen "Grand Slam", der die größte bisher in der Kriegsgeschichte verwendete Bombe ist.

Die Japaner begannen den Krieg in Pearl Habor aus der Luft. Es ist ihnen vielfach heimgezahlt. Und noch hat es kein Ende. Mit dieser Bombe haben wir jetzt eine neue und revolutionäre Steigerung der Zerstörung erreicht, um die wachsende Macht unserer Streitkräfte zu ergänzen. ... Es ist eine Atombombe. Es ist eine Nutzung der Urkraft des Weltalls. Die Gewalt, aus der die Sonne ihre Kraft schöpft, ist gegen jene losgelassen, die den Fernen Osten in den Krieg gestürzt haben.<<

<u>US-Präsident Truman schrieb später über den "militärischen Einsatz" der Atombombe gegen</u> <u>Japan (x243/90):</u> >>... Mir war natürlich klar, daß die Explosion einer Atombombe unvorstellbare Schäden und Menschenverluste zur Folge haben würde. ...

Die endgültige Entscheidung, wo und wann die Atombombe eingesetzt werden sollte, lag bei mir. Eines möchte ich klarstellen. Ich betrachtete die Bombe als militärische Waffe und hatte nie den geringsten Zweifel, daß sie eingesetzt werden sollte. ...<

Ein japanischer Arzt berichtete damals über die furchtbaren Folgen des US-Atombombenangriffes (x073/209): >>... Die von uns aufgenommenen Verwundeten sahen grauenhaft aus. Ihre versengten Haare waren gekräuselt, die Kleidungstücke in Fetzen gerissen, die Haut der unbedeckten Körperteile fast ganz verbrannt, die Wunden entsetzlich verschmutzt. Die meisten Verwundeten waren durch zahllose Glassplitter, Holzstückchen oder Eisenteilchen ... derart entstellt, daß sie nicht leicht als Menschen zu erkennen waren. ...

Später stellten wir fest, daß manchen Patienten so viele Glasstückchen in die Lunge gepreßt worden waren, daß wir bei stethoskopischen Untersuchungen jedesmal ein Knirschen vernahmen, wenn sie atmeten. ...

Ein 19jähriger Arbeiter war 1 km vom Explosionszentrum entfernt gewesen und wurde an beiden Händen verbrannt. Seine Brandwunden besserten sich zusehends. Nach 15 Tagen verließ er das Lazarett. Aber einen halben Monat später begann er zu fiebern. Er klagte über schlechten Appetit, allgemeines Müdigkeitsgefühl und Haarausfall. Unter der Haut tauchten blaue Flecken auf, unstillbare Darmblutungen kamen hinzu, und nach kurzer Zeit starb der Patient.<<

Andere japanische Augenzeuge berichteten später über die Atombombenexplosion in Hiroshima (x149/109, x165/503-504): >>... Menschen springen in dem abgebrannten, zerstörten

Hiroshima aus düster ziehenden Flammen empor und kriechen heraus: einer nach dem anderen, Menschen, die nicht mehr sie selbst sind, gelangen auf eine Wiese und verstecken ihren verbrannten kahlen Kopf ...

Warum muß man so etwas erleben? Warum? Wozu? Wofür?

Und sie wissen nicht, wie sie aussehen, denn sie sind in etwas verwandelt, das weit vom Menschen entfernt scheint.

Sie denken, wie sie heute morgen noch waren, Vater, Mutter, Bruder, Schwester, aber wer würde sie jetzt noch erkennen! ...<<

>>... Ich würde sagen vom 7. August an waren die Wunden von Tausenden von Verletzten, die ich sah, von Tausenden von Maden befallen. Die Maden krochen über die Wunden, was für die Überlebenden sehr qualvoll war. Sie haben geschrien und uns angefleht: "Bitte, macht uns doch die Maden weg." Aber ihre Körper waren von Kopf bis Fuß mit Maden bedeckt, und mir, einem einzelnen Soldaten, war es unmöglich, so vielen Menschen zu helfen.

Wir haben einen Militärarzt in der Nähe um Rat gefragt. Alle Medikamente waren aufgebraucht, es war nichts mehr übrig. Was sollten wir tun?

Der Arzt sagte: "Es ist unmöglich. Wir können gar nichts tun." Er sagte: "Sterilisiert die Wunden mit Salzwasser." Also haben wir einen großen Topf Wasser abgekocht und einen ganzen Krug Salz hineingeschüttet. Da die Körper über und über infiziert waren, haben wir es mit einem Besen gemacht. Wir hätten unmöglich jeden Körperteil mit der Hand sterilisieren können. Wir nahmen einen Besen, tauchten ihn in das Salzwasser und bestrichen die Körper damit.

Die Kinder, die auf dem Boden lagen, die sich nicht rühren konnten, sprangen auf. In ihrem Dialekt sagten sie: ... "Es tut weh." ... Da ich aus Nagoya kam, verstand ich den Dialekt nicht. Ich dachte, sie sagten, sie müßten weglaufen. Also habe ich versucht, sie festzuhalten, sie zu beruhigen. Bald darauf sind sie gestorben.

Natürlich hatten diese Kinder keine Angehörigen mehr, die ihre Leichen abgeholt hätten. Mit Holz aus den Ruinen in der Nähe haben wir einen Scheiterhaufen aufgeschichtet und die Leichen verbrannt. ...<

<u>Die "Berliner Zeitung" berichtete am 8. August 1945 über den US-Atombombenangriff gegen Hiroshima (x116/70):</u> >>... Dieselben Kräfte, aus denen die Sonne ihre Kräfte zieht, werden jetzt gegen diejenigen losgelassen, die den Krieg im Fernen Osten entfesselt haben. ...

(Präsident Truman droht:) "Wenn sie jetzt nicht unsere Bedingungen annehmen, dürfen sie einen Schauer der Vernichtung aus der Luft erwarten, wie es das bisher auf Erden nicht gegeben hat." ...<<

In der US-Zone berichtete die "Allgemeine Zeitung" am 8. August 1945 über den Abwurf der nordamerikanischen Atombombe (x116/70): >> Atombombe gegen Japan

... Die neue Atombombe hat eine Sprengwirkung, die der Bombenlast von 2.000 "Superfestungen" entspricht. ... Die Stadt Hiroshima war 24 Stunden nach dem Angriff noch in undurchdringliche Rauchwolken gehüllt, die eine genaue Feststellung des angerichteten Schadens unmöglich machten. ...

Die Atombombe wurde von amerikanischen und britischen Wissenschaftlern in gemeinsamer Arbeit entwickelt. ...

In der Erklärung Churchills über die Atombombe wird ihre Schaffung als einer der größten Triumphe bezeichnet, den nordamerikanischen Forschungsgeist, ja menschliches Genie überhaupt seit Menschengedenken errungen hat, ein Triumph, für den Präsidenten Roosevelt und seine Berater immerwährende Anerkennung gebührt.

Churchills Erklärung schließt mit den Worten: "Wir müssen den Himmel anflehen, daß diese furchtbaren Gewalten der Förderung des Friedens unter den Völkern dienbar gemacht werden können ..." ...<<

Stalin erklärte Japan am 8. August 1945 den Krieg (ab 9.08.1945). Die Sowjetunion setzte im Fernen Osten anschließend rund 1,6 Millionen Soldaten ein. Für einige unbedeutende Kriegshandlungen wurde die UdSSR reich belohnt. Die Rote Armee erbeutete in den folgenden Tagen riesige Waffenbestände und sonstiges Kriegsmaterial. Die UdSSR besetzte außerdem den südlichen Teil von Sachalin (28.08.1945) und die Kurilen (1.09.1945). Im sowjetischjapanischen Krieg fielen rund 84.000 Japaner. Über 600.000 Japaner gerieten in sowjetische Gefangenschaft (x040/293-295).

<u>Die "Berliner Zeitung" berichtete am 9. August 1945 über den Einsatz der Atombombe gegen</u> <u>Japan (x116/70):</u> >>... Geben wir uns keinen Illusionen hin! Die Atombombe ist von 1940 bis 1942 nicht in erster Linie gegen die Japaner entwickelt worden. ...

In erster Linie war diese neue Waffe von umwälzender Bedeutung gegen den Hauptaggressor und größten Feind der Menschheit, gegen Hitlerdeutschland gerichtet. Und es ist keine Übertreibung heute festzustellen, daß uns die völlige Zerschlagung von Hitlers Armeen im Mai dieses Jahres vor einer Katastrophe bewahrt hat, die unvermeidlich einige Monate später eingetreten wäre und die Deutschland in ein einziges Massengrab verwandelt haben würde.<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 9. August 1945 über den nordamerikanischen Atombombenangriff gegen Hiroshima (x044/220): >>Soeben eingelieferte Fliegerfotografien von Hiroshima lassen erkennen, daß die Atombombe eine geradezu unerhörte Hitze entwikkelt haben muß. Sie entfachte Brände, die sich weder von Wasserläufen noch Brandmauern aufhalten ließen. Nur wenige Mauern starker Eisenbetonbauten haben der Explosion Widerstand geleistet. Im übrigen ist Hiroshima vollkommen vernichtet, und die 7 Brücken der Stadt haben schwere Beschädigungen davongetragen. Bemerkenswert ist, daß kein Explosionskrater festgestellt werden kann.

Zum ersten Mal gibt Radio Tokio jetzt einen Bericht über die Wirkung der auf Hiroshima geworfenen Atombombe. Wie erklärt wird, hat die Bombe praktisch jedes Lebewesen in Hiroshima, Menschen wie Tiere, durch ihre furchtbare Hitzeentwicklung vernichtet. Der größte Teil der Stadt sei nicht mehr vorhanden, und die Zerstörung wird als unbeschreiblich bezeichnet. Alle Toten seien bis zur Unkenntlichkeit verbrannt worden. ...

Es sei daran erinnert, daß die Sowjet-Presse hin und wieder von Experimenten russischer Forscher schrieb, die am Problem der Atomspaltung arbeiten. So schrieb zum Beispiel der bekannte Physiker Joffe in den "Moskauer News" am 16. Juni, es seien ihm schon im Jahre 1939 große Kredite für Forschungen über den Atomkern gewährt worden.<<

In Nagasaki forderte die 2. Atombombenexplosion (Abwurf durch US-Major Sweeney) am 9. August 1945 über 40.000 Todesopfer und 60.000 Verletzte, die größtenteils tödlich verstrahlt wurden (x040/293).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Abwurf der Atombombe auf Nagasaki (x068/261-263): >>Den Angriff auf Nagasaki hat William L. Laurence, Korrespondent der "New York Times" und "hochqualifizierter Spezialist für Berichte über wissenschaftliche Forschungen" als Augenzeuge mit viel Emphase festgehalten. Er flog mit einer der drei "besonders zu diesem Zweck ausgewählten Superfestungen vom Typ B-29". Nur die "Führermaschine" mit dem herrlichen Namen "The Great Artiste" hatte die Atombombe an Bord. (Die US-Amerikaner haben viel Sinn für solche Namensgebungen, viel sprachliches Fingerspitzengefühl, sozusagen).

Die Atombombe, "dieser Meteor von Menschenhand", war bis zuletzt "sorgsam vorbereitet" worden und nur eine "kleine ausgesuchte Gruppe von Wissenschaftlern und Offizieren" bei "dem Ritual der Verladung" zugegen. Der Korrespondent der "New York Times" bemerkte "fast etwas Feierliches um diesen kleinen 'Gegenstand', Millionen konzentriertester geistiger Arbeit sind auf seine Planung und Verwirklichung verwandt worden, zweifellos eine der größten intellektuellen Anstrengungen der Geschichte".

Und sollte all dies umsonst gewesen sein?! Zumal drei Tage zuvor die Bombe auf Hiroshima schon wirklich gute Arbeit geleistet hatte, "eine so vernichtende Wirkung". Und die zweite war noch "ein neuer, etwas verbesserter Typ".

... "Das Schicksal hatte Nagasaki zum endgültigen Ziel bestimmt. Es hatte Nagasaki zum Untergang verurteilt". Etwas Flakfeuer der Japse, dem man "elegant" ausweicht. "Gespannt" beobachtet Mr. Laurence die Manöver der "Führermaschine" eine halbe Meile voraus. "Da fällt sie! rief irgend jemand, ich weiß nicht mehr, wer. Aus dem Rumpf der "Great Artiste" löste sich ein schwarzer Gegenstand und purzelte nach unten".

Und jetzt wird es schön, nur noch schön. Und ganz lebendig. Fasziniert sieht Mr. Laurence "den Meteor, der aus der Erde zu steigen schien, anstatt vom Himmel zu fallen, und ein eigenes unheimliches Leben annahm, je höher er durch die weißen Wolkenberge emporkletterte. ... Es war ein Lebewesen, ein neues Geschöpf ..." ... Man sah noch aus einer Entfernung von 200 Meilen "wie ein ungeheures, prähistorisches Geschöpf mit einer riesigen weißen Halskrause, die sich endlos ausbreitete, so weit das Auge reichte ..."

Pulitzer-Preis, wahrhaftig. Gratulation Mr. Laurence, Gratulation!

Die Größe ihrer moralischen Niederlage durch die Benutzung der Atombombe als Angriffswaffe, meinte man Jahrzehnte später über die Anglo-Amerikaner, sei "noch nicht zu ermessen". Noch nicht? Wann denn? Wenn die USA einmal so am Boden liegen wie einst die Japaner?

"Jedenfalls", schreibt Ladislaus Singer, immerhin "nahm ihnen dieser abscheuliche Akt jede Berechtigung, in Nürnberg oder Tokio als Ankläger gegen andere Kriegsverbrecher aufzutreten, waren die deutschen Judenvergaser und Massenmörder und kriegslüsternen Japaner doch nur ihre Kollegen. Daß die Mörder von Katyn und Vernichter von Dresden als Richter dabeisaßen, ergänzte nur stilvoll das makabre Bild".

Präsident Harry Truman büßte, wie er selbst bekannte, beim Gedanken an die Toten durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki keine Nachtruhe ein. Der Präsident schlief gut. Präsidenten haben dicke Häute, sonst werden sie nicht Präsidenten. Die japanischen Toten, sagte der ehrenwerte Präsident, seien nur "savages" gewesen, "Wilde" und mit denen haben Amerikaner immer kurzen Prozeß gemacht. ...<

Der schweizerische Journalist Gerd Josef Weisensee berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 2001 über das Drama von Nagasaki am 9. August 1945 (x853/...): >>... Obwohl Japan bereits über die Kapitulation verhandeln wollte, kam es noch zu den Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki. Aus den USA war bislang nur zu hören, daß die Atom-Abwürfe am 6. August über Hiroshima und am 9. August 1945 über Nagasaki militärisch absolut sinnvoll gewesen seien. Inzwischen beginnen aber selbst amerikanische Journalisten und Historiker, dies anzuzweifeln.

Die offizielle Haltung geht dahin, daß die Alternative zu den zwei Atombomben die Besetzung Japans auf konventionelle Weise gewesen wäre. Dies hätte den Tod von 250.000 amerikanischen Soldaten und von mehr als einer Million Japanern bedeutet. Die USA habe damals nur drei Atombomben gehabt; eine wurde zu Testzwecken verwendet und nur zwei konnten militärisch verwendet werden. Eine vierte stand kurz vor der Fertigstellung.

... Ende Juli 1945 hatten Militärs und Leiter des "Manhattan Project" 4 Atombomben-Ziele benannt. Eines war Hiroshima, ein Industrie-Zentrum für Japans Armee und Marine. Das zweite war Kokura, Sitz der größten Munitionsfabriken des Landes. Das dritte war Niigata, ein großer Hafen mit Öl-Raffinerie, Tanker-Terminal und Stahlwerken. Das vierte Ziel war die alte Kaiserstadt Kyoto, damals ein großes Industrie-Zentrum mit Fabriken für Artillerie, Maschinen und Flugzeuge.

Nun aber geschah das Erstaunliche: Kriegsminister Henry Stimson, der bekanntlich den Weg zum Angriff auf Pearl Harbor vorbereitete, indem er vor dem Krieg zusammen mit Cordell Hull, dem Außenminister, ein internationales Embargo gegen Japans Öl-Versorgung durchgesetzt hatte, strich Kyoto von der Ziel-Liste und ersetzte es durch Nagasaki.

Am Tage des Bomben-Abwurfs behauptete die "New York Times", Nagasaki sei von der Industrie her gesehen wichtiger als Hiroshima. Tatsächlich aber hatte die mittelgroße Stadt Nagasaki nur einen guten Tiefsee-Hafen, während die industrielle Stellung unbedeutend war. In der Nähe von Nagasaki lag eine große Mitsubishi-Werft, die von der Atombombe aber nicht erreicht werden konnte. ...

Die Plutonium-Bombe mit dem Namen "Fat Man" (fetter Kerl) fiel aus dem Schacht des B-29-Bombers um 12.02 Uhr, während unten in der Hitze des Augusts Ordensschwestern und alte Leute kniend beteten. Die B-29 trug den sinnigen Namen "Bock's Car" - deutsch: "Wagen des Teufels". ...

Die von Menschenhand geschaffene Sonne zündete etwa 500 Meter über dem Boden. Die Explosion löste eine Schockwelle aus, die mit einer Geschwindigkeit von 2.000 km/Stunde die dicht bewohnten Hütten wie mit einer Riesenfaust geradezu pulverisierte. Der Lichtblitz der Bombe brannte das Fleisch von den Knochen, ließ beides verdampfen, bevor auch nur ein Schrei die wegschmelzenden menschlichen Lippen erreichen konnte. Wenige hundert Meter vom Explosionszentrum entfernt stand die Urakami-Kathedrale. ...

In Sekunden-Bruchteilen wurde Staub aus der Kathedrale und all ihren Heiligen-Figuren. Alle Beter darin verbrannten. Grosse Statuen von Jesus und Maria verfärbten sich schwarz.

Die Bombe - weit größer als die von Hiroshima - hatte eine Explosionskraft von 21.000 Tonnen TNT; sie zerstörte alles in einem Umkreis von 2 km. Tausende von Holzhäusern verschwanden zusammen mit ihren Bewohnern in der Glut des Atompilzes. In diesem Moment starben 73.884 Menschen, darunter etwa jeder 10. ein Katholik. Weitere 75.000 waren erblindet, erlitten komplette Hautverbrennungen oder wurden von den orkanartigen Winden oder dem kilometerweiten Feuersturm oder zusammenstürzenden Gebäuden verbrannt oder erschlagen.

Tausende starben in den folgenden Tagen oder Monaten aufgrund der erlittenen Strahlung. Wie ein Berichterstatter über die Zerstörung der Kathedrale schrieb, tötete mit dieser Atombombe die Truman-Regierung ironischerweise mehr Christen als in Japan in den Verfolgungen umkamen.

Es stellt sich daher die Frage, wie es amerikanische Journalisten heute tun, warum haben gewisse Politiker in der New Deal-Regierung von Roosevelt und Truman das Ziel für die zweite Atombombe geändert? Warum zerstörten sie das militärisch so unbedeutende Nagasaki? Warum verwandelten sie Christen in atomare Asche? Den Entscheid traf Kriegsminister Henry Stimson und er war führendes Mitglied in der Totenkopf-Loge (Skull and Crossed Bones).

. . .

William L. Laurence gehörte zur Mannschaft, welche die Atombombe nach Japan flog und sie über Nagasaki zur Zündung brachte. Er berichtete:

Wir flogen in südlicher Richtung die Meeresstrasse entlang und erreichten die Küste um 11.33 Uhr. Von hier nahmen wir direkt Kurs auf Nagasaki. Über dem Zielgebiet kreisten wir eine Weile, bis wir eine Lücke in der Wolkendecke fanden. Es war 12.01 Uhr. Wir hatten das Ziel unseres Unternehmens erreicht.

Ein ungeheurer Blitz zuckte auf und tauchte die Kabine in grelles weißes Licht. ... Eine gewaltige Druckwelle packte unseren großen Vogel und ließ ihn vom Bug bis zum Schwanz erzittern. Die Beobachter sahen einen riesigen Feuerball, der aus der Erde zu wachsen schien und gewaltige weiße Rauchringe ausstieß.

Dann sahen wir eine riesenhafte purpurrote Feuersäule, die mit rasender Geschwindigkeit emporstieg. Nur 25 Minuten waren vergangen. Es war wie ein Lebewesen, ein neues Geschöpf, das vor unseren erschrockenen Augen geboren wurde. Sein Fuß war dunkelbraun, die Mitte

bernsteinfarbig und der Kopf weiß. Aber es war ein lebendiger Totempfahl mit vielen eingeschnitzten Dämonenmasken, die Grimassen zur Erde schnitten.

Der Pilz war noch lebendiger als die Säule, er kochte und siedete und zischte in einem Strahl von sahnigem Schaum empor, breitete seinen Schirm aus und senkte sich langsam zur Erde. Es war wie der Ausbruch vieler tausend uralter Geister, die sich in einem einzigen Strahl vereinigt hatten. Das Geschöpf schien sekundenlang in elementarer Wut zu kämpfen, als wolle es sich von seinen Fesseln befreien. Dann brach es aus, und mit urgewaltiger Kraft reckte es sich mit rasender Geschwindigkeit zu einer Höhe von über 60.000 Fuß auf. ...<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Trumans Entschluß, die Atombombe gegen Japan einzusetzen (x068/258-260): >>"Die letzte Entscheidung", renommiert er (Truman), "wo und wann die Atombombe einzusetzen war, lag bei mir"; und er ließ keinen Zweifel daran, daß sie "eingesetzt werden müsse". Daß seine "höchsten militärischen Berater" ihm den Einsatz empfohlen haben, war zumindest teilweise gelogen. Denn gerade Trumans Stabschef, Admiral Leahy, hielt die neue Waffe für gar keine Bombe, nicht einmal für Sprengstoff, sondern für "ein giftiges Ding" und wollte nicht glauben, daß man Kriege dadurch gewinne, "daß man Frauen und Kinder tötet."

"Da wir die Ersten waren, die diese Waffe gebrauchten, glaube ich, daß wir eine ethische Norm adoptiert hatten, die uns wieder zu Barbaren des dunkelsten Mittelalters stempelt", die wieder "in die Zeiten Dschingis Khans zurückversetzen" wird.

Ach, die gute alte Zeit!

Dagegen war Churchill, der Edelmann, so begeistert über die Bombe wie der vormalige Kleinwarenhändler. Ein "Albdruck" war jetzt von ihm gewichen, eröffnete sich ihm doch "die helle und tröstliche (!) Aussicht, ein oder zwei zerschmetternde Schläge könnten den Krieg beenden ... Und noch etwas - wir brauchten die Russen nicht mehr ... Jetzt mußten wir von ihnen keine Gefälligkeit mehr erbitten, ... daß meine amerikanischen Freunde ähnlich dachten, unterliegt für mich keinem Zweifel. Ob die Atombombe anzuwenden sei oder nicht, darüber wurde überhaupt nicht gesprochen."

Das war für die Edelmänner selbstverständlich. Dem Briten schien es "ein wahres Wunder der Erlösung, falls es uns wirklich gelang, mittels einiger weniger Explosionen" - oh, der Menschenfreund! Der Ausradierer Dresdens und ungezählter anderer deutscher Städte! - "den Krieg zu beenden."

Doch der Abwurf der Atombombe (sprich: "Wunder der Erlösung") war militärisch gar nicht nötig. Und Churchill, der Heuchler, wußte das genau. Berichtet er ja an anderer Stelle seiner Erinnerungen, daß inzwischen "der mörderische Angriff gegen Japan aus der Luft und zur See pausenlos" weitergegangen sei. "Ende Juni hatte die japanische Kriegsflotte praktisch zu bestehen aufgehört. Auf den japanischen Inseln selber herrschte solches Chaos, daß das Leben beinah stillstand."

Warum also mußte man dann noch, mit priesterlichem Segen natürlich, Hunderttausende von Menschen in Hiroshima und Nagasaki töten? Zumal Churchill gut genug wußte, daß in Japan wieder Prinz Konoye regierte, der den Frieden wünschte. Und natürlich wußte auch Truman, wie er selbst zugibt, "daß Fürst Konoye im Auftrag des Kaisers von Japan zur Vermeidung weiteren Blutvergießens die Vermittlung Rußlands zur Beendigung des Krieges anrufen wollte."

So verlor Truman keine Zeit mehr. Bereits zehn Tage nach Zündung der "Bombe" am 26. Juli forderte er von Japan ultimativ die bedingungslose Kapitulation. Denn der vorbildliche Familienvater, tiefgläubige Christ, der Mann, der beklagte, daß es "nicht genug Christen" gebe, daß ein "erheblicher Mangel" bestehe "an christlicher Barmherzigkeit", war unbedingt darauf aus, die Atombombe zu werfen. Doch geschah dies nicht, wie immer wieder behauptet wird, zur Beendigung des Krieges. Es geschah viel weniger aus militärischen als aus politischen Grün-

den.

Es sollte das Eingreifen der Russen in Ostasien verhindern, das in Jalta abgesprochen, jetzt aber nicht mehr erwünscht war. Es sollte den Russen, zwei Tage vor ihrem Einmarsch in die Mandschurei, demonstrieren, daß die Zusammenarbeit und Freundschaft mit ihnen zu Ende sei und die amerikanische Vorherrschaft auch im gesamten pazifischen Gebiet beginne, in der gesamten Welt.

Die Aktion stand somit im Dienst der bereits anti-russischen US-Politik. Sie signalisierte den Sowjets die militärische Überlegenheit des bisherigen Bundesgenossen und kommenden Gegners. Die Russen sollten dadurch überrascht werden, aber auch die Japaner. Denn nirgends wurde in dem - mit russischem Einverständnis - gestellten Ultimatum mit der Atombombe gedroht. Nur ganz allgemein abgefaßt, sollte es sowohl das Überraschungsmoment gegenüber den Russen sichern als auch eine japanische Zustimmung verhindern. Die Bombe sollte nach Trumans Willen fallen.

Und so fiel sie: die erste Bombe am 6. August auf Hiroshima, die zweite am 9. August auf Nagasaki. Mehr hatte Mr. Truman nicht - sonst hätte er vielleicht noch mehr fallen lassen. Denn man muß zeigen, was man hat, muß zeigen, wer der starke Mann, der stärkste ist, wer Hunderttausende von Frauen und Kindern auf die qualvollste Weise krepieren lassen kann.

Und hätte Hitler nicht auch die Bombe geworfen, irgendwohin auf England? Und Roosevelt, ließ er sie zu einem anderen Zweck bauen? Und Churchill, der tausendmal Einverstandene? Wirklich, hätte er nicht, hälftig mit Truman geteilt, den Friedensnobelpreis verdient?

Denn haben sie Japan damit nicht in die Knie gezwungen? Haben sie Japan nicht blitzschnell befriedet - nur zu seinem Vorteil, wie man heute sieht, und natürlich auch zu ihrem? Hitler, den Besiegten, darf man Bluthund schimpfen. Und Stalin, den Bolschewisten.

Doch auch die Sieger, dies steht fest, werden einmal die Besiegten sein - und vielleicht schon früher, als sie heute glauben.<<

Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith (1908-2006) schrieb später über den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (x165/172-173): >>... Die Bombe hat den Krieg mit Japan nicht beendet. Das wurde von unseren Gutachtern sorgfältig untersucht. Der verantwortliche Leiter in Japan war Paul Nitze, dem man gewiß keine Voreingenommenheit unterstellen konnte. ...

Die Schlußfolgerung der Monographie "Japans Struggle to End the War" lautet, daß der Krieg durch die Bomben höchstens zwei, drei Wochen früher zu Ende ging. Die Entscheidung aus dem Krieg auszusteigen, war längst gefallen.

Die japanische Bürokratie war außerordentlich schwerfällig, es dauerte einige Zeit, bis die Entscheidung in die Tat umgesetzt wurde. ... Die Entscheidung war in Washington nicht bekannt. Die Bombe hat wie gesagt, den Krieg nicht beendet, aber als der Befehl zum Abwurf aus Washington kam, wußte man dort nicht, daß der Krieg bereits dem Ende zuging. ...<

Die japanische Regierung bot am 10. August 1945 die bedingungslose Kapitulation an.

Kaiser Hirohito verkündete am 14. August 1945 in einer Rundfunkansprache die Kapitulation Japans (x044/220): >>... Obwohl alle ihr Bestes getan haben, trotz der Tapferkeit der Land-, See- und Luftstreitkräfte, trotz der weisen und umsichtigen Arbeit der Regierung und trotz der Hingebung Unseres Hundertmillionenvolkes hat sich der Krieg nicht zum Vorteil Japans entwickelt, vielmehr hat sich die allgemeine Entwicklung gegen die Interessen Japans gerichtet. Darüber hinaus hat der Feind begonnen, eine neue und höchst grausame Bombe zu verwenden, deren Wirkung ganz unabsehbar ist und die das Leben vieler Unschuldiger aufs Spiel setzt.

Wir kennen das Gefühl Unserer Untertanen. Die Erfordernisse der Zeit und des Schicksals haben Uns veranlaßt, den Weg zum Frieden für alle Generationen der Zukunft zu beschreiten, unter Erduldung alles dessen, was erduldet werden kann. Unsere ganze Anstrengung muß dem

Aufbau der Zukunft gewidmet sein. ...<<

Die japanische Kapitulation wurde am 15. August 1945 angenommen. Der Zweite Weltkrieg war damit militärisch beendet (Siegestag der Alliierten VJ-Day = Sieg über Japan).

Am 2. September 1945, um 10.30 Uhr, unterzeichneten Außenminister Mamoru Shigemitsu und Generalstabschef Yoshijiro Umezu auf dem US-Schlachtschiff Missouri die bedingungslose Kapitulationserklärung Japans.

US-Besatzungspolitik in Westdeutschland

General Eisenhower richtete am 7. August 1945 eine persönliche Botschaft an das deutsche Volk (x114/2.98,105): >> Drei Monate sind seit der Niederlage Deutschlands verstrichen. Wir haben Recht und Ordnung wiederhergestellt und zahlreiche Maßnahmen getroffen, die eine Grundlage bieten, auf der ihr jetzt eure äußersten Kräfte zur Milderung der herrschenden Schwierigkeiten anspannen könnt. ...

Die Militärregierung hat auf vielen Gebieten deutsche Zivilbehörden eingesetzt, damit ihr euch jetzt helfen könnt. Bis die Zeit reif ist, eure eigene Regierung auszuwählen, falls ihr das eure tut, können wir euch anderweitig helfen. ...

Verschafft Deutschland wieder Achtung in der Welt. Trotz aller Not braucht Ihr nicht ohne Hoffnung der Zukunft entgegenzusehen. ...<<

>>... Wir werden euch helfen, euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ... Es wird euch gestattet werden, örtliche Gewerkschaften zu bilden und euch örtlich politisch zu betätigen. Versammlungen zu diesem Zweck dürfen mit Genehmigung der örtlichen Militärregierung abgehalten werden.<<

Die 4 Siegermächte beschlossen am 8. August 1945 in London ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" (Internationaler Militärgerichtshof in Nürnberg) diente.

Zur Ahndung von NS-Straftaten wurden im "Londoner Statut" vom 8. August 1945 die völkerrechtlichen Begriffe "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert.

<u>Der Anklagepunkt 3 lautete wie folgt (x044/192):</u> >>In gewissen besetzten Gebieten, als von Deutschland annektiert ausgegebenen Gebieten zielten die Bestrebungen der Angeklagten methodisch und fortgesetzt darauf ab, diese Gebiete politisch, kulturell, sozial und wirtschaftlich dem Deutschen Reich anzugleichen. Die Angeklagten bemühten sich, den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen.

In Verfolgung dieses Planes und Bestrebens deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner, die überwiegend nicht-deutsch waren, und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete. ...<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Londoner Abkommen" (x051/361): >>Londoner Abkommen (auch Londoner Charta), Vereinbarung zwischen Großbritannien, den USA, der UdSSR und der provisorischen Regierung von Frankreich über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen "Achse" vom 8.8.45. Dem Londoner Abkommen war ein Statut für den in Ausführung des Abkommens zu bildenden Gerichtshof angeschlossen, das dessen Verfassung, Zuständigkeit und allgemeine prozessuale Grundsätze regelte (Nürnberger Prozesse).<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/597): >> Verbrechen gegen den Frieden, neben Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation Hauptanklagepunkt bei den Nürnberger Prozessen vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) und anderen Gerichten gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10 vom 20.12.45.

Nach der Anlage zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, dem Statut für das IMT, waren folgende Handlungen als Verbrechen gegen den Frieden anzusehen: "Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen".

Im Wesentlichen stimmte diese Definition mit der entsprechenden im KRG Nr. 10 überein, wobei jedoch in letzterer hervorgehoben wurde, daß die Aufzählungspunkte "nicht als erschöpfende Beispiele" anzusehen sind.

Die Verteidigung wandte gegen den Anklagepunkt ein, er schaffe rückwirkend einen Straftatbestand und verletze damit den Grundsatz "nulla poena sine lege" (keine Strafe ohne gesetzliche Strafbarkeit zur Tatzeit).

Das IMT aber hielt daran fest mit dem Verweis auf den "Fortschritt des völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts" und auf die Kriegsächtung im Kellogg-Pakt von 1928.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über "Kriegsverbrechen" nach dem IMT-Statut (x051/334): >> Kriegsverbrechen, Verletzung der Kriegsgesetze und Kriegsgebräuche; einer der vier Hauptanklagepunkte bei den Nürnberger Prozessen gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10.

Die Verhaltensmaßnahmen der Kriegführenden ergeben sich aus völkerrechtlichen Abkommen, Gewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Die diese Regeln verletzenden Handlungen sind Kriegsverbrechen.

Nach dem Statut für das IMT, dem Anhang zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, fallen hierunter, "ohne darauf beschränkt zu sein: Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung". Das KRG Nr. 10 wiederholte diese Begriffsbestimmung, erläuterte jedoch eingangs, welche Rechtsgüter durch Gewalttaten verletzt sein müssen: Leib, Leben oder Eigentum.

Obwohl die UdSSR Signatarmacht des Londoner Abkommens war und das KRG Nr. 10 als Besatzungsmacht mit erlassen hatte, erfuhr der Begriff des Kriegsverbrechens in ihren Verfahren infolge einer besonderen Völkerrechtsbewertung eine Ausweitung, die der internationalen Auffassung nicht mehr entsprach. Bestraft werden konnte jeder deutsche Soldat, der am Rußlandfeldzug teilgenommen hatte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind allein die Kriegsverbrechen der Unterlegenen geahndet worden, die Völkerrechtsverletzungen der Sieger blieben ungesühnt.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (x051/597): >> Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einer der vier Hauptanklagepunkte bei den Nürnberger Prozessen vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) und den Nachfolgeprozessen gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10 vom 20.12.45.

Als Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden Akte eingestuft, die der unterschiedlosen und systematischen Zerstörung von Leben und Freiheit dienen (so Gerichtshof II der USA im Urteil vom 10.4.48).

Nach der Anlage zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, dem Statut für das IMT, fielen hierunter: "Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht".

Im KRG Nr. 10 befindet sich in Artikel II eine entsprechende Aufzählung, wobei jedoch hervorgehoben wird, daß sie nicht als erschöpfend anzusehen ist.<<

<u>Die US-Militärregierung gab am 11. August 1945 in Mannheim bekannt (x111/62):</u> >>Alle früheren Mitglieder der NSDAP, SA, SS, HJ, BDM, NSFK, NSKK, NS-Frauenschaft, NS-Frauenwerk, Gestapo und SD – gleich welchen Alters – werden an einem Tag jeder Woche zur Arbeit in der Stadt Mannheim eingesetzt werden.

Dieses gilt für alle aktiven und passiven Mitglieder einer der vorgenannten Organisationen ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft.<<

Der US-Geheimdienst berichtete am 12. August über die politische Einstellung der deutschen Bevölkerung in der nordamerikanischen Zone (x111/63): >>... Bei mehr als 90 Prozent der Befragten zeigt sich eine politische Müdigkeit. Sie ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen überzeugt ist, Politik werde in Zukunft über die Köpfe der Deutschen hinweg gemacht werden.

Dreiundsiebzig Prozent der Befragten glauben nicht an eine deutsche Selbstbestimmung innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre.

Auf die Frage: Warum wollen Sie nichts von Politik wissen? antworteten 67 Prozent: Weil Politik zum Krieg führt.

Vielfach wird die Meinung vertreten, daß der wirtschaftliche Neubeginn ohnedies keinen Sinn habe.<<

General de Gaulle forderte am 22. August 1945 in Washington die Abtrennung des Rheinlandes und die Angliederung des Saargebietes an Frankreich sowie die internationale Verwaltung des Ruhrgebietes (x111/67).

Ein Sprecher der US-Militärregierung in Stuttgart verkündete am 25. August 1945 während einer Rundfunkansprache (x114/2.91): >>... Als die amerikanische Militärregierung ihre hiesige Aufgabe übernahm, stellten wir fest, daß in Stuttgart ein zwar kleiner aber blühender schwarzer Markt stattfindet, besonders in Nahrungsmitteln.

Sie alle wissen, daß der schwarze Markt, wenn man ihn groß werden läßt, nur eines bedeuten kann, nämlich den Zusammenbruch der Bewirtschaftungsmaßnahmen, die zum Schutze der Interessen aller getroffen wurden. Dies würde hohe Preise für alle Arten von Waren bedeuten und früher oder später würden sie für die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse so viel bezahlen müssen, daß ihre künftige Existenz in Frage gestellt wäre.

Die Militärregierung war entschlossen, jede Tätigkeit am schwarzen Markt auszuschließen, und ich kann mit Genugtuung feststellen, daß der schwarze Markt ausgemerzt ist. Wir werden in Stuttgart keinen Schwarzen Markt dulden, und sollte er wieder in Erscheinung treten, werden wir jedes Mittel anwenden, um ihn wieder auszurotten.

Lassen Sie sich sagen, was dies heißt: Mehr als 100 Personen sind bereits verhaftet und sehen ihrer Verurteilung zu Gefängnisstrafen entgegen. Es lohnt sich also nicht!

Von jetzt an wird jeder, der beim schwarzen Markt ertappt wird, sei es als Käufer oder Verkäufer schwer bestraft werden.<<

Im US-Senat berichtete man am 28. August 1945 über polnische Internierungslager (x028/-142): >>Im oberschlesischen Y. ist ein Aussiedlungslager eingerichtet worden, in dem zur Zeit 1.000 Menschen untergebracht sind. Ungefähr 400 von ihnen, Männer, Frauen und Kinder stammen aus Dörfern der Umgebung. Ungefähr 700 wurden als Zivilarbeiter nach B. gebracht und sind jetzt von der Gnade der Polen abhängig.

Viele von ihnen leiden an Hungersymptomen, es gibt Fälle von Tuberkulose und immer neue Typhusfälle. ... 2 Leute, die schwer an Syphilis erkrankt waren, sind auf sehr einfache Weise behandelt worden; man hat sie erschossen und in flachen Gräbern beerdigt. Gestern wurde

eine Frau aus K. erschossen und ein Kind verwundet.

Man hätte wohl erwarten können, daß nach Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals etwas Derartiges wieder geschehen würde, das aber scheint leider nicht so zu sein. Zuverlässige Augenzeugen sagen aus, daß in Y. ... ein polnisches Konzentrationslager besteht, in dem deutsche Gefangene eben solche Grausamkeiten erdulden.

Ein Insasse, der die polnische Miliz gestört hatte, wurde furchtbar geprügelt und mußte den Rest der Nacht in einem Keller bis zum Hals in Wasser stehen. ... Abgesehen von diesem Lager gibt es z.B. einen Gefangenenkeller der polnischen Miliz in B., wo die Gefangenen so schrecklich geschlagen werden, daß die Einwohner der Häuser in der Umgebung ausziehen wollen, weil sie die Schreie der Opfer nicht länger ertragen können. ...<

Der Alliierte Kontrollrat übernahm am 30. August 1945 die Regierungsgewalt in Deutschland. Artikel 3 der Proklamation Nr. 1 des Alliierten Kontrollrates (AKR) vom 30. August 1945 lautet (x111/69): >>Alle Militärgesetze, Proklamationen, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, Vorschriften und Anweisungen, die von den betreffenden Oberbefehlshabern oder in ihrem Namen für die Besatzungszonen herausgegeben worden sind, verbleiben auch weiterhin in diesen ihren Besatzungszonen in Kraft. ...<

Der Radiosender Stuttgart verkündete am 30. August 1945 folgende Anordnung der US-Militärregierung (x111/69): >>1. Bildung von politischen Parteien auf demokratischer Grundlage mit dem Recht, Versammlungen und öffentliche Diskussionen abzuhalten, wird unter den Voraussetzungen der Ziffern 2-4 im Stadtkreis Stuttgart zugelassen.

- 2. Gesuche um Einwilligung für die Bildung einer politischen Partei sind der Militärregierung vorzulegen. Gesuche können nur schriftlich eingereicht werden. Eine persönliche Vorsprache bei der Militärregierung ist zwecklos.
- 3. Jede Besprechung von mehr als 5 Teilnehmern und Versammlungen, die die Bildung einer politischen Partei zum Gegenstand haben, sowie jede Parteiversammlung sind zur Genehmigung rechtzeitig bei der Militärregierung anzumelden.
- 4. Mitglieder einer durch die Militärregierung zugelassenen Partei können nur solche Personen sein, die im Stadtkreis Stuttgart wohnen.
- 5. Die Bildung von freien Gewerkschaften ist ebenfalls erlaubt, soweit sie den Ziffern 2 und 3 entsprechen.<<

Eine US-Journalistin berichtete im August 1945 über die Zustände in der nordamerikanischen Zone (x114/2.91): >>Der Jeep-Fahrer zog ein Päckchen Zigaretten heraus und wollte sich gerade eine anstecken, als sich ein Haufen deutscher Frauen auf unseren Jeep stürzte. Jede streckte uns eifrig ihren Arm entgegen und in jeder knochigen Hand war ein Hundertmarkschein. Wie der Blitz hatten die Zigaretten für hundert Mark den Besitzer gewechselt.

"Du liebe Zeit, das sind 10 Dollar!" Der Hauptmann neben mir staunte.

"Chocolate, Chocolate", bettelten die Frauen und wedelten uns mit ihren Hundertmarkscheinen ins Gesicht.

"Heiliger Bimbam", sagte der Captain. "Hundertmark für eine Schokoladentafel!"

Zigaretten und candy bars (Schokoriegel) und Hundertmarkscheine wechselten so rasch von Hand zu Hand, daß die Boys nicht einmal die Zeit hatten, ihr Geld zu zählen. Sie hatten gerade ihre PX-Rationen bekommen und hatten deshalb einen Vorrat, der ihnen mehrere hundert Dollar eingebracht haben muß.

Als es sich in der Menge herumsprach, daß es Schokolade gab, drängten sich immer mehr Frauen um unseren Jeep, ein Klumpen wie ein Wespenschwarm, schwenkten ihre mageren Arme und bettelten um Zigaretten und Schokolade. ...<

<u>Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schrieb später in seinen Memoiren über die Zustände in Ostpreußen im August 1945 (x160/3): >>... Die</u>

Katastrophe, die mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hereinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen, wie aus Unterlagen ersichtlich, nach dem ersten Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch – Mann, Frau oder Kind - am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, daß sie allesamt in den Westen entkommen wären. ...

Ich selbst flog kurz nach Potsdam (Potsdamer Konferenz vom 17.7.-2.8.1945) mit einer amerikanischen Maschine in ganz geringer Höhe über die gesamte Provinz, und es bot sich mir ein Anblick eines vollständig in Trümmern liegenden Gebiets; vom einen Ende bis zum anderen kaum ein Zeichen von Leben. ...

(Die Russen hatten aus dem Land) die einheimische Bevölkerung in einer Manier hinausgefegt, die seit den Tagen der asiatischen Horden nicht mehr dagewesen ist.<<

Mit der Anweisung Nr. 2 vom 4. September 1945 unterdrückte der Alliierte Kontrollrat bis etwa 1948 kritische Veröffentlichungen und Publikationen über die Vertreibungsverbrechen gegenüber den Deutschen (x025/201): >>... (Es dürfen keine Artikel gedruckt werden), die eine Respektlosigkeit gegenüber den Besatzungsbehörden oder Mitgliedern der Vereinten Nationen darstellen.<<

Die US-Behörden schafften am 4. September 1945 die Vorzensur zugunsten der Nachzensur ab._

<u>Diese Maßnahme wurde jedoch durch besonders rigorose Lizenzierungsverfahren abgesichert (x115/271-273,275-277):</u> >>... So vergaben sie Publikationsgenehmigungen grundsätzlich nicht an einzelne Personen, sondern an mehrere Bewerber, die verschiedenen politischen Richtungen angehören mußten. ... Die Bewerber durften nicht der NSDAP angehört, keine ihrer Organisationen unterstützt oder deren Interessen vertreten haben, sie mußten Gegner des Nazismus und seiner Ideologie sein und möglichst aktiven Widerstand geleistet haben. ...

Die Amerikaner erwarteten von ihren Lizenzzeitungen vor allem das Bemühen, die Deutschen mit dem Gedanken der Demokratie und der Toleranz vertraut zu machen. ...

Auch die Briten sahen neben der Umerziehung, der Demokratisierung und der Überwindung der geistigen Isolation der Deutschen eine wichtige Aufgabe der Presse. ... Die Medien sollten vor allem als "Wächter" und "Bremser" gegenüber totalitären Tendenzen wirken. ...<

>>... Die Etablierung der Lizenzpresse in den Westzonen vollzog sich in der Zeit vom Juni 1945 bis zur Selbstauflösung der Militärregierungen Ende September 1949. In diesem Zeitraum entstanden 169 Blätter, davon 20 in West-Berlin, 71 in der britischen Zone, 58 in der amerikanischen und 20 in der französischen Zone. In der sowjetischen Zone waren bis Herbst 1948 29 Zeitungen erschienen. ...

Als Beschaffer der in Zeitungen publizierten Informationen bildeten die Nachrichtenagenturen nicht nur eine unverzichtbare Grundlage des neuen Pressewesens, sondern übten durch eine Vorauswahl der zu übermittelnden Nachrichten auch wichtige Kontroll- und Zensurfunktionen im Sinne der Militärregierungen aus. Auslandskorrespondenten besaß ohnehin keine deutsche Zeitung in jenen Jahren, so daß die Presse völlig auf die von den Alliierten neu gegründeten und kontrollierten Agenturen angewiesen war. ...<

<u>In einer US-Geheimstudie vom 4. September 1945 hieß es zur Entnazifizierung (x114/2.136):</u> >>Die Anwendung der Direktiven ... hat häufig nur die alte, diskreditierte Elite aus der Zeit vor Hitler an die Macht gebracht. ...<<

Henry W. Dunning (Mitarbeiter des nordamerikanischen Roten Kreuzes) schrieb am 5. September 1945 an das US-Hauptquartier in Washington (x131/114): >>... Die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ist jetzt verzweifelt und wird in Kürze zu einem offenen Skandal werden.

In der vergangenen Woche haben mehrere Franzosen, bei denen es sich um ehemalige Gefangene der Deutschen handelt, mich aufgesucht und mich aufgefordert, gegen die Behandlung

zu protestieren, die deutschen Kriegsgefangenen von der französischen Regierung zuteil wird.

...

Mrs. Dunning, soeben aus Bourges zurückgekehrt, berichtet, daß dort in jeder Woche Dutzende von deutschen Gefangenen sterben. Ich habe mit Pradervand (Chef der IKRK-Delegation in Frankreich) gesprochen. Er sagte zu mir, die Situation der deutschen Gefangenen in Frankreich sei in vielen Fällen schlimmer als in den ehemaligen deutschen Konzentrationslagern.

Er hat mir Photographien von menschlichen Skeletten gezeigt und Briefe von französischen Lagerkommandanten, die um ihre Ablösung gebeten haben, weil sie keine Hilfe von der französischen Regierung erhalten und es nicht mehr ertragen können, zuzusehen, wie die Gefangenen aus Mangel an Nahrung sterben.

Pradervand hat an alle Mitglieder der französischen Regierung appelliert, ohne jedoch irgend etwas zu erreichen.<<

Ministerpräsident de Gaulle forderte am 9. September 1945 während einer Pressekonferenz die Abtrennung des Rheinlands (x156/32-33): >> Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert. Der Strom der deutschen Vitalität richtet sich damit nach Westen. Eines Tages könnte sich auch die deutsche Aggressivität gegen Westen wenden. Deshalb muß im Westen eine Regelung gefunden werden, die ein Gegengewicht zu jener im Osten darstellt.

Die Schlüsselzonen sind das Rheinland und das Ruhrgebiet. Für jede sollte eine Sonderregelung ausgearbeitet werden. Das Rheinufer, d.h. das linke Rheinufer, stellt ein Grenzland dar, das Köln einschließt und sich bis zur Schweizer Grenze ausdehnt.

Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlands unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle. Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt. Die Aufgabe des Rheinlands durch Frankreich war das Vorspiel zu diesem Kriege. ...<

Radio München begann am 10. September 1945 einen Englischkurs ("Englisch macht Spaß"). In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 17. September bis zum 14. Oktober 1945 täglich nur 1.542 bzw. 846 Kalorien zugeteilt (x117/31).

General Eisenhower proklamierte am 19. September 1945 in der US-Zone die Gründung der Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern (x114/2.101): >>An das Deutsche Volk in der Amerikanischen Zone!

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation.

Artikel I

Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden: Jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet: Groß-Hessen umfaßt Kurhessen und Nassau ... und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines belegenen Teil von Rheinhessen.

Württemberg-Baden umfaßt die Kreise Aalen, Backnang ... und Pforzheim Stadt und Land. Bayern umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau. ...<< NSDAP, alle militärischen und halbmilitärischen Verbände aufgelöst (x116/15-16): >> Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (NSDAP) ist völlig und endgültig aufgelöst und wird außerhalb des Gesetzes erklärt. ...

Die deutschen Behörden dürfen nicht zulassen, daß irgendwelche Geheimorganisationen bestehen.

Die deutschen Behörden müssen alle Anweisungen befolgen, die von Vertretern der Alliierten

herausgegeben werden für die Abschaffung der Nazigesetzgebung und für die Umgestaltung der deutschen Gesetze und des deutschen Gesetz-, Rechts-, Verwaltungs-, Polizei- und Erziehungswesens, einschließlich der Ersetzung des betreffenden Personals.<<

Die AKR-Proklamation Nr. 2 löste ferner alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).

Der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle forderte am 23. September 1945 in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes durch ein gemeinschaftliches Kontrollregime. Ferner sprach er sich für eine dauernde militärische Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen aus (x156/33).<<

Die nordamerikanischen Besatzer meldeten am 27. September 1945, daß man in der US-Zone bisher rund 70.000 Nazis verhaftet hätte (x111/83).

<u>US-General Harmon informierte General Patton über die Zustände in der CSR (x028/136):</u> >>... Die Deutschen in der Tschechoslowakei werden wie ein unterjochtes Volk behandelt. ...

Als das XXII. Corps in die Tschechoslowakei kam, stellten wir fest, daß gemäß Regierungserlaß die Deutschen solche Rationen bekommen sollten, wie diese den Juden gegeben hatten. Diese Rationen betrugen 850 Kalorien und wurden von unserem Hauptquartier als Hungerrationen abgelehnt.

Im allgemeinen sind die amerikanischen Offiziere und Soldaten unglücklich über die Behandlung der Deutschen, und es geschehen laufend kleine Zwischenfälle, wo die amerikanischen Soldaten auf der Seite der Deutschen sind. ...

Man beläßt ihnen nichts, ... wobei sich in manchen Fällen diese Beraubung in außerordentlich harter Form abspielt.<<

Die US-Militärbehörden meldeten am 30. September 1945, daß man bisher rund 600.000 ehemalige ausländische Zwangsarbeiter (Displaced Persons) in ihre Heimatländer zurückgeführt hätte (x092/929).

General Eisenhower ordnete am 1. Oktober 1945 weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportierte man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).

Bei der "Londoner Konferenz" (vom 10.09. bis 2.10.1945) verlangte der französische Außenminister die Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes (x101/11).

Der Alliierte Kontrollrat forderte die polnische und tschechische Regierung am 4. Oktober 1945 erneut auf, den Abtransport der Deutschen einzustellen, bis ihre ordnungsgemäße Überführung erfolgen könnte (x004/116-117).

Die US-Militärregierung übertrug am 5. Oktober 1945 den deutschen Behörden die Aufnahme, Vertretung, Unterbringung und Ernährung der Flüchtlinge.

Die New Yorker "Daily News" berichtete am 7. Oktober 1945 über die Ausweisung der Deutschen (x028/131-132): >>Eine ... Frau mit Narben von Peitschenhieben quer über das Gesicht sagte, als die Gruppe, mit der sie in Oberschlesien zur Eisenbahn marschierte, durch Sagan kam, standen polnische Zivilisten links und rechts der Straße, und die Flüchtlinge wurden systematisch beraubt und geschlagen, als sie vorübergingen. ...

Sie schloß ihre Aussage mit der Vermutung, sie sei schwanger. Auf der Reise nach Berlin war sie dreißigmal vergewaltigt worden. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, 1945-48 politischer Berater Eisenhowers und der US-Militärregierung) berichtete am 9. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x044/197): >>... Amerikanisches Militärpersonal ist Augenzeuge von Vorfällen gewesen, bei denen sich deutsche Einwohner böhmischer Dörfer an einem Sammelplatz einfinden mußten, zwangsweise davongetrieben und häufig an Ort und Stelle

oder auf der Straße ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt und noch dazu geschlagen wurden, wenn sie sich der Ausweisung widersetzten.<<

Der Alliierte Kontrollrat ordnete am 12. Oktober 1945 für alle Männer (von 14 bis 65 Jahren) und Frauen (von 15 bis 50 Jahren) die Einführung der Arbeitspflicht an (x111/90).

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schrieb am 12. Oktober 1945 über das Schicksal der Millionen von deutschen Vertriebenen (x111/89): >> Die Russen fegten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat. ... <<

Robert D. Murphy (1894-1978, politischer Berater der nordamerikanischen Militärregierung) berichtete am 12. Oktober 1945 in einem Memorandum für das US-State Department über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/132,147-148): >>Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt 10 Menschen (Vertriebene) gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ...

Daß im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, deren Kommandeure in freundlicher, aber fester Haltung den ansässigen Tschechen erklärt haben, daß gewisse Vorgänge im Namen der Menschlichkeit nicht geduldet werden können; dennoch haben sich rücksichtslose Räumungen ereignet, und zwar so häufig, daß unsere Soldaten oft Haß auf das befreite tschechische Volk empfinden. ...<

>>... Unser Wissen, daß sie Opfer harter politischer Beschlüsse sind, die von äußerster Rücksichtslosigkeit und Mißachtung der Menschlichkeit durchgeführt werden, mildert die Wirkung nicht. Die Erinnerung an Massendeportationen stellt sich ein, von denen die Welt entsetzt war und die den Nazis den Haß eintrugen, den sie verdienten. Die Massendeportationen, die von den Nazis inszeniert wurden, haben zu unserer moralischen Empörung beigetragen, in der wir den Krieg wagten und die unserer Sache Kraft verlieh.

Nun ist die Sache umgekehrt. Wir finden uns in der scheußlichen Lage, Partner in diesem deutschen Unternehmen zu sein und als Partner unweigerlich die Verantwortung mitzutragen. Die Vereinigten Staaten kontrollieren allerdings nicht unmittelbar die Ostgebiete Deutschlands, durch welche diese hilflosen und ausgeraubten Menschen ziehen, nachdem man sie aus ihrem Heim gewiesen hat. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der polnischen provisorischen Regierung und in geringerem Maß bei der tschechischen ...

In Potsdam kamen die drei Regierungen überein, daß die Umsiedlungen in geregelter und humaner Weise durchgeführt und daß Polen und die Tschechoslowakei aufgefordert werden sollten, vorübergehend die Ausweisung von Deutschen einzustellen. Trotz offizieller Beteuerungen spricht doch alles dafür, daß man die beiden Punkte nicht beachtet hat, vor allem Polen nicht ...

Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und immer noch fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben. ...<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die "geregelte und humane Umsiedlung" der Deutschen (x028/146-147): >>... Es war eine "Tragödie ungeheuren Ausmaßes", wie Churchill es sagte, die sich in Ostmitteleuropa nach dem Kriege abspielte, eine Schande, für die es keine Rechtfertigung gibt.

Wenn sich polnische und tschechoslowakische Wissenschaftler auf Artikel XIII. des Potsdamer Protokolls zur Legalisierung der Vertreibung berufen, so muß ihnen heute grundsätzlich das Recht, sich darauf zu stützen, abgesprochen werden, da die damaligen Regierungen Polens und die Tschechoslowakei fortdauernd – vor allem in der kritischen Zeit unmittelbar nach Potsdam – gegen Geist und Buchstaben dieses Artikels verstoßen haben.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Umsiedlung einer Bevölkerung, wenn sie international beaufsichtigt, graduell und "in geregelter und humaner Weise" durchgeführt wird, mit den allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen vereinbar ist. Doch eine Aussiedlung von Menschen, die von Ausschreitungen und Unmenschlichkeiten begleitet wird wie die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, stellt in jedem Fall eine ernste Verletzung des positiven Völkerrechts dar – ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Man mag über die Möglichkeiten streiten, in der Umsiedlung ein Mittel zur Durchsetzung legitimer Zwecke zu sehen – wenn es etwa darum geht, einen Friedensschluß mit größerer Aussicht auf Dauer zu erreichen. Aber wenn solche Umsiedlungen über zwei Millionen das Leben kostet, dann verurteilt die Rechtswidrigkeit der Mittel unvermeidlich den Zweck.

Wenn damit in erster Linie natürlich ein Urteil über die Personen ausgesprochen ist, die in der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien die Vertreibungen veranlaßten und durchführten, bleibt es dennoch für einen heutigen Amerikaner eine beschämende Tatsache, daß die Westalliierten den "Aussiedlungen", wenn auch mit Vorbehalten zustimmten und so für Not, Elend und Tod von Millionen Menschen mitverantwortlich wurden. ...<

<u>Die "United Press" berichtete am 13. Oktober 1945 über französische "Deutschlandpläne" und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen (x043/119):</u> >>General de Gaulle nahm in seiner Pressekonferenz ... zu verschiedenen internationalen Problemen Stellung.

Über die "deutsche Frage" führte er unter anderem aus:

"Ich will, daß niemals wieder ein Deutsches Reich gebildet wird. Frankreich will keine deutschen Gebiete annektieren, doch wünscht die französische Regierung für die Zukunft eine Aufteilung Deutschlands in verschiedene Einzelstaaten."

Ein Journalist lenkte die Aufmerksamkeit de Gaulles auf die Berichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen schlecht behandelt würden, worauf der französische Staatschef erwiderte:

"Im Rahmen des französisch-amerikanischen Abkommens wurden 1.100.000 deutsche Kriegsgefangene den Franzosen für den Einsatz bei Wiederaufarbeiten übergeben. Von diesen waren einige Tausend in einem derart beklagenswerten Gesundheitszustand, daß wir mit den nordamerikanischen Behörden jetzt über ihre Rückkehr nach Deutschland verhandeln. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich arbeiten, erhalten dieselben Rationen, wie die französischen Arbeiter. Jenen, die Grubenarbeit zu verrichten haben, werden französische Schwerarbeiterrationen zugeteilt.

Es ist die Ansicht der französischen Regierung, daß alle Kriegsgefangenen menschlich und strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt werden müssen. Wir stehen in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz."...<

Am 17. Oktober 1945 wurde die "Direktive JCS 1067" (Weisung) an den Oberbefehlshaber der US-Militärregierung in Deutschland veröffentlicht (x156/30).

<u>US-Militärgouverneur Eisenhower informierte den nordamerikanischen Präsidenten am 18.</u> Oktober 1945 über die unfaßbaren Verhältnisse in Schlesien (x028/132): >>... In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach Westen. ...

Viele, die nicht weg können, werden in Lager interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die

von Polen angewandten Methoden entsprechen ganz gewiß nicht der Potsdamer Vereinbarung. ...

Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 % berichtet. Typhus, Fleckfieber, Ruhr und Diphtherie verbreiten sich.<<

General Eisenhower telegrafierte am 18. Oktober 1945 nach Washington (x309/125): >>In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. ... Viele, die nicht weg können, werden in Lagern interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent berichtet. ...<

Die 4 Hauptankläger der Siegermächte überreichten am 18. Oktober 1945 dem Alliierten Kontrollrat im Saal des ehemaligen Volksgerichtshofes in Berlin die Anklageschrift zur Aburteilung der deutschen Hauptbeschuldigten.

Den Angeklagten wurden "Verbrechen gegen den Frieden", Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zur Last legt (x116/88): >> Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ... Großbritannien, ... Amerika, die französische Republik erheben Anklage ... <<

Die Richter und Ankläger des am 8. August 1945 konstituierten Internationalen Militärgerichtshofes waren (x111/92): >>John J. Parker und Francis Biddle für die USA, Oberstleutnant Wolchow und Generalmajor Niketschenko für die Sowjetunion, Donnedieu de Vabres und Robert Falco für Frankreich sowie Lawrence und Birkett für Großbritannien.

Als Ankläger fungieren: R. Jackson, T. J. Dodd und Telford Taylor für die USA, Francois de Menthon, Champetier de Ribes, Charles Dubost und Edgar Faure für Frankreich, R. Rudenko und Pokrowski für die Sowjetunion sowie Sir Hartley Shawcross, Sir David Maxwell-Vyve, G. D. Roberts, M. G. Griffith-Jones, Elwyn Jones, H. J. Phillimorg und Harcourt Barrington für Großbritannien.<<

In München erschien am 18. Oktober 1945 erstmalig die "Neue Zeitung".

Der spätere Mitherausgeber Hans Wallenberg schrieb damals über den Charakter dieser Zeitung (x111/93): >>... Die Bejahung einer deutschen Kollektivverantwortung für das Dritte Reich, aber Ablehnung einer formalen Kollektivschuld; korrektes Verhalten gegenüber dem sowjetischen Verbündeten, aber bereits vorsichtige Distanzierung; behutsame Anbahnung einer amerikanisch-deutschen Annäherung; Aufklärung über das Nazi-Regime; im Kulturteil der Versuch, möglichst schnell wieder Anschluß der Deutschen an die internationale Geisteswelt zu finden.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 18. Oktober 1945 aus München (x124/52-53): >> Auf den ersten Blick wirkt das, was britische Zeitungen über uns schreiben, zurückhaltender als die Berichterstattung der Amerikaner. ...

Die Briten, Churchill obenan, spielen nun die Entsetzten. Zuerst waren sie es, die den Ausverkauf Europas bedenkenlos vorangetrieben haben. Plötzlich stellten sie fest, daß die Bestialität nun erst recht triumphiert, daß die abscheulichen Konzentrationslager der Nazis gegenüber den landweiten Grausamkeiten heute nur Enklaven der Unmenschlichkeit gewesen sind, daß die polnische Gans an Überfütterung ersticken werde.

All dies sind Sprüche, die sie der Mitverantwortung an den Schrecknissen von heute in keiner Weise entheben. ...<<

<u>US-Außenminister Byrnes berichtete am 19. Oktober 1945 über "begrenzte Umsiedlungen" der Deutschen (x028/98):</u> >>... Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, aber wir beabsichtigten in Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel waren, Verpflichtungen einzugehen.<<

Die Alliierten veröffentlichten am 20. Oktober 1945 die "Neuordnung des deutschen Gerichtswesens" auf der Grundlage des demokratischen Prinzips (x111/94): >>Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich. ... Niemand darf des Lebens, der persönlichen Freiheit oder seines Eigentums beraubt werden, es sei denn auf Grund eines gesetzmäßigen Gerichtsverfahrens. ... Kein Gericht darf irgendeine Haltung auf Grund von "Analogie" oder ... "gesunden Volksempfindens" als strafbar erklären. ... Sondergerichte sind aufgehoben. Ihre Wiedereinsetzung ist verboten.<<

<u>Die US-Zeitschrift "TIME" berichtete am 22. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x028/57):</u> >>... Gegen diese illoyalen Minderheiten ist das einst duldsame tschechoslowakische Herz verhärtet.

Dr. Benesch und seine Regierung sind eisern entschlossen, den Staat von fast allen seiner 3 Millionen Deutschen zu befreien.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die damalige antideutsche Berichterstattung (x028/57): >>... Erklärungen in diesem Tonfall waren 1945 an der Tagesordnung und können der aufgeladenen Atmosphäre zugeschrieben werden, die bei Kriegsende herrschte. Doch trotz der Verzerrungen der Geschichte, wie sie die Kriegspropaganda und die moralische Diffamierung des Feindes sozusagen notwendig machen, gab es unabhängige Stimmen, die versuchten, die Öffentlichkeit von ihren Vorurteilen aus der Kriegszeit zu befreien. ...<

Robert D. Murphy (1894-1978) informierte US-Außenminister Byrnes am 23. Oktober 1945 <u>über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/133):</u> >>Mitarbeiter, die Flüchtlingszüge aus dem Osten ankommen sahen, stellen fest, daß sich die Leute meistens in bedauernswertem Zustand befinden.

Einzelne, die ... befragt wurden, erzählten, sie seien nach kurzer Benachrichtigung aus ihren Häusern vertrieben worden und in vielen Fällen von dem Augenblick an, wo sie ihre Wohnung verließen, bis zur Ankunft in Berlin, beraubt worden. Sie berichten, daß sie ausgeplündert und um die wenigen Habseligkeiten gebracht wurden, die sie überhaupt mitnehmen durften.

Die meisten Menschen, die in Berlin ankamen, hatten nur wenig Handgepäck. Wenn sich auch aus so begrenzten Beobachtungen kein endgültiges Urteil bilden läßt, hat die Mission andererseits Beweise von unterschiedlichster Herkunft, aus denen hervorgeht, daß schlechte Behandlung und Beraubung weit verbreitet sind.<<

Am 24. Oktober 1945 trat die UN-Charta in Kraft.

Die UN-Satzung formulierte z.B. Grundsätze für die Sicherung des internationalen Friedens, Herstellung und Erhaltung von freundschaftlichen Beziehungen der Völker, Förderung und Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmungsrechte der Völker sowie die Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten, die UN-Grundsätze unbedingt einzuhalten und die Einmischung der UN in innere Angelegenheiten eines Staates zu vermeiden (x128/296-302).

Für die Deutschen war die UN-Charta wegen der sog. "Feindstaatenklauseln" (gemäß Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) bedeutungslos. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden damals komplett von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen (x024/-344).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 30. Oktober 1945 aus München (x124/57): >>... Noch immer gelten in der US-Propaganda die Russen als die großen Verbündeten und die eigentlichen Helden des europäischen Krieges. Wer diesem Mythos entgegentritt, macht sich verdächtig.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 31. Oktober 1945 aus Bayern (x124/57-58): >>... Auf amerikanischen Befehl haben alle Reichsdeutschen, die sich in der US-Zone Österreichs aufhalten, das Land zu verlassen.

Aus Eisenhowers Monatsbericht: ... Die Unruhe der Jugend wurde durch die vielen entlassenen Kriegsgefangenen vermehrt, von denen ein Teil keine Bleibe findet.

Die Hauptschuld an der Unruhe trügen die Ausländer. "Mord und organisierter Raub sind in diesem Monat unerfreulich häufig vorgekommen." Als Beispiel nannte er den Landkreis Aschaffenburg, wo sich die Bauern weigern, die Felder zu bestellen, da ihre Häuser von umherziehenden Ausländerbanden in ihrer Abwesenheit geplündert werden.<<

<u>Die US-Zeitschrift "TIME" rechtfertigte am 5. November 1945 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x028/57):</u> >>Die 3 Millionen Sudetendeutschen, die jetzt zu Europas Millionen elender Verschleppter hinzukommen, hatten sich in Massen erhoben, um die Tschechen zu verraten. ...<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 8. November 1945 aus Bayern (x124/60): >>... Ausländer sind die Privilegierten im Lande. Deutsche werden von Haus und Heim verjagt. Sieger sitzen über Besiegte zu Gericht, aber Millionen werden im Osten zu Tode geschunden, Freiwild im eigenen Land. Niemand fragt danach.<<

In Frankfurt wurde am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.

<u>Im Begleittext des Films hieß es (x116/113):</u> >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.

Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –

Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >> Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes
vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß
die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greueltaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal
die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".

Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<

<u>Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/191-192):</u> >>... Als 1945 die Konzentrationslager befreit wurden, lud das Kriegsministerium der USA mehrere Hollywood-Mogule auf eine Tour nach Europa ein, darunter Harry Cohn, Jack Warner und Darryl Zanuck. Sie besuchten auch Dachau. Danach gaben sie eine gemeinsame Erklärung heraus:

Der Film könne helfen, "den Geist der Deutschen zu reinigen, ihre Haltung zu ändern und letztlich ihre Kooperation zu gewinnen". Filme seien "Frontkämpfer im psychologischen Krieg um Ideen".

Ein Produzent formulierte es später etwas flapsiger: "Donald Duck als Weltdiplomat." Washington gefiel das – Ein Senator sprach von einem "Marshallplan der Ideen".

Bereits in den fünfziger Jahren war Deutschland wieder der größte Exportmarkt für Holly-

wood geworden. ...<<

In Würzburg wurde am 11. November 1945 ein Mahnmal für ermordete jüdische KZ-Insassen errichtet.

Luxemburg erhielt am 11. November 1945 eine eigene Besatzungszone in Deutschland und übernimmt die deutschen Städte Bitburg und Merzig (x111/103).

Reinhold Maier (1889-1971, 1945 Mitbegründer der DVP, 1945-1952 Ministerpräsident von Württemberg-Baden, 1952/53 Ministerpräsident von Baden-Württemberg) notierte am 11. November 1945 in seinem Tagebuch (x105/290): >>... Das Wetter ist sehr schlecht, naßkalt. Täglich wachsen die Sorgen und das Elend der Bevölkerung.

Ein schlimmes Kapitel sind die vom Osten einströmenden Flüchtlinge (aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn) Millionen sind auf der Wanderung. In das Gebiet der amerikanisch besetzten Zone sollen zu den bisher 18 Millionen Menschen weitere 2 bis 3 Millionen kommen. Nordwürttemberg wird Anfang 1946 30 % mehr Menschen beherbergen als 1939. Denn es sind noch 400.000 Bombenflüchtlinge aus dem Rheinland und Westfalen im Lande und können den Rückweg nicht finden.

Woher die Ernährung nehmen für diesen neuen Zuwachs? Die ankommenden Familien bestehen meistens nur aus Frauen und Kindern. Was bisher angekommen ist, gehört noch zu den geschonten Deutschen, so schlimm ihr Schicksal ist. Die Schlesier, die im letzten Herbst vor den anrückenden Russen nach Österreich geflohen sind, von dort jetzt ausgewiesen werden, können den ganzen Weg mit der Eisenbahn zurücklegen. Aber die anderen müssen Hunderte von Kilometern zu Fuß gehen, bis sie eine Eisenbahnstation erreichen – wenn sie nicht vorher den Strapazen erliegen.

Auf dem Bahnhof in Schwäbisch Gmünd werden bis Januar 1946 nicht weniger als 185.000 Menschen erwartet für die 7 Kreise der Umgebung. Unser Staatsapparat ist wieder so weit organisiert, daß wenigstens das Allernotwendigste vorbereitet werden kann.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes": "Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."

Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus.

Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.

... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<

<u>Die IRK-Hilfskommission berichtete am 12. November 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/127):</u> >> Diese entwurzelten Massen wanderten über die Hauptstraßen, hungernd, krank und müde, oft voller Ungeziefer. Wo immer sie auftauchten, wurden sie weitergeschickt, bald in diese, bald in eine andere Richtung.

Nehmen Sie als Beispiel den Fall eines Schlesiers und seiner Frau. Sie kamen bis Mecklenburg, wo sie die offizielle Anweisung erhielt, nach Schlesien zurückzukehren. Der Mann ging

zu seinem Karren zurück, setzte seine Frau darauf, die nicht mehr gehen konnte, und kehrte nach Schlesien zurück. Kaum waren sie angekommen, wurden sie sofort wieder ausgewiesen.

...

Oder denken Sie an die Kinder. Am 27.07.1945 kam im Westhafen von Berlin ein Schiff mit ... rund 300 fast zu Tode verhungerten Kindern an, die aus einem (polnischen) Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Kinder von 2 bis 14 Jahren lagen bewegungslos auf dem Schiffsboden, die Gesichter von Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziefer zerfressen. Leib, Knie und Füße waren geschwollen - bekanntes Symptom des Hungers. ...<</td>

Die US-Zeitschrift "TIME" berichtete am 12. November 1945 über völlig unterernährte ostdeutsche Kinder, die täglich in der britischen Besatzungszone eintrafen (x028/112-113):

>>Diese ... deutschen Kinder büßen für Sünden, die ihre Eltern vielleicht begingen. Weggejagt aus einem polnischen Waisenhaus in Danzig, wurden sie in vollgestopften Viehwagen, ohne ärztliche Betreuung und beinahe ohne Lebensmittel, nach Deutschland zurückgeschickt. Die Polen, deren Kinder vor gar nicht langer Zeit ähnlich aussahen, sind dabei, sämtliche Krankenhäuser von Deutschen, egal wie krank, zu säubern. ...<</td>

In Dachau begann am 15. November 1945 der erste nordamerikanische Kriegsverbrecherprozeß.

Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (1882-1946, seit 1938 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) schrieb am 15. November 1945 in Nürnberg (x023/187): >>Ich habe keine politische Rede Hitlers gehört, bevor er 1933 Reichskanzler war. Ich bewunderte den Staatsakt in der Garnisonskirche in Potsdam, mich beglückte das Verhältnis Hindenburgs zu seinem Kanzler. Ich bekannte mich positiv zur anbrechenden neuen Zeit; ich sah, daß meine stille, entsagungsvolle, vielmals vergeblich bemitleidete unermüdliche Organisationsarbeit an der Aufrichtung einer neuen Wehrmacht in Erfüllung gehen werde.

Ich sah auch manche mich abschreckende Schattenseiten in der Zeit von 1933 bis 1938; sie vermochten meinen Glauben aber nicht zu erschüttern; (denn) "wo viel Licht, ist auch Schatten", keine Geburt ohne schmerzhafte Wehen!

Der "Nur-Soldat" in mir neigte auch dazu, mir nicht all zu viele Gedanken zu machen, wie man das Abstoßende, das Kompromißlose, das Unduldsame beseitigen oder überwinden werde. Ich kam in meiner inneren Ablehnung schließlich zu dem Ergebnis: kümmere Dich um Deine Aufgabe als Soldat und nicht um Politik; dafür sind ja andere die berufenen Wächter der Menschenrechte! Das ist nicht Dein Tisch! ...<

<u>Die Bremer Polizei verzeichnete vom 1. Mai 1945 bis zum 15. November 1945 folgende Straftaten durch ehemalige polnische Zwangsarbeiter (x111/104):</u>

>>Mord und Totschlag: 21 Fälle, Raub und Plünderung: 268 Fälle,

Straßenraub: 109 Fälle,

Einbruchdiebstahl: 319 Fälle,

Diebstähle: 196 Fälle, Fahrraddiebstahl: 557 Fälle, Körperverletzung: 40 Fälle,

Erpressung: 9 Fälle,

Schwarzhandel: 29 Fälle und

Viehdiebstähle (Großvieh): 583 Fälle.<<

<u>Das Sekretariat des Alliierten Kontrollrates schlug am 17. November 1945 vor (x002/737):</u> >>... daß die Ausweisung im Dezember 1945 beginnen und 10 % der Gesamtzahl der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung betragen könne.<<

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) ordnete am 18. November 1945 die Einführung der Einheitszeit an ("Zeit A" = Greenwicher-Zeit plus 1 Stunde).

In Nürnberg begann am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wurde in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben.

Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.

Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder per-

sönlich erlebt.

Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.

Die Massenvertreibung der Ost- und Volksdeutschen verstieß zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"). Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.



Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ...

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele Betroffene geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden ... zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in der Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter der gewaltsamen Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens (der Tschechoslowakei sowie Ungarn) gewissermaßen als ein Nebenereignis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind.

Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden. ...

Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer". Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahm, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten.

Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

... Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im Zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereit finden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von Millionen Menschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche. Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können

. . .

Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreu-

ßen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen. ...

... Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so gröblich verletzte Einheit von Staats- und Volkstumsgrenzen wiederherstellen wollte. ...

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätiger Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt; sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<

>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten.

Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden. Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auf Pommern und den Südteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinz Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an.

Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Siedler. In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur 10 Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen.

Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in den Wohnungen oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als 2 Wochen nach Westen abgeschoben.

Ähnlich war es in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden. Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Posten und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn das gegen ihren Willen geschah. ... Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu

verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben.

Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen. Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. ...

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizionären und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

...

Russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig, und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechung bis zum Spätherbst 1946 an. ...<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/115-118): >>Nach Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen erkannten die 3 Großmächte an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in der Tschechoslowakei (Polen und Ungarn) zurückgeblieben waren, nach Deutschland durchgeführt werden müsse und erklärten gleichzeitig, daß jede Überführung "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen solle. Damit gab die Konferenz den Tschechen praktisch freie Hand, auch die noch in der CSR befindliche deutsche Bevölkerung nach Deutschland zu überführen, knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß die im Gange befindliche "wilde" Austreibung gestoppt und erst eine die gegenwärtige Lage in Deutschland berücksichtigende Vorbereitung getroffen werden müsse. Dieser Potsdamer Beschluß entsprach in seinem Ergebnis den Zielen der konsequenten Politik

der tschechoslowakischen Exilregierung und der späteren provisorischen Regierung. Allerdings genügte das Tempo, mit dem die Alliierten an die Vorbereitung der Sache gingen, durchaus nicht der Eile, die die Tschechen hatten. ...

Die Aufforderung der Großmächte, weitere Vertreibungsaktionen einzustellen, und die damit erzwungene Unterbrechung der schon laufenden Massenaustreibung verstimmte die Tsche-

chen. ... Besonders übel wurden die sich mehrenden Proteste in der angelsächsischen Presse gegen die brutale Behandlung der Sudetendeutschen vermerkt.

... Im Bereich des ganzen Staates wurden Sammellager für die zur Austreibung bestimmten Deutschen (in Böhmen 75, in Mähren 29, in der Slowakei 3) eingerichtet, die je 1.200 Personen umfassen sollten. Außerdem wurden Reservelager in der Nähe der Grenzübergangsstationen vorbereitet. Vieles davon war nur eine Zusammenfassung und Steuerung längst vorbereiteter Einzelmaßnahmen.

Praktisch lief die Einrichtung der Sammellager darauf hinaus, daß die bereits in vorhandene Lager eingewiesenen Deutschen ohne Rücksicht auf die darin herrschenden vielfach unhaltbaren Zustände festgehalten wurden und daß man die ins innertschechische Gebiet gebrachten Deutschen nach dem Abschluß ihrer Arbeit nicht mehr nach Hause entließ. Auch die noch in Freiheit lebenden Deutschen wurden Anfang Dezember für die Ausweisung registriert.

In ihrer Note vom 16. August 1945, in der die tschechoslowakische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung nahm, soll sie auch, nach einer tschechischen Quelle, dem Allierten Kontrollrat ein Programm übersandt haben, wonach 2,5 Millionen Deutsche für die Ausweisung aus der CSR in Frage kamen. ...

Danach sollten 1.750.000 Sudetendeutsche in die amerikanische, 750.000 in die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden; 10 % der Gesamtzahl sollten bereits im Dezember 1945 ausgesiedelt werden. Jedoch lief dann die organisierte Aussiedlungsaktion tatsächlich erst Ende Januar 1946 an. ...<

<u>Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/59E-61E):</u> >>Die zwangsmäßige Ausweisung eines großen Teils des ungarländischen Deutschtums nach Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948 - in den ungarischen Verordnungen offiziell Umsiedlung genannt - fußt formal auf dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der von der "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" spricht.

Ungarn nahm in diesem Zusammenhang insofern eine Sonderstellung ein, als es im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei ein Verbündeter des Deutschen Reiches war und trotzdem in die Aussiedlungsaktion mit eingeschlossen wurde, während über das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien oder gar in Jugoslawien keinerlei zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen wurden. Eine Aufklärung dieser auffallenden Tatsache, vor allem der Frage, wie weit die ungarische Regierung selbst auf die entsprechenden Beschlüsse Einfluß zu nehmen versucht und ob sie sich bemüht hat, die Aussiedlung voranzutreiben oder zu hemmen, ist bis heute noch nicht möglich.

Ebensowenig geklärt ist, auf welchem Wege Ungarn in den Vertreibungsartikel des Potsdamer Abkommens geraten ist. Höchstwahrscheinlich war es die Sowjetunion, die die Anregung dazu gegeben hat. Schon im Frühjahr 1945 soll Marschall Woroschilow als Präsident der Alliierten Kontrollkommission für Ungarn von der ungarischen Regierung verlangt haben, daß sie Vorbereitungen für eine Massenaustreibung der Deutschen treffe. ... Im Zusammenspiel mit den Sowjets traten die ungarischen Kommunisten für eine Totalaustreibung des Deutschtums ein, wobei der Gedanke der Kollektivschuld in den Vordergrund geschoben wurde, tatsächlich aber wohl eine Bresche für eine radikale Agrarreform geschlagen werden sollte.

In den Parteien, die die Interessen des ungarischen Bauerntums vertraten, vor allem in der bis dahin einflußreichen Kleinlandwirte-Partei, ... bestand ein Widerstreit verschiedener Interessen und Tendenzen; der Gedanke, die deutsche Minderheitenfrage, die sich seit 1940 zu einem staatspolitischen Problem ersten Ranges entwickelt hatte, im nationalungarischen Sinne endgültig und radikal zu lösen, wurde zweifellos mit Sympathie aufgenommen. Doch übersah man andererseits nicht, daß eine entschädigungslose Ausweisung eine ernste Erschütterung

der Eigentumsbegriffe für das ganze Land gebracht hätte und damit den Zielen der Kommunisten in die Hand gearbeitet worden wäre.

Dazu kam noch, daß eine Totalaussiedlung der Volksdeutschen Ungarn selbst aller Argumente gegen die von der Tschechoslowakei angestrebte Zwangsumsiedlung der 700.000 Slowakei-Ungarn beraubt hätte.

... Die ungarische Regierung suchte dabei die Zahl der Auszuweisenden gegenüber der sowjetischen Forderung von einer halben Million herabzudrücken, wobei sie sich formell gegen die Anwendung der kollektiven Verantwortung ganzer Volksgruppen verwahrte.

Wie wenig sie jedoch selbst von dem Prinzip abging, ergibt sich aus den Angaben von Stefan Kertesz, eines früheren hohen Beamten des ungarischen Außenministeriums. Er berichtet davon, daß der ungarische Innenminister Franz Erdai im Mai 1945 die Zahl der auszuweisenden Volksbundmitglieder auf etwa 300.000 ansetzte, während die ungarische Regierung in einer offiziellen Note von 200.000 bis 250.000 Deutschen, die als "ergebene Diener des Hitlerismus" aus Ungarn abzuschieben wären, sprach.

Die ungarische Regierung bewies damit nur, daß sie selbst am Grundsatz der individuellen Schuld nicht festhielt und mit der Ausweisung auch noch andere Ziele verfolgte, als die Bestrafung derjenigen, die nationalsozialistische Politik betrieben hatten.

Offensichtlich suchte sich die ungarische Regierung selbst um die Entscheidung zu drücken und eine Gelegenheit abzuwarten, um die Aussiedlung als Befehl und unter Verantwortung der Siegerstaaten anlaufen zu lassen. ...<

<u>Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmitteleuropa (x051/603-604):</u> >>Vertreibung, Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet, v.a. während und nach einem Krieg.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Ostmitteleuropa in das Deutschland diesseits der Oder-Neiße-Linie hatten die Alliierten schon auf ihren Konferenzen in Teheran (Dezember 43) und Jalta (Februar 45) erörtert.

Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 bestimmte in Abschnitt XIII, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", und zwar "in geordneter und humaner Weise". Die Einzelheiten sollte ein Plan des Alliierten Kontrollrats regeln. Die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann jedoch bereits im Juli/August 45, also ehe der Ausweisungsplan des Kontrollrates am 17.10.45 unterzeichnet worden war.

Sie geschah keineswegs "in geordneter und humaner Weise", sondern in völker- und menschenrechtswidriger Art, und erfaßte auch die deutsche Bevölkerung aus den polnischer Verwaltung unterstellten deutschen Ostgebieten und dem der Sowjetunion übergebenen nördlichen Ostpreußen. Darüber hinaus waren seit Ende 44 schon Millionen von Deutschen vor der vordringenden Roten Armee westwärts geflohen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge verloren nicht nur ihre Heimat, sondern meist auch ihre gesamte Habe.

1944/45 lebten in Ostdeutschland und in Osteuropa insgesamt 19,17 Millionen deutsche Staatsangehörige oder sogenannte Volksdeutsche, davon in den deutschen Ostgebieten (mit Danzig) 10,39 Millionen, in Polen 1,26 Millionen, in der UdSSR 2,07 Millionen, in Ungarn 633.000, in der Tschechoslowakei (mit Sudetenland) 3,62 Millionen, in Jugoslawien 550.000, in Rumänien 689.000 und in den übrigen Balkanstaaten 6.000.

Bis 1950 kamen 11,96 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Restdeutschland, davon 7,29 Millionen aus den deutschen Ostgebieten, 618.000 aus Polen, 421.000 aus der Sowjetunion, 2,99 Millionen aus der Tschechoslowakei, 213.000 aus Ungarn, 297.000 aus Jugoslawien, aus Rumänien 137.000 und 3.000 aus den übrigen Balkanstaaten.

Über zwei Millionen verloren durch Flucht oder Vertreibung ihr Leben.

Der Großteil der insgesamt 4,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die zunächst in der (heutigen) DDR oder in Ost-Berlin Aufnahme fanden, zog später als sogenannte Sowjetzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin (1949 bis Juli 61 rund 2,1 Millionen).

Ab 1950 ging die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Ostmitteleuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Staat; bis zum Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 wurden in der Bundesrepublik knapp zwei Millionen Aussiedler registriert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs übersiedelten mehr als 2,6 Millionen Menschen.

Es leben gegenwärtig noch etwa 600.000 Deutschstämmige in Rußland und 50.000 in Kasachstan sowie 500.000 in den Staaten Mittelosteuropas. Die Gründe für die Übersiedlung Deutschstämmiger in die Bundesrepublik sind vor allem in der wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion und nicht in politischer Verfolgung oder gar Vertreibung zu sehen.

In der Bundesrepublik ist der Rechtsstatus der Vertriebenen durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.53 geregelt worden. Ihre Eingliederung in die Gesellschaft und Wirtschaft ist, mit Hilfe einer umfangreichen Gesetzgebung, darunter der über den Lastenausgleich, inzwischen weitgehend gelungen.

In der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 haben die Vertriebenen ausdrücklich auf Vergeltung für das an ihnen verübte Unrecht und auf Gewaltanwendung verzichtet; doch halten ihre Verbände bis heute an der Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 fest.<<

Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) begründete am 21. November 1945 in Nürnberg die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes (x111/106): >>... Dieser Prozeß stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges.<<

<u>Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautete wie folgt (x129/159):</u> >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben.

Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:

- a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;
- b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.
- c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das

der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<

Während die 20 Hauptangeklagten die Schuldfrage am 21. November 1945 verneinten, erklärte die Verteidigung (x111/106): >>... Der jetzige Prozeß kann sich, soweit er Verbrechen wider den Frieden ahnden soll, nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes, eines Strafgesetzes, das erst nach der Tat geschaffen wurde. Dies widerstrebt einem in der Welt geheiligten Grundsatz der Rechtspflege.<<

<u>US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) schrieb am 23. November 1945 (x111/107):</u> >>... Es gibt keinen leichten Weg zur Demokratie. Die Deutschen müssen diesen Weg selber finden, und auch die Lotsen auf diesem Weg müssen Deutsche sein.<<

Erich Kästner berichtete am 23. November 1945 in der "Neuen Zeitung" über die deutschen Hauptkriegsverbrecher während des Prozesses in Nürnberg (x114/2.125): >>... Göring trägt eine lichtgraue Jacke mit goldenen Knöpfen. Es ist eine Art Chauffeurjacke übriggeblieben. ... Er ist schmaler geworden. Manchmal blickt er neugierig dahin, wo die Ankläger sitzen. Wenn er seinen Namen hört, merkt er auf. ... Meist ist er ruhig.

Rudolf Hess hat sich verändert. Es ist, als sei der Kopf halb so klein geworden. Dadurch wirken die schwarzen Augenbrauen geradezu unheimlich. Wenn er mit Göring und Ribbentrop spricht, stößt er ruckartig mit dem Kopf. Wie ein Vogel. Sein Lächeln wirkt unnatürlich. Sollte es in diesem Kopf nicht mehr richtig zugehen?

Joachim von Ribbentrop sieht aus wie ein alter Mann. Grausträhnig ist sein Haar geworden. Das Gesicht erscheint faltig und verwüstet. Er spricht wenig. ... Als ihn ein Polizist kurz aus dem Saal und dann wieder zurück bringt, bemerkt man, daß ihm auch das Gehen schwerfällt. Auch Keitel ist etwas schmäler geworden. Er sitzt, in seiner tressenlosen Uniformjacke, grau mit grünem Kragen, ernst und ruhig da, Wie ein Forstmeister.

Hinter Göring und Hess sitzen Dönitz und Raeder, die beiden ehemaligen Großadmiräle. In blauen Jacketts. Das Gold ist verschwunden. Dönitz sieht verkniffen aus. Ruhig sind beide.

Baldur von Schirachs Gesicht ist bleich und bedrückt. Er wirkt wie ein schlecht vorbereiteter Abiturient im Examen. Daneben Sauckel, ein kleiner rundköpfiger Spießer. Mit einem Schnurbart unter der Nase, wie ihn sein Führer trug.<<

US-Außenminister Byrnes telegrafierte am 28. November 1945 an den nordamerikanischen Botschafter in Belgrad, daß die Vertreibungen der Jugoslawien-Deutschen eingestellt werden müßten (x028/225).

<u>US-General Joseph McNarney (1893-1972, 1945-47 Militärgouverneur) erklärte während einer Pressekonferenz am 29. November 1945 (x116/16):</u> >>... Die Säuberung vom Nationalsozialismus wird nach festgesetzten Richtlinien restlos durchgeführt werden.

Mir tun auch jene Nationalsozialisten nicht leid, die nur Mitläufer waren. Ich möchte jeden ehemaligen Nazi soweit wie möglich von jeder verantwortlichen Stellung entfernt als gewöhnlichen Tagelöhner sehen. Wenn jemand behauptet, daß die Leistungsfähigkeit mancher Industrien und Ämter durch die Entfernung der Nazis und Nazi-Mitläufer leiden würde, dann erkläre ich: Kein Mensch ist unentbehrlich!<<

In Bayern wurde am 30. November 1945 die FDP gegründet.

<u>US-Außenminister Byrnes wies den nordamerikanischen Botschafter in Warschau am 30. November 1945 an, gegen die polnischen Vertreibungsmethoden zu protestieren (x028/133):</u> >>... Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentranspor-

ten mit deutschen Flüchtlingen, die offenbar aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach Deutschland gekommen sind. Diese Leute sind vermutlich in Eile aus ihren Wohnungen vertrieben und um all ihren Besitz gebracht worden, bis auf das, was sie tragen konnten.

Berichte zeigen, daß diese Flüchtlinge, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung angekommen sind, daß manche an ansteckenden Krankheiten leiden, daß vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist.

Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren, ... ebenso wenig mit internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen.<<

Der Landrat des Landkreises Bruchsal in Nordbaden, Werner Middelmann (1909-1985), berichtete über die chaotischen Verhältnisse und gewaltigen Probleme im November 1945, die im Verlauf der Vertreibungen der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa zu bewältigen waren (x024/180-182): >>Als die Vertriebenen mit Güterzügen in den westdeutschen Gemeinden ankamen, war die Lage nahezu unbeschreiblich. Es wurde uns gegen November 1945 mitgeteilt – allen deutschen provisorischen Verwaltungsstellen -, daß binnen Kürze Millionen Menschen kommen müßten. Sie würden in Zügen transportiert. Für den reinen Bahntransport übernahmen die Alliierten die Verantwortung. Das Übrige war unsere Angelegenheit. Unsere Angelegenheit - das ist ein milder Ausdruck, denn nichts war vorhanden.

Immerhin erfuhr ich in Nordbaden vom damaligen Landesbezirksdirektor und früheren Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler, daß am nächsten Morgen der erste Zug mit 1.200 Personen in Karlsruhe am Güterbahnhof stehen würde. Die Personen seien sofort unterzubringen und zu versorgen.

Darüber hinaus sollte ich vormerken, daß in den nächsten 180 Tagen weitere 150 Züge mit je 1.200 Personen ankommen würden.

Also hieß es sofort Lager einrichten, die Lager ausstatten. Also Vorbereitungen zu treffen, um 200.000 Menschen in einem Gebiet auszunehmen, das selbst etwa eine Million Einwohner zählte.

Meine erste Frage: "Stehen Mittel zur Verfügung?"

"Nein."

"Ist irgendwelche Vorsorge getroffen?"

"Nein, das ist alles ihre Angelegenheit!" ...

Ich holte mir aus den verschiedensten Dienststellen Sekretariatspersonal. Bis zum Bleistift hinunter mußte alles organisiert werden. Schreibmaschinen waren natürlich nicht vorhanden. Ich baute nun eine höchst bescheidene – in heutiger Sicht erbärmliche – Verwaltung auf.

Am nächsten Morgen kamen 1.200 Personen in 48 Güterwagen auf dem Bahnhof an. Alle Altersgruppen, keine geschlossenen Familien, bunt zusammengewürfeltes, deutsches "Bevölkerungsgepäck" hätte ich beinah gesagt, das irgendwo in der Tschechoslowakei zusammengetrieben worden war, zum Güterbahnhof gebracht wurde, in Waggons verladen, und ab ging die Reise nach Deutschland.

Die Alliierten, in unserem Falle die Amerikaner, hatten natürlich sofort einen Plan: Wohin gehen die Züge? Wo sind die Bahnhöfe? Wie ist der Übergang dann? Wo erfolgt er dort? Findet dort eine Entlausung statt? Denn die Leute waren ja wochenlang in den schmutzigsten Verhältnissen irgendwo in der Tschechoslowakei oder in Ungarn oder in Jugoslawien untergebracht gewesen.

Alles das mußte geregelt werden. Es wurde geregelt mit Hilfe der deutschen freiwilligen Wohlfahrtsorganisationen, die ich natürlich erst mobilisieren mußte.

Erstes allgemeines Erschrecken: "Das ist doch nicht möglich! Das ist doch unmenschlich!" Ja, sicher war das unmenschlich, aber der ganze vorhergehende Zeitablauf war 12 Jahre lang unmenschlich gewesen, und hier waren die Konsequenzen zu tragen. Man kann sich das heute

kaum noch vorstellen, mit welchem Entsetzen die Bevölkerung von dieser Welle, von der sie überrascht wurde, gepackt war.

Gott sei Dank war die allgemeine Erschütterung des bisher sozusagen geordneten Lebens so groß gewesen, daß jeder einsah:

Hier konnte kein Widerstand geleistet werden, hier mußte jeder nach bestem Vermögen einspringen. Es gelang aber, ein Chaos, ein absolutes Chaos zu verhindern, es gelang, Mord und Totschlag zu verhindern, denn diese Gefahr bestand ja. ...<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2023

Die PDF-Datei wird kostenlos zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: $(x023/79) = \underline{\text{Das Regime.}}$ Alltag in Deutschland 1933-45, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do- kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung</u>
	der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unver-
	änderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do-
	kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung</u>
	der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unver-
	änderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do-
	kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung</u>
	der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polni-
	sche Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe
	von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do-
	kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertrei-
	bung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter
	Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do-
	kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal</u>
	der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München
	1984.
x013	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): Die Wehrmachtsberichte 1939-
	1945. Band 3. 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen,
	Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
	

x023	Maser, Werner: <u>Das Regime</u> . Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frank-
	furt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewäl-
	tigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen
005	und Verschlepten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen.</u> Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges.</u>
	Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege".
	Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x042	Wyman, David S.: <u>Das unerwünschte Volk.</u> Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/Main 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr
	Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrie-
	ges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg.</u> Planung, Ausführung und Dokumen-
051	tation. 7. Auflage. München 2001.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschicht-
X030	lichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk.
	Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte</u> . <u>Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus
	bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x083	Gellhorn, Martha: Das Gesicht des Krieges. Reportagen 1937-1987. München/Hamburg 1989.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Güters-
	loh/München 1995.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in
	der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Do-
100	kumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.

x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland.</u> Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): <u>So viel Anfang war nie.</u> Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete.</u> Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder.</u> Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x124	Jering, Karl: <u>Überleben und Neubeginn.</u> Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2.</u> 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. <u>Nationalsozialismus und Faschismus.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher
130	Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und
	französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main
	1993.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte.
	1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft
	16. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung
	zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas.</u> 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x165	Terkel, Studs: <u>Der Gute Krieg.</u> Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x174	Huntington, Samuel P.: <u>Kampf der Kulturen.</u> Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. 5. Auflage. München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4.</u> Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x292	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Krieg ist nicht an einem Tag vorbei.</u> Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit. Kassel 2005.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung
	geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education
	der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.

x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle.</u> Deutsche Beflissenheit und polnisches
	Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. Mün-
	chen 2004.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Mas-
	senvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x359	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Dresden 1945.</u> Die Toten, die Täter und die Verharmloser.
	COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2020.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

<u>Internet</u>

x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegs-
	ordnung.htm - März 2015.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches
	net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-
	nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019